

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Unterbezirk Wiesbaden
Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden



Zusammen sind wir Wiesbaden!
Wahlprogramm der SPD Wiesbaden zur
Kommunalwahl am 14. März 2021
Entwurf Stand 06.01.2021

1 Inhalt

Wiesbaden ist.... verantwortlich für Teilhabe- und Bildungschancen	5
Frühkindliche Bildung in Krippe und Kindertagesstätte.....	5
Schulische Bildung / Ganztagschulen.....	6
Sozialindex an Schulen	8
Inklusive Bildung in KiTa und Schule	8
Übergang Schule – Beruf.....	9
Lernen im Erwachsenenalter	9
Wiesbaden ist... ein starkes soziales Netz.....	11
Wiesbaden für alle ermöglichen	11
Politik für ältere Menschen	12
Politik für Jugendliche	13
Grundsicherung / Beschäftigungsförderung	15
Wiesbaden ist...Gesundheitsstandort	17
Wiesbaden ist... bezahlbarer Wohnraum für alle!	19
Lebenswerte Großsiedlungen	20
Wiesbaden ist... aktive Stadtentwicklung	22
Wachstum steuern und Wiesbaden sozial und nachhaltig gestalten.....	22
Der Elsässer Platz als Chance für die westliche Innenstadt	22
Platz deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz	23
Wohnen und Arbeiten neu denken: Kastel Housing und das Ostfeld	23
Stadtentwicklung zum Wohle der Stadt – Investoren Regeln geben	26
Aktive Bodenpolitik für Wiesbaden	27
Wiesbaden als Teil der Rhein-Main-Region	27
Wiesbaden ist...mehr Mobilität für alle!	29
Mobilität für alle 29	
Dieselfahrverbot vermeiden – Gesundheit der Menschen schützen.....	29
Starker öffentlicher Nahverkehr als Rückgrat.....	30
Wiesbaden ist... auch Fahrradstadt.....	31
Parken und Lieferverkehr	32
Klimaschutz im Verkehrsbereich.....	32
Mehr Sicherheit für alle	33
Carsharing-Angebote ausbauen.	33
Mehr Experimente wagen	34
Keine Citybahn – und dennoch mehr Schienenverkehr	34
Wiesbaden ist... aktiver Klimaschutz vor Ort.....	36
Effizienzsteigerung beim Klimaschutz	36
Energieeinsparung bei Wärme- und Strombedarf.....	36
Nachhaltige Energieerzeugung	37

Folgen des Klimawandels vor Ort	38
Wiesbaden ist... Rücksicht auf Umwelt- und Naturschutz.....	40
Für mehr Grünflächen und Sanierung des Stadtwaldes.....	40
Für mehr Artenvielfalt.....	41
Für mehr nachhaltige Landwirtschaft.....	41
Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft	42
Starkregen- und Hochwasserschutz	43
Für eine bessere Wasserqualität.....	43
Wiesbaden ist... mehr Sauberkeit und Müllvermeidung.....	45
Wiesbaden ist... eine Stadt für Freizeit und Sport.....	47
Schwimmbäder und Eissport.....	47
Investitionen in die Sport-Infrastruktur	47
Vereinsport – Keimzellen der Demokratie und der Integration.....	48
Sport ist Stadtmarketing.....	48
Neroberg als Hausberg Wiesbadens.....	49
Wiesbaden und seine Feste.....	49
Für Zentren abseits des Zentrums – unsere Bürgerhäuser	50
Freizeitflächen für Jung und Alt	51
Wiesbaden ist... gute Schulpolitik.....	53
Für mehr Bildungsgerechtigkeit.....	53
Für mehr Nachmittagsbetreuung.....	54
Für mehr Inklusion. 54	
Für mehr sanierte Schulen.....	54
Digitalisierung - Schulen des 21. Jahrhunderts.....	55
Für gute Planung und mehr Innovationen.....	56
Wiesbaden ist...Hochschulstandort.....	58
Wiesbaden ist... eine lebendige Kulturszene und Städtepartnerschaften	60
Für kulturelle Vielfalt.....	60
Volkshochschule 60	
Musik- und Kunstschule Wiesbaden	61
Kulturentwicklungsplan umsetzen.....	61
Kulturbeirat als Stimme der Kulturschaffenden.....	62
Kulturelle Nutzung der Walhalla	62
Stadtgeschichte und Brauchtum	62
Städtepartnerschaften.....	62
Wiesbaden ist ... Heimat für uns alle!.....	64
Wiesbaden ist... Arbeitsplatz und Wirtschaftsstandort	66
Mehr als nur Gewerbesteuer – alle Standortfaktoren stärken.....	66
Eine vielfältige und starke Wirtschaft.....	66

Für sichere Arbeitsplätze.....	67
Gründerszene unterstützen.....	67
Flächen für die Wirtschaft.....	68
Zukunftsfähige Verwaltung.....	68
Attraktives Einkaufen.....	68
Tourismus und Veranstaltungsstandort.....	69
Wiesbaden ist... eine lebendigere Innenstadt.....	70
Erhalt der historischen Bausubstanz. Identifikation für alle.....	70
Die Innenstadt als Ort des öffentlichen Lebens.....	70
Die Innenstadt als Ort der Kultur. Für alle.....	71
Stabilisierung und Ausbau des Wohnorts Innenstadt.....	71
Stärkung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort.....	71
Wiesbaden ist... aktive Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Ehrenamt.....	75
Ausweitung des Wahlrechts.....	75
Ein starkes Ehrenamt.....	76
Wiesbaden ist... selbstverständlich Frauen- und Gleichstellungspolitik.....	77
Frauen an die Spitze.....	77
Politische Beteiligung für Frauen erleichtern.....	77
Entgeltgleichheit von Frauen und Männern.....	78
Hilfen bei häuslicher Gewalt.....	78
Gestaltung des öffentlichen Raums.....	78
Frauenförderung unter Berücksichtigung kultureller Aspekte.....	79
Kostenfreie Hygieneartikel in öffentlichen Toiletten.....	79
Für ein regenbogenbuntes Wiesbaden.....	79
Wiesbaden ist.... klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	80
Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie.....	80
Klare Kante gegen Rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen.....	81
Wiesbaden ist... der Einsatz für Sicherheit und Rettungskräfte.....	82
Gefühlte und gemessene Sicherheit.....	82
Waffenverbotszone.....	82
Trinkergruppen 83	
Trennung von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei.....	83
Rechtsextreme Strukturen in Sicherheitsbehörden.....	84
Rettungskräfte bestmöglich unterstützen.....	84
Wiesbaden ist... kritisch im Umgang mit städtischen Beteiligungen.....	86
Kontrolle städtischer Beteiligungen.....	86
Weniger ist mehr: Zahl und Struktur der städtischen Gesellschaften.....	86
Für mehr Transparenz bei Gehaltsstrukturen und Vertragsgestaltung.....	87
Stärkung der Tarifgemeinschaft.....	87

Wiesbaden ist... solide Finanzen und städtischer Haushalt.....	88
Solide Finanzpolitik	88
Bund und Land in der Verantwortung	88
Wer bestellt, der bezahlt!.....	88
Gewerbesteuereinnahmen	88
Auskömmliche Gebühren	89
Wiesbaden ist...eine Stadtverwaltung auf dem Weg zur Digitalisierung	90
Demographischer Wandel in der Stadtverwaltung gestalten	90
Führungskompetenz ist keine Frage des Geschlechts oder der Herkunft.....	91
Stadt 4.0 – Digitalisierung der Verwaltung	91
Wiesbaden ist... ein anderes Selbstverständnis der Stadtpolitik	93
Transparenz über Mandate und Aufwandsentschädigung.....	93
Ehrenkodex für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	93

1

2

1 Wiesbaden ist... verantwortlich für Teilhabe- und Bildungschancen

2

3 Gute Bildung ist der Schlüssel für die Persönlichkeitsentwicklung, eine eigenständige
4 Lebensgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Mittels Bildung soll das Postulat der
5 Chancengleichheit umgesetzt, der Grundstein für den sozialen Aufstieg gelegt werden.

6 Die Gesellschaft, in der wir leben, ist hochkomplex. Die Veränderungen, denen die Menschen
7 aufgrund der rasanten technischen Entwicklung unterworfen sind, erfordern ständige
8 Anpassungen an die Herausforderungen in Arbeit und Gesellschaft. Insbesondere die sich
9 durch alle Lebensbereiche ziehende Digitalisierung verlangt von den Menschen Bereitschaft
10 und Fähigkeit, immer wieder Neues zu lernen, um so den Anforderungen gewachsen zu sein.
11 Der in jungen Jahren erlernte und ausgeübte Beruf mag weiterhin existieren, jedoch braucht es
12 regelmäßiger Fortbildungen, um auf dem Stand der Entwicklung zu bleiben. Manche
13 Berufsbilder verschwinden ganz oder Maschinen/Computer/Roboter übernehmen bestimmte
14 Tätigkeiten – sie sind im Zweifel billiger und weniger anfällig als menschliche Arbeitskraft.
15 Wollen die dadurch „freigesetzten“ Arbeitskräfte weiterhin durch Erwerbstätigkeit ihren
16 Lebensunterhalt verdienen, bleibt ihnen oft kein anderer Weg als umzuschulen.

17 Die Entwicklung hin zu sich weiter verstärkender Automatisierung löst Angst und Unsicherheit
18 aus: Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst davor, sich beruflich noch einmal komplett neu
19 orientieren zu müssen; aber auch die Befürchtung, nicht mehr mithalten zu können in
20 Arbeitswelt und Gesellschaft.

21 In den vergangenen 20 Jahren hat sich allenthalben die Erkenntnis durchgesetzt, dass die
22 internationale Wettbewerbsfähigkeit einerseits und die soziale Teilhabe des einzelnen
23 andererseits nur gesichert werden können, wenn die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und
24 Verwaltung Hand in Hand gehen mit der Bereitschaft der Menschen, sich neues Wissen
25 anzueignen. Daraus erwächst die Maxime des lebensbegleitenden Lernens und führt zur Idee
26 der *Bildungsbiographie*. Für die Rahmenbedingungen, in denen sich dieser Prozess vollzieht,
27 und wie sozialverträglich er letztendlich gestaltet wird, sind vor allem die Bundes- und
28 Landesebene mit ihrer gesetzgeberischen Zuständigkeit sowie die Tarifpartner gefragt.

29 Gleichzeitig rückt die Kommune als zentraler Akteur verstärkt in den Blick. Denn Lernen und
30 Bildung erfolgen vor Ort, in den Städten und Landkreisen.

31 Nicht zuletzt aus dieser Logik heraus gehört die Bereitstellung von Strukturen, die geglückte
32 Bildungsbiografien unabhängig vom Geldbeutel ermöglichen, zum Auftrag der kommunalen
33 Daseinsvorsorge. Je nach Bildungsphase unterscheidet sich die konkrete Aufgabenstellung der
34 Kommune. Übergreifend für alle Bildungsphasen geht es darum, gleiche Bildungschancen und
35 damit Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

36 Frühkindliche Bildung in Krippe und Kindertagesstätte

37 Die frühkindliche Bildung ist die erste Etappe im Prozess des lebenslangen Lernens und sie legt
38 den Grundstein für den weiteren Bildungserfolg unserer Kinder. Zwar setzen auch hier
39 bundesgesetzliche Regelungen (z.B. einklagbares Recht auf einen KiTa-Platz) sowie
40 Tarifverträge (mit denen beispielsweise die Eingruppierung für Erzieherinnen und Erzieher
41 festgelegt werden) den Handlungsrahmen. Doch Ausgestaltung und Qualität von
42 Kindertagespflege liegen weitestgehend in der Hand der Kommune (wenn auch in
43 Abhängigkeit ihrer Finanzkraft), ebenso die Gestaltung der Zugänge. Seit vielen Jahren setzt
44 das sozialdemokratisch geführte Sozialdezernat auf qualifizierte und bildungsorientierte
45 Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege (bei der eine Tagesmutter oder

1 ein Tagesvater eine bestimmte Anzahl von Kindern betreut). Unser vordringliches Ziel für die
2 kommenden fünf Jahre ist es deshalb,

- 3 • die vorhandenen Plätze weiter auszubauen, um die von den städtischen Gremien
4 beschlossenen Versorgungsquoten von 48% im Krippenbereich und 90% im KiTa-
5 Bereich zu erreichen. Insbesondere ist hierbei darauf zu achten, dass die aktuelle
6 Versorgungslage stadtweit große Unterschiede aufweist – in 17 von 26 Ortsbezirken ist
7 die Versorgungslage mit Krippenplätzen aktuell als kritisch einzustufen (im Bereich von
8 3 bis 6 Jahren sind es 10 Ortsbezirke). Hier wollen wir mittelfristig für ausgeglichene
9 Verhältnisse sorgen, an erster Stelle steht für uns die zeitnahe Versorgung mit KiTa-
10 Plätzen in benachteiligten Stadtvierteln;
- 11 • dabei die Qualität der Betreuung (Personalschlüssel, erforderliche Qualifikation, stetige
12 Fortentwicklung der pädagogischen Konzepte) aufrechtzuerhalten bzw. weiter zu
13 erhöhen; (z.B. durch die Verstetigung der Sprachberater*innen aus dem
14 Bundesprogramm Sprachkita)
- 15 • die Platzvergabe möglichst niedrigschwellig zu organisieren, um allen Familien gleiche
16 Chancen auf einen wohnortnahen Betreuungsplatz für ihr Kind zu geben;
- 17 • die Verbesserung der Nutzungsfreundlichkeit WIKITA
- 18 • wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass Angebote im frühkindlichen Bereich
19 Bildung sind und deshalb auf Dauer kostenfrei sein sollten

20 Um in Zeiten des Fachkräftemangels qualifiziertes und engagiertes Personal zu binden und
21 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, stehen wir für die Fortsetzung der
22 städtisch geförderten Programme zur Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher, entweder mit
23 der Praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) oder mit der praxisintegrierten Ausbildung
24 für Quereinsteigende.

25 Mit all diesen Maßnahmen trägt die Stadt dazu bei, dass die Kinder in Krippe und KiTa
26 Betreuung, Zuwendung und Förderung erfahren, und zwar inklusiv, in allen Stadtteilen,
27 ungeachtet der Ressourcen des Elternhauses. Je besser dies gelingt, und umso mehr Familien
28 mit diesem Angebot erreicht werden, umso besser sind die Voraussetzungen für einen
29 gelungenen Schulstart.

30 Mit den Corona-bedingten Schließungen von Krippen, KiTas und Schulen im März 2020 erhöhte
31 sich schlagartig das gesellschaftliche Bewusstsein darüber, wie wichtig diese
32 Bildungsinstitutionen sind. Und zwar nicht in erster Linie, weil sie berufstätigen oder in
33 Ausbildung befindlichen Eltern die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit abnehmen.
34 Sondern in ihrer Bedeutung für die soziale Entwicklung der Kinder sowie für das Erlernen
35 grundlegender Kompetenzen, die sie in Schule und im Leben dringend brauchen. Und damit für
36 ihre Bildungsbiographie und den möglichst gelungenen Einstieg ins lebensbegleitende Lernen.

37 **Schulische Bildung / Ganztagschulen**

38 Niemand hat die durch das Corona-Virus ausgelöste Pandemie und die Maßnahmen zur
39 Eindämmung mit z.T. verheerenden Folgen gewollt. Unverzeihlich aber wäre es, die Lehren,
40 insbesondere aus dem Schließen der KiTas und Schulen während des *Lockdowns* im Frühjahr
41 2020, nicht zu nutzen, um unser Bildungssystem gerechter zu machen.

42 Zu diesen Lehren gehört die Erkenntnis, wie wichtig die Schulen sind, um die unterschiedlichen
43 Rahmenbedingungen im Elternhaus für das Lernen möglichst umfassend auszugleichen!

1 Die Schließung, aber auch der mit vielen Beeinträchtigungen laufende Schulbetrieb nach der
2 Sommerpause, hat drastisch vor Augen geführt, dass die Elternhäuser ihren Kindern extrem
3 unterschiedliche Ausgangsbedingungen für das Lernen bieten. Diese Feststellung bezieht sich
4 auf

- 5 • räumliche Situation (kein ruhiger Platz zum Lernen in einer zu kleinen Wohnung z.B. am
6 Küchentisch, anstatt ein eigenes Zimmer)
- 7 • Ausstattung mit Technik/digitaler Infrastruktur (eigenes Notebook
8 /Tablet/Smartphone versus max. steht dem Kind ein Handy zur Verfügung, um am
9 digital gestützten Fernunterricht teilzunehmen. Auch die Möglichkeit der
10 Datenübertragung z.T. stark eingeschränkt (kein LAN oder W-LAN in der Wohnung)
- 11 • Unterstützung und Kontrolle beim Lernen und den Hausaufgaben durch eine
12 erwachsene Person im Haushalt.

13 Wir wollen deshalb Schulen zu einem Ort zu machen, an dem sich die Kids gerne aufhalten und
14 gut lernen und leben können. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Sicht auf Schule
15 stark verändert. Familien erwarten vom Staat ein Angebot, das gleichermaßen die
16 Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht sowie bestmögliche Bildung der nachwachsenden
17 Generation sicherstellt. Wir Sozialdemokraten ergänzen an dieser Stelle: bestmögliche Bildung
18 aller Kinder und Jugendlichen, ungeachtet des sozioökonomischen Hintergrunds, also des
19 Einkommens oder der Bildungsabschlüsse der Eltern. Ein weiterer Aspekt ist aus unserer Sicht
20 entscheidend: die Kinder und Jugendlichen sollen sich in diesen Bildungsinstitutionen
21 wohlfühlen, denn sie verbringen mehr und mehr Zeit in der Schule.

22 Deshalb fordern wir:

- 23 • Eine Schule, die den Werten der Inklusion und Chancengleichheit gerecht wird, würde
24 längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, also über Klasse 4 hinaus. Gerne würden
25 wir uns hierfür an Beispielen aus Berlin oder Hamburg orientieren und als Partner des
26 Landes daran mitwirken, dem Ziel gleicher Bildungschancen auch bei der schulischen
27 Bildung näher zu kommen.
- 28 • Ganztagschulen, denn sie bieten mehr Zeit zum Lernen und Fördern. Sie helfen dabei,
29 für alle Schülerinnen und Schüler gleiche Chancen zu schaffen und entlasten die
30 Familien. Deshalb setzen wir alles daran, gemeinsam mit dem Land, den auf
31 Bundesebene vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen
32 umsetzen zu können. Diesen gesetzlichen Auftrag bestmöglich umzusetzen, ist uns ein
33 besonderes Anliegen. Entscheidend aus unserer Sicht ist dabei, dem Anspruch nicht
34 allein in formaler Hinsicht Rechnung zu tragen - vielmehr muss es darum gehen, über
35 diesen Weg ein Mehr an Bildung, Förderung und Inklusion unserer Grundschulkinder zu
36 erreichen und damit die unterschiedlichen Voraussetzungen des Elternhauses
37 auszugleichen. Die bereits erfolgten Vorarbeiten auf kommunaler Seite sollen
38 weitergeführt werden.

39 Sollte sich abzeichnen, dass das Land hier über die inhaltlichen und finanziellen Ansätze
40 aus „Pakt für den Nachmittag“ bzw. „Pakt für den Ganzttag“ nicht hinauskommt,
41 fordern wir hierfür verstärkt kommunale Mittel einzusetzen, um die Qualität zu sichern.

1 Wir fordern das Land auf echte Ganztagschulen zu schaffen und zumindest
2 entsprechende Programme bis 15.30 Uhr über den für 2025 avisierten Rechtsanspruch
3 zu finanzieren.

- 4 • Eine Schule, die den Bedürfnissen der jungen Menschen Rechnung trägt: denn wie im
5 sonstigen Leben wünschen sich Kinder und Jugendliche von der Schule, dort sicher und
6 geborgen zu sein, sowie nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Wie wichtig es ist, an
7 bestimmten Rahmenbedingungen mitwirken zu können, hat sich auch während
8 Corona gezeigt: Schülerinnen und Schüler egal welcher Altersstufe fühlten sich massiv
9 übergangen und nicht ernst genommen in ihren Bedürfnissen. Damit Schule zu einem
10 Lebensort wird, braucht es auch: gute Mensen für Frühstück und warmes Mittagessen,
11 Platz zum Toben, Räume zum Zurückziehen. Ansprechpartner*innen bei Problemen
12 zuhause oder mit dem Unterrichtsstoff oder den Mitschüler*innen. Nicht zuletzt
13 braucht es saubere Schultoiletten, hierzu vergleiche die Ausführungen im Kapitel
14 Schule.

15 Sozialindex an Schulen

16 Die Anforderungen an Schulen hängen stark mit der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft
17 zusammen, und damit mit den Stadtvierteln, in denen sie liegen. Wir wollen die besten
18 Schulen dort, wo die Herausforderungen am größten sind. Entsprechend dem Grundsatz
19 „Ungleiches ungleich behandeln“, setzen wir uns für die Einführung eines kommunalen
20 Sozialindex. Hierbei sollen kommunale Mittel so verteilt werden, dass Schulen in
21 benachteiligten Gebieten stärker profitieren als solche in Stadtteilen ohne besondere
22 Herausforderungen. Ziel ist es, die begrenzten Ressourcen differenzierter und zielgenauer
23 einzusetzen, um mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Wir wollen, dass
24 diejenigen Schulen, die die größten Herausforderungen zu meistern haben, auch die
25 bestmögliche Ausstattung bekommen.

26 Ein solcher kommunaler Sozialindex würde den landesweiten Index ergänzen, mit dem seit
27 2013 ein gewisser Anteil von Lehrerstellen so verteilt wird, dass Schulen mit „schwieriger“
28 sozialer Zusammensetzung davon profitieren.

29 Wir unterstützen das Vorhaben des Sozialdezernats, an den siebzehn Grundschulen die derzeit
30 Standort einer „Betreuenden Grundschule“ (BGS) sind, zukünftig Schulsozialarbeit für Alle
31 einzurichten. Die bis dato von den Betreuenden Grundschulen angebotenen Betreuungsplätze
32 sollen in diesem Zuge von einem freien Träger übernommen werden. Dieses Modell wurde
33 bereits an der Goetheschule und der Ursula-Wölfel-Grundschule erfolgreich eingeführt.

34 Inklusive Bildung in KiTa und Schule

35 Spätestens mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die
36 Bundesrepublik im Jahre 2008 stehen staatliche Stellen in Bund und Land sowie die Kommune
37 in der Pflicht, Schule und Einrichtungen des Elementarbereichs sukzessive in Richtung eines
38 inklusiven Systems weiterzuentwickeln. Die Separation von Kindern mit Behinderung oder
39 Beeinträchtigung soll vom Regel- zum Ausnahmefall werden.

40 Für den frühkindlichen und schulischen Bereich gilt es also, möglichst inklusive Settings
41 anzustreben und umzusetzen - Kinder und Jugendliche mit und ohne
42 Behinderung/Beeinträchtigung sollen gemeinsam spielen, toben und lernen. Umfragen zeigen,
43 dass es hierfür in der Bevölkerung insgesamt sowie bei Eltern (ungeachtet, ob das eigene Kind
44 unter einer Beeinträchtigung leidet oder nicht) eine hohe Akzeptanz gibt. Diese Settings
45 braucht es in allen Schulformen, von Klasse 1 bis zum Schulabschluss!

1 Ein zentraler Faktor für gelingende Inklusion in der frühkindlichen sowie der schulischen
2 Bildung ist die Eingliederungshilfe. Mit dem *Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und*
3 *Selbstbestimmung* (Bundesteilhabesetz), das zum 01.01.2020 in Kraft trat, wurde die
4 Eingliederungshilfe aus dem Recht der Sozialhilfe (SGB XII) herausgelöst und in das Recht der
5 Rehabilitation und Teilhabe (SGB IX) eingebunden. Wir begrüßen die hierdurch gestiegenen
6 Möglichkeiten der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in KiTa und
7 Schule, denn es senkt die Voraussetzungen für die Kostenübernahme für eine
8 Begleitperson/Schulassistentz. Insbesondere die Möglichkeit, eine solche Assistenz auch für den
9 schulischen Nachmittag zu gewähren, stärkt die Inklusion in Schule und Ganzttag.

10 Tief in der Historie wurzelnde Strukturen haben ihr eigenes Beharrungsvermögen.
11 Insbesondere gilt dies für das Schulsystem, das in Deutschland eine lange Tradition des
12 Separierens und Aussonderns hat. Dieses „Sortieren“ der Schülerinnen und Schüler nach
13 bestimmten Kriterien erfolgt nicht allein entlang etwaig bestehender sonderpädagogischer
14 Förderbedarfe, sondern insgesamt nach Kriterien von Leistung und Eignung.

15 Umgekehrt ausgedrückt: nimmt man die Inklusion beim Wort, so liegt der Schluss nahe, dass
16 sie in Schule nur umsetzbar ist, wenn man das gesamte System verändert: Brechen mit der
17 Tradition des Sortierens, hin zu einem gemeinsamen Lernen, dass ALLEN Kindern
18 zugutekommt, ungeachtet ihrer kognitiven Begabung, ungeachtet der Ressourcen ihrer
19 Familie, die diesen zur Unterstützung ihrer Kinder zur Verfügung haben. Solange das auf frühe
20 Trennung basierende Schulsystem nicht grundsätzlich verändert wird, muss die schulische
21 Inklusion im bestehenden Rahmen verbessert werden. Hierfür fordern wir das Land auf, für
22 bessere Ausstattung der Schulen zu sorgen. In erster Linie fehlt es an sonderpädagogischen
23 Fachkräften, zumal aufgrund des – ideologisch motiviertem – Beharrrens auf Fortbestand der
24 Förderschulen entscheidende finanzielle und personelle Ressourcen für die inklusive
25 Beschulung fehlen.

26 **Übergang Schule – Beruf**

27 Seit über 40 Jahren ist Schulsozialarbeit in Wiesbaden ein Erfolgsgarant für erfolgreiche
28 Übergänge von Schule und Beruf. Schülerinnen und Schüler werden in ihren Kompetenzen
29 gestärkt, in ihrer Entwicklung positiv begleitet und erfahren berufliche Orientierung. Zum
30 Schuljahresbeginn 2020/21 ist es uns gelungen, Schulsozialarbeit an der Albrecht-Dürer-Schule
31 und der Gerhart-Hauptmann-Schule (beides Haupt- und Realschulen) einzuführen, ebenso für
32 den Realschulzeig der Erich-Kästner-Schule.

33 In den kommenden Jahren wollen wir insbesondere Schulsozialarbeit an den beruflichen
34 Schulen weiter stärken.

35 Die Bemühungen des Landes Hessen, mittels des UBUS-Programms zusätzliche Stunden für
36 Sozialpädagogen an allen Schulen zu ermöglichen, erkennen wir an. Wir wünschen uns jedoch
37 eine bessere Abstimmung mit der Stadt Wiesbaden, um die Ressourcen zielgerichteter
38 einsetzen zu können.

39 **Lernen im Erwachsenenalter**

40 Allen B + B muss in jedem Alter der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifikation und
41 gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Die rasante Entwicklung technischer Neuheiten,
42 geopolitischer Konflikte und Fragen der Nachhaltigkeit sind nur einige Beispiele für die
43 Themen, mit denen sich die Menschen auseinandersetzen müssen. Um mit der
44 gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten, ist es unabdingbar, sich immer neu und zu
45 immer komplexer werdenden Fragen zu informieren. Hierfür braucht es Informations- und

1 (Weiter-)Bildungsangebote, abgestimmt auf unterschiedliche Lebensphasen und
2 unterschiedlichen Vorkenntnisse.

3 Mit dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur
4 Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung („Arbeit-von-morgen-Gesetz“) möchte der Bund
5 die Rahmenbedingungen für den Strukturwandel definieren und sozialverträglich gestalten.
6 Dahinter steht die Erkenntnis, dass in lebensbegleitendem Lernen und Weiterbildung der
7 Schlüssel zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit liegt. Das Gesetz ist im Mai 2020 vom
8 Bundestag beschlossen worden.

9 Für Wiesbaden wollen wir lebensbegleitende Weiterbildung durch die Volkshochschule
10 Wiesbaden e.V. und weitere öffentlich geförderte Träger der Weiterbildung, neben Schule,
11 Ausbildung und Hochschule - als gleichwertigen Teil des öffentlichen Bildungssystems.

12 Als Kommune wollen wir insbesondere die vhs Wiesbaden sowie die Bildungswerke in den
13 Stadtteilen zukunftsfähig machen/ finanziell absichern (Querverweis SchuKU –
14 Volkshochschule)

15

1 Wiesbaden ist... ein starkes soziales Netz

2

3 Wiesbaden für alle ermöglichen

4 „Zusammen sind wir Wiesbaden“ heißt für uns: ein Wiesbaden für alle; ein Wiesbaden, in dem
5 sich alle zu Hause fühlen! Wir wissen aber auch: Wiesbaden ist eine sozial gespaltene Stadt.
6 Wir haben einerseits ein sehr hohes Pro-Kopf-Einkommen; auf der anderen Seite sind unsere
7 Armutsraten sehr viel höher als in Städten wie Frankfurt oder Darmstadt. Die Wiesbadener
8 Sozialraumanalyse 2019 zeigt erneut, dass sich diese Ungleichheit auch in den verschiedenen
9 Stadtteilen widerspiegelt: den Bedarfen im Schelmengraben, im Inneren Westend oder im
10 Hochfeld müssen wir deshalb anders begegnen, als denjenigen in Sonneberg oder im Nerotal.

11

12 Deshalb kümmern wir uns um gleichwertige Lebensbedingungen und kämpfen für den
13 sozialen Zusammenhalt. Deshalb müssen wir Benachteiligungen entgegenwirken und allen
14 Wiesbadenern gleiche (Teilhabe-)Chancen eröffnen. Um gleichwertige Lebensbedingungen zu
15 erreichen, müssen wir aber diejenigen Stadtteile stärken, die eine besondere Unterstützung
16 benötigen. Das heißt für uns aber auch, dass wir Ungleiches ungleich behandeln und
17 diejenigen besonders unterstützen, die aktuell weniger Chancen haben.

18

19 Konkret wollen wir:

20

- 21 • einen „Wiesbadener Teilhabestandard“, den das Sozialdezernat gemeinsam mit den freien
22 Trägern der Wohlfahrtspflege entwickelt. Dort soll festgeschrieben werden, wie wir
23 Stadtteile mit hohen Bedarfen künftig mit sozialen Einrichtungen, Angeboten und
24 Maßnahmen ausstatten - um die Menschen in diesen Stadtteilen besonders zu unterstützen
- 25 • im Erbenheimer Hochfeld ein Stadtteilbüro einrichten, das eine Anlaufstelle für Kinder,
26 Jugendliche, Familien und ältere Menschen wird und dort hilft und unterstützt, wo Hilfe und
27 Unterstützung nötig sind;
- 28 • einen „Sozialindex“, der die besonderen Bedarfslagen der Stadtteile berücksichtigt und soziale
29 Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen in diesen Stadtteilen (oder einem hohen
30 Anteil armer Kinder) mit zusätzlichen Personal- und Finanzressourcen ausstattet, damit
31 besondere Förderangebote (wie z. B. Sprachförderung, kulturelle, musische und kreative
32 Bildungsangebote) durchgeführt werden können;
- 33 • die soziale Mischung der Menschen, insbesondere in innenstadtnahen Quartieren erhalten.
34 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass eine Milieuschutzsatzung in Wiesbaden erlassen wird,
35 um Luxussanierungen von Wohnungen oder auch die Umwandlung von Miet- in
36 Eigentumswohnungen zu verhindern - wir wollen dafür sorgen, dass sich alle Wiesbadener
37 das Wohnen in „begehrten“ Wohngebieten leisten können.
- 38 • das Programmgebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ (ehemals „Soziale Stadt“) ausweiten:
39 nachdem es uns gelungen ist, dass neben dem Inneren Westend, dem Schelmengraben und
40 dem Gräselberg auch Biebrich Mitte in das Förderprogramm aufgenommen wurde, setzen
41 wir uns jetzt dafür ein, dass Klarenthal als fünfter Standort in Wiesbaden in das
42 städtebauliche Entwicklungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ aufgenommen wird. Mit
43 den finanziellen Mitteln aus Bund, Land und Kommune kann dann in Klarenthal ein
44 Stadtteilbüro bzw. Stadtteilmanagement eingerichtet werden und zahlreiche
45 Verbesserungen von z. B. Stadtteilzentrum, Spielplätzen, Grün- und Freiflächen - mit
46 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger - umgesetzt werden.
- 47 • die bisherige Familienkarte zu einer „Wiesbadener Freizeitkarte“ mit einer Vielzahl von
48 Vergünstigungen für Familien umwandeln und das bestehende Angebot ausweiten, damit

- 1 sich z.B. auch kulturelle Einrichtungen (z.B. das Hessische Staatstheater oder das Schloss
2 Freudenberg) und / oder gastronomische Betriebe beteiligen können. Auch hier gilt:
3 Ungleiches ungleich behandeln. Familien, die staatliche Leistungen zur Sicherung des
4 Lebensunterhaltes erhalten, sollen die „Wiesbadener Freizeitkarte“ zu einem günstigeren
5 Preis erhalten.
- 6 • die konsequente Umsetzung der „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte
7 junge Menschen“, dem Wiesbadener Programm gegen Kinderarmut. Hier haben wir schon
8 viel erreicht, viele Maßnahmen sind umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Einige
9 Handlungsempfehlungen wollen wir noch umsetzen, wie etwa die Entwicklung von
10 Maßnahmen, damit Angebote aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“, z. B.
11 Lernfördergruppen an Schulen, Mitgliedschaften in Vereinen oder die Nutzung von
12 Musikschulen, besser genutzt werden. Dazu wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die
13 Bekanntheit des Programms einerseits zu steigern und andererseits das vorhandene Budget
14 durch zusätzliche kommunale Mittel aufstocken;
 - 15 • damit Vorurteile gegenüber bestimmten Stadtteilen und ihren Bewohnerinnen und
16 Bewohner abgebaut werden, wollen wir ein Begegnungs- und Kennenlern-Programm für
17 junge Menschen entwickeln (gegenseitige Treffen, Stadtteilspaziergänge).
 - 18 • angesichts der hohen Quoten von dauerhaft armen Kindern, Jugendlichen, Menschen im
19 erwerbsfähigen Alter und dem Ansteigen der Altersarmutsquoten, eine „Wiesbadener
20 Teilhabekarte“. Diese Karte soll Vergünstigungen beim Besuch von Schwimmbädern,
21 kulturellen Einrichtungen und im ÖPNV sicherstellen.

22

23 Politik für ältere Menschen

24 In Wiesbaden nimmt der Anteil älterer und hochbetagter Menschen weiter zu. Für uns ist es
25 wichtig, das selbstständiges Leben im Alter weiterhin durch verschiedenste Unterstützungen
26 genauso ermöglicht wird, wie auch ein bereits Netzwerk an Unterstützung für diejenigen die
27 im Alter komplexer Hilfen aufgrund von Erkrankungen (bspw. Demenz), Sprachbarrieren, oder
28 aber alleinstehend sind benötigen. Aufgrund der ebenfalls steigenden Altersarmut ist es für die
29 SPD eine wichtige kommunale Aufgabe, Konzepte zur weiteren sozialen Teilhabe an Kultur-
30 und Freizeitangeboten für ältere Menschen – und zwar unabhängig von ihrem Geldbeutel - zu
31 entwickeln und zu fördern.

32 Wir wollen:

- 33 • Entwicklung und Schaffung von mehr Angeboten aufsuchender Beratung,
34 insbesondere für Menschen, die das Spektrum an Hilfsangeboten nicht kennen, z.B.
35 ältere Menschen mit Migrationshintergrund oder Aussiedler. Wir treten für die
36 Schaffung von Quartiersmanagern/Kümmerern im Quartier ein, auch durch die
37 Förderung von freiwillig/ehrenamtlichem Engagement.
- 38 • Gezielte und energische Maßnahmen der Kommune, der Polizei, der Presse, des
39 Seniorenbeirats, von Trägern der Altenarbeit usw. zur Aufklärung, Schulung und Schutz
40 von Senioren gegen die wachsende Betrugsriminalität.
- 41 • Förderung von generationsübergreifenden Wohnformen, auch in Genossenschaften,
42 Treffpunkte im öffentlichen Raum, altengerechte Fußwege mit Sitzgelegenheiten,
43 Ampelschaltungen, die die unter Umständen eingeschränkte Schnelligkeit älterer und
44 beeinträchtigter Fußgänger berücksichtigen

- 1 • Förderung von leistungsfähigen öffentlichen und privaten Betreuungs- und
2 Versorgungsangeboten, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Prävention
3 sowie altersgerechte Bewegungsformen,
- 4 • Konsequente Weiterentwicklung der offenen Altenarbeit in allen Stadtteilen mit hohen
5 Bedarfslagen, so dass Menschen im Alter auch mit wenig Geld gut leben können; die
6 freien Träger der Alten- und Seniorenarbeit finanziell absichern und zudem Programme
7 der kommunalen Altenarbeit, wie das Programm 55+, die Treffpunkte aktiv,
8 Seniorentreffs, Ausflüge, Mittagstische, Freizeit- und Kulturprogramme und weitere
9 langfristig sichern.
- 10 • Schaffung einer ausreichenden Kapazität von Pflegeplätzen, möglichst wohnortnah mit
11 Quartiersbezug. Gleichzeitig aber auch die Weiterentwicklung einer guten ambulanten
12 Versorgung und der Tagespflegeangebote.
13

14 Politik für Jugendliche

15 Wiesbaden wird überwiegend als eine Stadt der Älteren wahrgenommen. Dies ist auch ihrer
16 Geschichte als Kurstadt geschuldet, welcher sich auch in den Freizeit- und
17 Tourismusangeboten widerspiegelt. Jugendliche machen etwa ein Sechstel gesamten
18 Stadtbevölkerung aus, werden aber oft übersehen oder gar als störend empfunden. Dies hat
19 einen starken Einfluss auf die Selbstwahrnehmung der Wiesbadener Jugendlichen, welche ihre
20 Interessen und Bedürfnisse in der Stadtpolitik häufig nicht angemessen beachtet und
21 berücksichtigt sehen. Deshalb legen wir in unserem Wahlprogramm einen Fokus auf die
22 Wünsche und Anliegen der jungen Bevölkerung von Wiesbaden, um dieser Gruppe ein gutes
23 Leben in unserer Stadt und mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.

24 Dabei erfährt der vom Jugend- und Sozialdezernat in den letzten Jahren eingeschlagene Weg -
25 von der Jugendstudie bis zur Erarbeitung und Beschlussfassung eines eigenen
26 Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen“ - unsere volle Unterstützung. Jugend als
27 eigenständige Lebensphase muss in unserer Stadt ermöglicht werden, damit Jugendliche und
28 junge Erwachsene ihren Platz in unserer Stadtgesellschaft selbstbestimmt finden können.

29 Konkret wollen wir:

- 30 • Mit Unterstützung des Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen“ die Taktung der
31 Nightlinerfahrten noch weiter erhöhen. Konkret wollen wir eine Regelung im
32 Stundentakt unter der Woche und im Halbstundentakt am Wochenende.
- 33 • alle städtischen Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kostenlos
34 machen. Der vergünstigte Tarif für Studierende soll dann auch für Auszubildende
35 gelten.
- 36 • die finanziellen Mittel des Jugendparlaments und des Stadtschüler*innenrats erhöhen.
37 Wir fordern eine Erhöhung der Mittel des Jugendparlaments auf 25.000 € und des
38 Stadtschüler*innenrats auf 10.000 € pro Jahr.
- 39 • dass alle Wiesbadener Schüler*innen in angemessener Art und Weise in Berührung und
40 Austausch mit kommunaler Demokratie kommen und Formate und Institutionen wie
41 „Jugend im Rathaus“, „Tag der Jugend“, das Jugendparlament oder weitere
42 niedrigschwellige Angebote in den Stadt- und Ortsteilen eine Stärkung erfahren.

- 1 • die Jugendverbandsarbeit weiter fördern. Jugendorganisationen gelten aus gutem
2 Grund als „Werkstätten der Demokratie“. Es ist für unser Gemeinwesen und unser
3 demokratisches Miteinander von unschätzbarem Wert, dass sich junge Menschen
4 ehrenamtlich engagieren. Ganz egal ob es in Rettungsorganisationen, im Sportverein
5 oder in einer Religionsgemeinschaft ist. Dieses Engagement wollen wir in
6 Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring noch besser anerkennen und begleiten.
- 7 • Wir unterstützen die Idee eines „Haus der Jugendorganisationen“ und
8 „Jugenddemokratiebildungszentrum“
- 9 • angelehnt an das Projekt im Rheingau-Taunus-Kreis, einen subventionierten Taxi-Tarif
10 einführen, sodass Jugendliche auch nachts sicher und bezahlbar nach Hause kommen
11 und auch die Vororte besser an die Innenstadt angebunden werden.
- 12 • auf eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung hinwirken, sodass ab der
13 nächsten Wahlperiode in Hessen das Wählen in Kommunen ab 16 Jahren wieder
14 möglich ist.
- 15 • Mit Unterstützung des Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen“ mehr Räume im
16 öffentlichen Raum schaffen, die von Jugendlichen genutzt werden können und die
17 Aufwertung bereits vorhandener Räume (Bolzplätze, Pump Tracks, Skatemöglichkeiten
18 etc.).
- 19 • die in den letzten Jahren Zug um Zug erweiterten Angebote der offenen Jugendarbeit,
20 z.B. in Naurod und Auringen, in Erbenheim und Amöneburg oder im Europa- und
21 Künstlerviertel absichern und weiterführen. Ebenso das Fanprojekt des SV Wehen
22 Wiesbaden.
- 23 • Möglichst allen Jugendlichen internationale Begegnungen ermöglichen und sie damit
24 auf das Leben in einer globalisierten Welt vorbereiten.
- 25 • weiterhin ein attraktives Ferienprogramm anbieten, auch mit frei zugänglichen offenen
26 Angeboten.
- 27 • Umsetzung und Einführung Nachtbürgermeister
- 28

1 Grundsicherung / Beschäftigungsförderung

2 Das Thema Grundsicherung ist zuallererst ein Thema des Bundes; nichtsdestotrotz ist die
3 Ausgestaltung in Wiesbaden eine Aufgabe der Stadt; eine Aufgabe des Kommunalen
4 Jobcenters. 2005 hat sich das sozialdemokratisch geführte Sozialdezernat in Wiesbaden
5 bewusst für die „Option“ entschieden, die Aufgaben der Grundsicherung ohne die Beteiligung
6 der Agentur für Arbeit wahrzunehmen (ist also eine so genannte Optionskommune) und wir
7 halten große Stücke auf die Art und Weise, wie dies vor Ort (in enger Vernetzung und
8 Kooperation mit anderen Leistungen) ausgestaltet wird.

9 Die Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II beziehen hauptsächlich erwachsene,
10 erwerbsfähige Personen (zu 2/3); aber eben auch ein erheblicher Anteil von Kindern. Für diese
11 Kinder sind weitere Mittel des Bundes nicht vorgesehen – außer Leistungen der Bildung und
12 Teilhabe - (siehe Kapitel „Wiesbaden ist ... eine Stadt für alle“). Dadurch wird einerseits eine
13 Teilhabe an gesellschaftlichem Leben oft eingeschränkt und andererseits belegen Studien, dass
14 diese fehlenden Ressourcen zu weiteren Benachteiligungen im Erwachsenenalter führen.

15 Konkret wollen wir:

- 16 • Hinsichtlich des Themas Kinderarmut bedarf es jeder Anstrengung seitens der Kommune, für
17 diese Kinder eine möglichst gute Unterstützung zu bieten, wo Bundes- oder Landesmittel
18 dies nicht abdecken, bspw. bei der Mobilität von Kindern und Jugendlichen (siehe Kapitel
19 „Wiesbaden ist ... eine Stadt für alle“).
- 20 • Für die erwachsenen Leistungsberechtigten benötigen wir Arbeitsplätze im un- und
21 angelernten Bereich, denn die meisten der Personen im SGB II verfügen über keine
22 Berufsausbildung. Gerade die Branchen Logistik, Gastronomie und Einzelhandel sind die
23 aufnahmefähigsten für diese Helfer:innen-Tätigkeiten. Deshalb werden wir uns für den
24 Erhalt und die Ansiedlung solcher Betriebe einsetzen. (vgl. hierzu auch die Kapitel Verkehr
25 (Logistik) und Wirtschaftsförderung)
- 26 • Darüber hinaus ist es insbesondere für (Allein)Erziehende von besonderer Bedeutung, dass
27 auch eine Vielzahl an Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Hier
28 müssen wir als Kommune – u. a. mit dem Arbeitgeberservice des Kommunalen Jobcenters -
29 darauf hinwirken, vor allem diesen Unternehmen Anreize / Möglichkeiten zu bieten, die
30 solche Arbeitsplätze bereitstellen.
- 31 • Für die Vielzahl an Menschen, für die der Schritt auf den ersten Arbeitsmarkt seit Jahren nicht
32 möglich ist, müssen wir dringend über den Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes nachdenken.
33 Kommunal wollen wir die vielseitigen Möglichkeiten, die jetzt schon in
34 Beschäftigungsförderungsprojekten in Kooperation mit Betrieben und Trägern bestehen,
35 ausbauen.
- 36 • Gerade im Bereich der Ausbildung junger Menschen im Grundsicherungsbezug ist es
37 notwendig die Wiesbadener Linie einer eigenen Beschäftigungsgesellschaft (Wiesbadener
38 Jugendwerkstatt GmbH) weiter zu verfolgen, um ausreichend sozialpädagogisch begleitete
39 Ausbildungsplätze für die Jugendlichen bereit zu stellen, die auf dem ersten
40 Ausbildungsmarkt keinen Ausbildungsplatz finden. Gleichzeitig unterstützen wir die
41 Wiesbadener Jugendwerkstatt mit ihrer Idee, am Standort Domäne Mechtildshausen einen
42 modernen Campus für alle 30 Ausbildungsberufe und Betriebseinheiten zu errichten.
- 43 • In all diesen Bereichen muss auch die gute Kooperation mit den Kammern und Betrieben
44 weiter im Fokus stehen.

1 Wiesbaden ist...Gesundheitsstandort

2

3 Gesundheitsversorgung und Krankenbehandlung ist Daseinsfürsorge in sozialer
4 Verantwortung der demokratischen Institutionen von Kommunen, Ländern und Bund sowie
5 der daran beteiligten Körperschaften des öffentlichen Rechts.

6 Die Stadt Wiesbaden zeichnet sich durch gute Qualität und Infrastruktur im Bereich der
7 stationären und ambulanten medizinischen Versorgung aus. Mit drei Krankenhäusern der
8 Akutversorgung sowie verschiedenen Reha-Einrichtungen und einer hohen Arztdichte sind alle
9 Bereiche, mit Ausnahme des universitären Sektors, gut abgebildet.

10 Die verschiedenen Träger der medizinischen Einrichtungen in Wiesbaden agieren im
11 Spannungsfeld unterschiedlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Diese führen zu
12 unterschiedlich starken Auswirkungen auf die Aufgaben der Patientenbehandlung und
13 Gesundheitsförderung.

14 Die SPD setzt sich für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst der Stadt (ÖGD) ein.

15 Unter der Leitung des Gesundheitsamts der Stadt Wiesbaden haben die städtischen
16 Mitarbeiter*innen herausragende Leistungen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie
17 erbracht und sind weiterhin äußerst engagiert. Die SPD Wiesbaden wird über die Corona-
18 Pandemie hinaus für eine personell und finanziell leistungsfähige Abteilung Infektionsschutz
19 im Gesundheitsamt eintreten.

20 Die SPD setzt sich für eine Stärkung des kinder- und jugendärztlichen Dienstes im
21 Gesundheitsamt ein. Der kinder- und jugendärztliche Dienst erfüllt zentrale Aufgaben in
22 Prävention, Beratung und Screening von Entwicklungsstörungen und Erkrankungen bei
23 Kindern und Jugendlichen. Die Mitarbeiter*innen des kinder- und jugendärztlichen Dienstes
24 sind unverzichtbar zur Unterstützung von sozial benachteiligten Familien behinderter oder
25 chronisch erkrankter Kinder. Sie sind Bindeglied zwischen Kindergarten, Schule, Jugendhilfe
26 und Ärzt*innen sowie Kliniken. Für die Beratung der Schulen in gesundheitlichen Fragen und
27 zum Monitoring des Impfgeschehens bei Kindern und Jugendlichen der Stadt sind sie im
28 Einsatz.

29 Die SPD Wiesbaden setzt sich ein für die Stärkung des Sozialpsychiatrischen Dienstes am
30 Gesundheitsamt. Bürger*innen mit psychiatrischen Erkrankungen benötigen zusätzliche
31 Beratung und Hilfe zu den psychosozialen Folgen ihres Leidens.

32 Aufgaben des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes nach § 8 des Hess. Gesetzes über den
33 öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) sollen mit Unterstützung der SPD stärker
34 berücksichtigt werden.

35 Prävention und Gesundheitsförderung nach § 7 des Hess. Gesetzes über den öffentlichen
36 Gesundheitsdienst (HGöGD) sind zentrale Elemente für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt
37 Wiesbaden. Veranstaltungen hierzu und die Koordination der Selbsthilfegruppen gehören in
38 die Zuständigkeit des Gesundheitsamts. Eine Auslagerung in städtische Gesellschaften wird
39 zukünftig nicht unterstützt.

40 Die SPD tritt für den Erhalt und die bedarfsorientierte Funktionsfähigkeit der humanitären
41 Sprechstunde der Stadt Wiesbaden ein. Darüber hinaus unterstützt die SPD Wiesbaden
42 Initiativen auf Landesebene zur Schaffung eines anonymen Krankenscheins für Menschen
43 ohne Krankenversicherung.

- 1 Für die Stadt Wiesbaden sind regionale und überregionale Kongresse wichtiger Teil des
2 Informationsaustauschs für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.
- 3 Die SPD setzt sich für den Erhalt und die Erweiterung der dafür notwendigen städtischen
4 Infrastruktur ein.
- 5 Die SPD setzt sich ein für einen problembezogenen Informationsaustausch aller an der
6 Gesundheitsversorgung beteiligten Institutionen – Private Betreiber und Sozialverbände mit
7 Pflegeeinrichtungen, Träger der stationären Versorgung wie Akutkrankenhäuser und Reha-
8 sowie Privatkliniken, den niedergelassenen Kassenärzt*innen und Privatärzt*innen, der
9 Bezirksärztekammer und den medizinischen Fachgesellschaften.
- 10 Die SPD ist sich der besonderen Verantwortung für den Werdegang der Dr. Horst-Schmidt-
11 Kliniken als ehemaliges städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung bewusst.
- 12 Die Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (EGW), mit 51 Prozent Gesellschafterin der
13 HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH und mit 100 Prozent Gesellschafterin der HSK Pflege
14 GmbH, soll stärker ihr Wächteramt bezüglich Qualität und Umfang der Patientenversorgung
15 an den HSK wahrnehmen.
- 16 Im Bereich der Krankenhausversorgung unterstützt die SPD Wiesbaden landes- und
17 bundesweit Initiativen zur Schaffung eines stärker patientenzentrierten Abrechnungssystems
18 und der Eindämmung privatwirtschaftlicher Trägerschaften mit fehlender sozialer Bindung.
- 19 Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst
- 20 • für Kinder- und Jugendliche
 - 21 • für psychosozial benachteiligte Familien
 - 22 • für Selbsthilfeorganisationen
 - 23 • für eine städtische Umweltmedizin
 - 24 • für Gesundheitsaufklärung und Prävention
- 25
- 26

1 Wiesbaden ist... bezahlbarer Wohnraum für alle!

2
3 Wiesbaden ist eine attraktive, lebenswerte Stadt - aber auch ein teures Pflaster. Die
4 Wiesbadener Mieten zählen mit zu den höchsten in Deutschland. Hinzu kommt, dass - wie in
5 anderen Großstädten und Ballungsgebieten auch - mit Wachstum und Zuzug der Bedarf an
6 Wohnraum - vor allem aber an erschwinglichem Wohnraum steigt! Dies gilt für Familien wie
7 Alleinstehende, für Studierende wie für ältere Menschen. Aber auch Azubis oder Studierende
8 suchen nach günstigem Wohnraum – sei es in Wohngemeinschaften oder Wohnheimen.
9 Wiesbaden soll eine Stadt für alle bleiben und deshalb ist Ziel der SPD Wiesbaden nach wie vor
10 der Neubau und Erhalt bezahlbarer Wohnungen! Wir müssen der Reduzierung der Zahl
11 geförderter Wohnungen entgegentreten und zugleich den geförderten Wohnungsbau weiter
12 verstärken. Dies gelingt nur, wenn wir auf alle verfügbaren Maßnahmen setzen: die
13 Entwicklung von neuen Baugebieten wie die behutsame Nachverdichtung im Bestand, den
14 Erhalt bzw. Erwerb von Belegrechten ebenso wie die Mietpreisbegrenzungen und eine
15 Milieuschutzsatzung. Ein weiterer Lösungsansatz kann der Wohnungstausch sein. Oftmals sind
16 Senioren in zu großen Wohnungen und gleichzeitig suchen junge Familien größere und
17 bezahlbare Wohnungen. Oftmals scheuen ältere Menschen aus nachvollziehbaren Gründen
18 den Auszug aus ihrer zu großen Wohnung: Der Aufwand und die Kosten eines Umzuges, die
19 Angst vor einem Verlust des gewohnten Wohnumfeldes und höhere Mieten. Dennoch wollen
20 wir den Versuch unternehmen und eine Wohnungstauschbörse einrichten. Diese kann
21 Tauschwillige Menschen zusammenführen und es sollen Zuschüsse für Umzüge gezahlt
22 werden.

23
24
25 Konkret wollen wir:

- 26
27 • in Wiesbaden eine Baulandbevorratung analog des Münsteraner-Modells verfolgt wird
28 und die Stadt aktiv Bauland aufkauft und nur unter der Bedingung einer
29 sozialverträglichen Bebauung weiterveräußert oder selbst bebaut
- 30 • das erstmals für einige Wiesbadener Quartiere (für die „Neue Mitte Breckenheim“,
31 „Bierstadt Nord“, das ehemalige Gelände der Carl von Ossietzky Schule und
32 Teilbereiche des Gebietes „Kastel-Housing“) angewandte Konzeptverfahren - wonach
33 kommunale Grundstücke nicht mehr nach dem Höchstpreis sondern nach
34 Konzeptqualität vergeben werden - soll auch in Zukunft weiterverfolgt und
35 angewendet werden. Das Konzeptverfahren ermöglicht, dass gute Konzepte für
36 bezahlbaren Wohnraum, genossenschaftliche und /oder gemeinschaftliche
37 Wohnprojekte oder Einrichtungen, die der Gemeinschaft nutzen (z. B.
38 Nachbarschaftstreffe, Wohnformen für alte oder beeinträchtigte Menschen und
39 Mehrgenerationen-Wohnen realisiert werden können.
- 40 • in Neubaugebieten eine Quote von 30% für Privatinvestoren und 40% für stadtnahe
41 Gesellschaften für die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen (für kleine und mittlere
42 Einkommen) gilt
- 43 • Wohnungen mit einer sinnvollen Grundrissplanung gebaut werden, um bezahlbaren
44 Wohnraum auch für diejenigen zu schaffen, die nicht in die Einkommensgrenzen des
45 sozialen Wohnungsbaus fallen (d. h. eine 3-Zimmer-Wohnung ist ca. 80 qm groß und
46 nicht 120 qm).

- 1 • neben dem Neubau auch die (energetische) Modernisierung und Sanierung der
- 2 Bestandswohnungen - insbesondere bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften -
- 3 im Sinne der CO₂-Reduktion weiter vorantreiben.
- 4 • der Erhalt und Erwerb von so genannten Belegrechten weiterverfolgt wird, damit
- 5 Wohnungen nicht aus der Förderung fallen sondern auch weitere Jahre bezahlbar
- 6 bleiben.
- 7 • mittels einer Milieuschutzsatzung Luxussanierungen von Wohnungen und die
- 8 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Wiesbaden verhindert werden
- 9 kann (siehe Kapitel „Wiesbaden ist ... eine Stadt für alle“).
- 10 • Die aktuellen Zahlen und verschiedenen Prognosen zeigen, dass der Bedarf an
- 11 preisgünstigem Wohnraum auch in Zukunft nicht abreißen wird. Um die
- 12 Herausforderungen an den Wiesbadener Wohnungsmarkt - zielgruppenspezifisch -
- 13 langfristig in den Blick zu nehmen, soll in Kooperation des Sozialdezernats mit dem
- 14 Stadtplanungsdezernat ein „Konzept Wohnen“ erarbeitet werden. In diesem sollen die
- 15 Rolle der Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften und deren Mietpreisbegrenzung
- 16 ebenso wie die Ergebnisse aus dem beauftragten „umfassenden Wohnungs- und
- 17 Grundstücksbericht“ berücksichtigt werden.
- 18 • Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin Wohnmöglichkeiten für
- 19 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende geschaffen werden, denn
- 20 auch junge Menschen in Ausbildung (sei es in Studium oder gewerblicher Ausbildung)
- 21 benötigen bezahlbaren Wohnraum! Deshalb wollen wir dies in Form von Studierenden-
- 22 bzw. Azubi-Wohnheimen oder durch Errichtung entsprechend zugeschnittener WG's in
- 23 Neubaugebieten realisieren. Wichtig dabei ist uns, dass die Mieten an den BaFöG-
- 24 Höchstsatz angelehnt sind. In einem ersten Schritt soll hierfür eine Machbarkeitsstudie
- 25 für ein Pilot-Projekt eines Azubi-Wohnheims in Auftrag gegeben werden.
- 26 • Einrichtung einer Wohnungstauschbörse für Menschen, die ihre Wohnung gegen eine
- 27 andere tauschen möchten (insb. Senioren und junge Familien)
- 28

29 Lebenswerte Großsiedlungen

30 Aber auch die Gestaltung von (Wohn-)Quartieren und des Wohnumfeldes spielen bei der

31 Entwicklung von Wohngebieten eine entscheidende Rolle: sie sollen sowohl die Vielfalt unserer

32 Stadt widerspiegeln und zugleich Lebensqualität und Teilhabe (sozial, kulturell) im Quartier

33 sichern und verbessern. Wie dies gelingen kann, zeigen die Erfolge der Programme des

34 „Sozialen Zusammenhalts“ im Inneren Westend, im Schelmengraben, im Gräselberg oder

35 Biebrich Mitte! Um dies aber auch in den anderen Wiesbadener Stadtteilen sicherzustellen,

36 wollen wir

37

- 38 • Großsiedlungen lebenswerter gestalten (Grün- und Freiflächenentwicklung, behutsame
- 39 Nachverdichtung, Sanierung der Wohnungen etc.);
- 40 • gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften (bzw. den Vermietern) und unter
- 41 Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter ein passgenaues Konzept für jede Siedlung
- 42 entwickeln;
- 43 • Aufwertung und Ausbau der sozialen und kulturellen Angebote sowie Investitionen in
- 44 die Infrastruktur
- 45 • einen Antrag zur Aufnahme des Stadtteils Klarenthal in das Programm „Sozialer
- 46 Zusammenhalt“ vorlegen

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
- im Erbenheimer Hochfeld ein Stadtteilbüro einrichten, das eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen wird und dort hilft und unterstützt, wo Hilfe und Unterstützung nötig sind

1 Wiesbaden ist... aktive Stadtentwicklung

2

3 Wachstum steuern und Wiesbaden sozial und nachhaltig gestalten.

4 Wiesbaden ist eine liebenswerte Stadt und als Sozialdemokratinnen und -demokraten werden
5 uns weiterhin dafür einsetzen, dass das für alle Menschen in Wiesbaden gilt. Für alle
6 Generationen, für alle Einkommensschichten und für alle Nationalitäten. Vieles ist in den
7 letzten Jahren auf den Weg gebracht oder angestoßen worden, aber es bleibt weiterhin noch
8 viel zu tun. Wiesbaden wird, so die bisherigen Prognosen, weiterhin wachsen. Neue Menschen
9 kommen ins Rhein-Main-Gebiet und bevorzugt auch nach Wiesbaden wegen der Arbeitsplätze,
10 der zentralen Lage und der guten Verkehrsanbindung. Diese Tatsache können wir nicht einfach
11 ignorieren. Wer das versucht, der verschließt die Augen vor den Herausforderungen und
12 vergrößert die Probleme.

13 Das heißt, Wiesbaden ist eine Stadt mit weiter steigendem Wohnungsbedarf und steigendem
14 Bedarf an Gewerbeflächen für Erweiterungen und Verlagerungen von bestehenden Betrieben,
15 aber auch für Neuansiedlungen - nicht nur im Dienstleistungsbereich, sondern auch für
16 Industrie und produzierendes Gewerbe. Gleichzeitig müssen und wollen wir als Stadt
17 Wiesbaden unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

18 Oberstes Ziel unserer Politik ist es, dass das Wohnen in Wiesbaden bezahlbar bleibt
19 beziehungsweise für vielen Menschen wieder bezahlbar wird. Bei neuen Quartieren wollen wir
20 deshalb mindestens 30% der Wohnungen bei privaten Investoren und 40% der Wohnungen bei
21 städtischen Projekten als sozial geförderten Wohnraum ausweisen.

22

23 Als SPD setzen wir aber auch auf eine soziale, ökologische und verantwortungsvolle Politik, die
24 neben der Innenstadt auch die Stadtteile als lebenswerte Zentren stärkt. Wir setzen auf
25 Quartiere, die in Bestand und Neubau gemischt, effizient und nachhaltig lebenswert sind.
26 Dabei muss sich Stadtplanung und Stadtpolitik auch daran messen, ob wir es schaffen, unseren
27 lokalen Beitrag zur Erfüllung der internationalen Klimaschutzziele zu leisten, die
28 Erdüberhitzung auf 1,5° zu begrenzen.

29

30 Wir wollen deshalb auch das kommunale Planungsrecht verstärkt für Klima und
31 Umweltbelange nutzen und bei neuen Bauvorhaben und grundlegenden Sanierungen mehr
32 Regeln vorgeben. Das können beispielsweise Vorgaben für die zu verwendenden Baustoffe
33 sein, wie etwa Holzbauweise, das Vorschreiben von Solaranlagen für Energie und
34 Wärmegewinnung oder Dach- und Wandbegrünungen.

35

36 Der Elsässer Platz als Chance für die westliche Innenstadt

37 Zurzeit ist der Elsässer Platz mit seinen ca. 450 Parkplätzen eine Blechwüste, die sich durch die
38 Fahrzeuge im Sommer besonders stark aufheizt. Es gab in der Vergangenheit schon viele
39 Ansätze, diese einzige große Freifläche im hoch verdichteten Westend umzugestalten, um hier
40 einen Platz mit Aufenthaltsqualität für Jung und Alt zu schaffen. Sie scheiterten an den Kosten
41 und den widersprüchlichen Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner: Einerseits der
42 Wunsch nach einer Grünfläche, andererseits aber auch nach Erhalt der Parkplätze. Die noch
43 zunehmende Überhitzung der Innenstädte aufgrund der Klimaveränderung erfordert aber
44 unverzüglich die Befreiung des Platzes von parkenden Autos, da diese mittlerweile eine
45 negative Auswirkung auf die Kaltluftströmung aus dem Wellritztal und damit die
46 Frischluftversorgung der Innenstadt insgesamt haben.

47

1 Im Frühjahr 2015 führte die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Befragung aller Haushalte im
2 Westend durch mit dem Ziel, mehr über ihr Mobilitätsverhalten und ihre Bereitschaft,
3 kostenpflichtige Parkplätze anzumieten, zu erfahren. 1.226 Haushalte haben sich an der
4 Umfrage beteiligt. Ein erheblicher Anteil der Haushalte mit Auto ist danach bereit, einen
5 durchschnittlichen Betrag für einen sicheren Abstellplatz zu zahlen. Deshalb wollen wir nun
6 zügig an die Umgestaltung des Platzes heranzugehen, um die klimatische Situation der
7 angrenzenden Wohngebiete zu verbessern und dem Westend eine Freifläche mit
8 Aufenthaltsqualität zu geben, aber auch grundsätzlich das Wohnen mit Auto weiterhin zu
9 ermöglichen. Wir sind bereit, solch ein Projekt zum Wohl aller zügig zu realisieren.

10
11 Wir lehnen auf und rund um den Platz herum jegliche Bebauung ab, die die Frischluftströme
12 aus dem Wellritztal behindert, ebenso wie die Einrichtung von Pendlerparkplätzen. Letztere
13 sollten nicht innerhalb des 2. Rings geschaffen werden, da sonst keine Entlastung vom Verkehr
14 damit einhergeht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der überwiegende Teil des Platzes zu
15 einer Frei- und Grünfläche umgestaltet wird und dass eine Bebauung höchstens als
16 Randbebauung, bevorzugt für soziale Einrichtungen, realisiert wird. Studentenwohnungen,
17 eine Gastronomie, möglicherweise ein Kinder- und Jugendzentrum wären u. a. geeignet, den
18 Platz zu beleben, sozial zu durchmischen und aufzuwerten. Die Bepflanzung des Platzes soll
19 zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen.

20
21 Ersatzparkraum für die Anwohnerinnen soll insbesondere durch die geplante Hochgarage
22 hinter Sporthalle am Elsässer Platz entstehen. Eine Tiefgarage unter einem Teil des Platzes
23 lehnen wir nicht grundsätzlich ab, befürchten allerdings zu hohe Kosten. Hinzu kommen
24 weitere verschiedene kleinere Maßnahmen: Schaffung von Parkplätzen im Zusammenhang
25 mit der Randbebauung, intelligente Gestaltung der Spielflächen wie z.B. Parkplätze unter
26 einem Ballspielplatz auf Ständern wie auf dem Wallufer Platz, Mitbenutzung der Stellplätze
27 der Hochschule, des Arbeitsamtes und ggf. der AOK. Zusätzlich können im Zuge des Neubaus
28 einer Sporthalle für die Gerhard-Hauptmann-Schule ebenfalls Anwohnerparkplätze entstehen.
29 Ebenso ist eine Hochgarage hinter der Sporthalle am Elsässer Platz geplant (Horst-Bundschuh-
30 Halle)

31 32 **Platz deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz**

33 Die Situation an der Haltestelle „Platz der deutschen Einheit“ und am Faulbrunnenplatz ist
34 mehr als unbefriedigend. Der Versuch, eine Gastronomie mit öffentlichen Toiletten ist
35 krachend gescheitert. Die Gestaltung bleibt Stückwerk und die Haltestelle ist
36 unterdimensioniert und von räumlicher Enge geprägt. Das alles trägt dazu bei, dass dieser Ort
37 als unsicher empfunden wird und auch eine erhöhte Kriminalität aufweist, die zur
38 Kameraüberwachung geführt hat. Wir wollen die Haltestelle komplett umgestalten und Raum
39 für die Menschen schaffen. Am Faulbrunnenplatz werden wir zur Not mit städtischen Mitteln
40 für eine Errichtung öffentlicher Toiletten und einer gastronomischen Nutzung sorgen.

41 42 **Wohnen und Arbeiten neu denken: Kastel Housing und das Ostfeld**

43 Vor allem in der Innenstadt, aber zunehmend auch in den Stadtteilzentren sind und werden
44 weiterhin zu viele Flächen versiegelt, es fehlen Bäume und Grünflächen, Menschen sind
45 geplagt von Hitzestaus im Sommer und von Massen an fahrenden und parkenden Autos.
46 Verdichtung als Antwort auf den Zuzug von Menschen in die Stadt muss an der richtigen Stelle
47 erfolgen. Als wachsende Kommune können wir es uns nicht erlauben, nur eines zu tun und
48 müssen auch unter Berücksichtigung hoher ökologischer Vorgaben neue Wohn- und
49 Gewerbegebiete entwickeln. Die Stadt muss auf den wertvollen Flächen dichter und höher

1 bauen – urbane Quartiere anstatt Reihen- und Einfamilienhäuser auf dem ehemaligen Acker.
2 Diese sind zum einen teuer, zum anderen verbrauchen wir dafür zu viel Fläche.

3

4 Kastel Housing

5 Auch in Kastel wird eine von der SPD geführte Stadtregierung die Entwicklungschancen weiter
6 nutzen. Da es 2015 gelungen ist, die US-Gaststreitkräfte dazu zu bewegen, den vorderen ca. 4,3
7 ha großen Teil der Kastel Housing Area freizugeben, konnte auf dieser Fläche schon viel
8 erreicht werden. Das Haus der Bildung und der in Holzhybridbauweise geplante Wohnturm ist
9 aber erst der Anfang der Entwicklung, mit der neue Maßstäbe gesetzt werden: Ein Quartier für
10 Alle mit bis zu 1.000 neuen Wohnungen, ökologisch vorbildlich mit perfekter ÖPNV Anbindung.
11 Deshalb möchte die SPD auch, dass die Stadt die Flächen entlang der Bahn zwischen Kastel und
12 Kostheim am Rheinufer erwirbt, um sie selbst zu entwickeln, und sie nicht einem privaten
13 Investor überlässt.

14

15 Ostfeld als sozialer und ökologischer Musterstadtteil

16

17 Für einen neuen Stadtteil.

18 Mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Ostfeld/Kalkofen“ wird Wiesbaden einen
19 neuen Stadtteil erhalten. Aber auch andere Stadtteile werden hiervon berührt und sich
20 infolgedessen vergrößern. Dieser soll ein Stadtteil für die Menschen des 21. Jahrhunderts sein,
21 der die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen des Jahres 2030 und
22 darüber hinaus erfüllt und europaweit Maßstäbe setzt.

23

24 Ein Stadtteil zum Wohnen.

25 Ganz oben auf der Agenda steht für uns das Thema Wohnen: Die Kosten für Miete oder den
26 Erwerb einer Wohnung sind so zu gestalten, dass es für alle Wohnungssuchenden attraktiv ist,
27 im Ostfeld zu wohnen. Ziel ist es, eine Mischung aus allen Teilen der Bevölkerung zu erreichen.
28 Das Ostfeld soll ein integrativer und inklusiver Stadtteil werden: Als Stadtteil der sozialen
29 Vielfalt und des sozialen Zusammenhalts entworfen, soll es ein Wohnungsangebot geben, das
30 an alle sozialen Gruppen und Generationen adressiert ist, mit Integrations- und
31 Bildungsangeboten sowie attraktiven öffentlichen Räumen. Wir wollen ein echtes Miteinander
32 im Stadtquartier dauerhaft verankern. Ziel ist ein öffentlicher Diskurs über neue Wohn- und
33 Lebensmodelle, die im Ostfeld ermöglicht werden können. Genossenschaftlicher
34 Wohnungsbau soll gefördert werden.

35

36 Für eine sozial gerechte Bodenentwicklung in Wiesbaden.

37 Der Weg das Ostfeld über eine Städtebauliche Entwicklungssatzung (SEM) zu entwickeln, ist im
38 höchsten Maß sozial gerecht! Der Mehrwert, der Ackerland durch die Aufwertung zu Bauland
39 erfährt, wird für die Errichtung der Infrastruktur verwendet. Wenn am Ende dieser Entwicklung
40 Geld übrig bleibt, bekommen dies die bisherigen Eigentümer ausgezahlt. Wird die Infrastruktur
41 teurer als die Einnahmen aus dem Verkauf der baureifen Grundstücke, bezahlt dies die Stadt
42 und somit wir alle als Steuerzahler. In jedem Fall erhalten die Eigentümer bereits jetzt einen
43 höheren Betrag für ihre Grundstücke als den aktuellen Wert z.B. als Ackerland. Von Enteignung
44 kann also nicht die Rede sein! Wovon die Eigentümer allerdings nicht sofort und auch nicht
45 garantiert profitieren, ist der Wertzuwachs, der sich aus der Umwandlung des Ackerlandes in
46 Bauland ergibt. Die SEM ist ein Beitrag zu bezahlbarem Wohnen. Zum einen muss das Angebot
47 an Wohnungen wachsen, um bei weiter hoher Nachfrage preisdämpfend wirken zu können.
48 Zum anderen wird bei der SEM der Verkaufspreis der baureifen Grundstücke vom

1 Gutachterausschuss der LHW bestimmt und es bekommt nicht der Investor den Zuschlag, der
2 am meisten zu zahlen bereit ist. Dies ist in Kombination mit einer urbanen Dichte die
3 Voraussetzung die Kosten, die aus dem Grundstück in die Miete oder in den Verkaufspreis von
4 Wohnungen einfließen, möglichst gering zu gestalten.

5

6 Ein Stadtteil zum Arbeiten.

7 Der Stadtteil soll Wohnen und Arbeiten verbinden, sowie ein Dienstleistungsangebot vor Ort
8 schaffen. So soll kein reines Wohngebiet entstehen, sondern das Wohnen durch
9 Handwerksbetriebe und andere Dienstleister ergänzt werden. Diese könnten zum Beispiel in
10 eigenen Handwerkshöfen angesiedelt werden wohnen und arbeiten soll in direkter
11 Nachbarschaft möglich sein. So können Wege zur Arbeit zu Fuß, mit dem Rad zurückgelegt
12 werden. Das eigene Auto wird für viele Bewohnerinnen und Bewohner gar nicht mehr
13 notwendig sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA wohnen z.B. im Ostfeld und
14 kommen zur Arbeit, ohne einmal das überörtliche Straßennetz zu nutzen.

15

16 Ein Stadtteil der kurzen Wege.

17 Ein weiteres Ziel ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ist ein Bedarf an zusätzlichen
18 Arbeitsplätzen in Wiesbaden zu erwarten, vor allem in den Bereichen
19 Unternehmensdienstleistungen und öffentliche Dienstleistungen. Mit der Entwicklung des
20 Ostfelds wird dem Bedarf an Gewerbegrundstücken Rechnung getragen. Wichtig ist für uns die
21 Ansiedelung des Bundeskriminalamtes, damit die Bundesbehörde auch in Zukunft einen festen
22 Platz in der Landeshauptstadt hat. Diese soll zudem an die Ländchesbahn angebunden werden.
23 Die Flächen, die wiederum heute vom BKA genutzt werden, sind die Konversionsflächen von
24 morgen. Für diese innerstädtischen Flächen wollen wir schon jetzt an den Plänen für die
25 Nachnutzung arbeiten. Hier ist ein Mix aus Arbeiten, Forschung und Bildung sowie Wohnen
26 anzustreben.

27

28 Ein ökologischer Stadtteil.

29 Die Gebäude im neuen Stadtteil Ostfeld müssen sich in Ausrichtung und Gestaltung
30 konsequent am Passivhaus-Dämmstandard ($< 15 \text{ kWh} / (\text{m}^2 \text{ a})$) ausrichten, so dass der
31 Heizwärmebedarf bei nur noch einem Bruchteil von durchschnittlichen Bestandsgebäuden
32 liegt (z.B. Altbau vor 1980: ca. $150 - 200 \text{ kWh} / (\text{m}^2 \text{ a})$). Verpflichtend wird die Nutzung von
33 Solarenergie auf und an den Gebäuden mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Abdeckung
34 des lokalen Bedarfs vorgesehen. Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Strom, Wärme, Kälte
35 und Mobilitätsleistungen wird durch ein integriertes Energiekonzept gesichert, das eine
36 sinnvolle Verknüpfung durch innovative Technologien ermöglicht. Auch bei der Errichtung der
37 Gebäude ist die Verwendung umweltfreundlicher Baustoffe und innovativer Techniken ein
38 wichtiges Ziel. Die sogenannte „graue Energie“ – die Energie, die zur Produktion und dem
39 Transport sowie dem Einbau und auch später für den Abbruch benötigt wird, soll auf ein
40 Minimum reduziert werden - und Schlupfsteine gemäß dem Artenschutzmodell ‚Animal Aided
41 Design (AAD)‘ werden dabei als Standard mit geplant und verbaut. Unter dem Motto „Smart
42 City“ werden Informations- und Kommunikationstechnologien eingeführt, um die
43 kommunalen Infrastrukturen, wie bspw. Mülltrennung und Müllvermeidung, Energie,
44 Gebäude, Verkehr, Wasser und Abwasser zu verknüpfen.

45

46 In Zeiten des Klimawandels sehen die Städte einer Häufung von Wetterextremen mit
47 Trockenperioden und Starkregenereignissen entgegen. Um sich diesen Herausforderungen zu
48 stellen, sind Maßnahmen an Oberflächen und im Untergrund erforderlich. Das Ostfeld soll als
49 sogenannte Schwammstadt gebaut werden. Das bedeutet, dass Niederschlagswasser auch bei

1 Starkregenereignissen ortsnah gespeichert und dann im örtlichen Wasserkreislauf gehalten
2 wird. Natürlich muss das Ostfeld eine Trennung der Abwasserkanäle für Schmutzwasser und
3 Oberflächenwasser erhalten. Was so selbstverständlich klingt, ist aber nur dank der
4 kompletten Neuplanung möglich. In bestehenden Strukturen ist die Umrüstung auf zwei
5 Abwasserleitungen nicht zu finanzieren. Bei der Auslegung des Systems ist darauf zu achten,
6 dass die Maßnahmen einen Mehrwert für die Nutzung und Gestaltung des Wohnumfeldes
7 schaffen. Wasser auf den Plätzen, in Parks und Grünzügen stiftet Identität, führt zu kühlenden
8 Effekten und steigert die Lebensqualität.

9

10 Ein gesunder Stadtteil.

11 Die Quartiere im Wiesbadener Ostfeld sollen nach den Kriterien der gesunden Stadt entstehen.
12 Es wird ein Wohn- und Arbeitsumfeld angestrebt, das positiv auf das physische, psychische,
13 soziale und umweltbedingte Wohlergehen der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner
14 und Beschäftigten wirkt. Im Fokus der Planung im Ostfeld steht ein Städtebau, der sich an den
15 Merkmalen und Elementen gesunder Lebensbedingungen orientiert. Dies ist auch dank der
16 kurzen Wege im Ostfeld möglich. Es ist erwiesen, dass ein Lebensumfeld, das alle Erledigungen
17 des Tages zu Fuß ermöglicht auch eine Prophylaxe für z.B. die Volkskrankheit Diabetes ist.

18

19 Ein mobiler Stadtteil.

20 Mit einem Anteil von ca. 18 % gehört der Verkehr zu den großen Verursachern von CO₂-
21 Emissionen in Deutschland. Der Mobilität kommt damit im Rahmen einer klimagerechten
22 Quartiersentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Das Ostfeld wird als Stadtteil der kurzen
23 Wege geplant werden. Dank einer Vielfalt an Mobilitätsangeboten sollen die Bewohnerinnen
24 und Bewohner mobil unterwegs sein können, ohne auf einen eigenen Pkw angewiesen zu sein.
25 Dafür ist ein leistungsstarkes ÖPNV-Angebot Grundvoraussetzung. Dieses muss auch schon
26 betriebsbereit hergestellt sein, wenn die ersten Bewohner einziehen. Nur so kann in der
27 Entscheidung, welche Wohnung ich mir leisten kann, schon einkalkuliert werden, ob ich
28 überhaupt noch einen eigenen Wagen benötige.

29 Leitverkehre im Ostfeld sollen der Fuß- und Radverkehr sein. Die Verbindung in die Innenstadt
30 und Region soll über schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr hergestellt
31 werden. Nach dem Scheitern der Citybahn soll dies über eine Anbindung an die Ländchesbahn
32 bzw. über eine Anbindung an den Bahnhof Wiesbaden-Ost realisiert werden. Zudem Busse,
33 Carsharing, Sammeltaxis, eScooter sowie Bike-and-Ride-Stationen dafür sorgen, dass wenig
34 Autoverkehr im Viertel herrscht.

35 **Stadtentwicklung zum Wohle der Stadt – Investoren Regeln geben**

36 Als SPD setzen wir auch in den wirtschaftlich schwierigeren Zeiten weiterhin auf das
37 integrierte Stadtentwicklungskonzept, das die unterschiedlichen Bedürfnisse wie Wohnen,
38 Arbeiten, Freizeit, Mobilität und Umweltverträglichkeit aufeinander abstimmt und einen
39 Ausgleich zwischen privaten und öffentlichen Interessen, zwischen den Bedürfnissen von
40 Innenstadt und Vororten, zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen ermöglicht.
41 Dieses Konzept ist zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern stetig weiterzuentwickeln.

42

43 Investoren haben sich an diese politisch vorgegebenen Leitlinien zu halten. Wenn die
44 Entwicklung der Stadt von den Interessen einzelner Investoren bestimmt wird, war das oft zum
45 Nachteil der Stadt wie z.B. die Gestaltung des Luisenforums mit dem Übergang über die
46 Schwalbacher Straße zeigt. Es muss aber auch verhindert werden, dass Projekte wie z.B. die
47 City-Passage oder das Zollamt in Biebrich - trotz größtem Entgegenkommen der Stadt - viele
48 Jahre brach liegen. Die Landeshauptstadt ist also einerseits in vielen Bereichen auf eine gute

1 Zusammenarbeit mit potenziellen Investoren angewiesen, muss aber gleichzeitig die eigenen
2 Ziele gegenüber deren wirtschaftlichen Interessen behaupten und die Umsetzung von
3 vereinbarten Planungen mit allen rechtlichen Mitteln durchsetzen. Dafür braucht es eine
4 starke – personell gut aufgestellte – Stadtverwaltung. Dies gilt künftig umso mehr unter den
5 voraussichtlich schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen.
6

7 2018 hat das Stadtparlament auf Initiative der SPD die WiSoBoN-Richtlinie zur Wiesbadener
8 Sozialgerechten Bodennutzung beschlossen. Danach ist der Investor verpflichtet, sich an den
9 Baukosten für Kindertagesstätten und Grundschulen zu beteiligen, die durch sein Bauvorhaben
10 für die Stadt entstehen. Unabhängig davon besteht die Verpflichtung, bei den Wohnungen
11 einen Anteil von mindestens 22 % an geförderten Wohnraum zu errichten. Die SPD tritt weiter
12 dafür ein, Investoren an den Folgekosten für die soziale Infrastruktur zu beteiligen. Immerhin
13 steigen die Grundstücke der Investoren erheblich im Wert, wenn die Stadt durch eine
14 Änderung des Planungsrechtes Wohnbebauung ermöglicht. Auch deshalb wollen wir den
15 Anteil von sozial geförderten Wohnungen bei Investorenprojekten von derzeit 22 auf 30
16 Prozent anheben.
17

18 **Aktive Bodenpolitik für Wiesbaden**

19 Grund und Boden ist nicht beliebig vermehrbar, sondern eine endliche Ressource. Der massive
20 Anstieg der Bodenpreise schlägt auf die Mieten durch und ist einer der wesentlichen Gründe
21 für die Entwicklung der letzten Jahre. Deshalb brauchen wir eine Bodenbevorratungspolitik,
22 wie sie z.B. durch den Erwerb von Teilen des Dyckerhoffbruchs und von Konversionsflächen
23 (Kastel Housing, Fläche des American Arms in der Frankfurter Straße) begonnen wurde. Die
24 Stadt muss aber auch die rechtlichen Möglichkeiten von Vorkaufsrechten viel stärker nutzen.
25 Außerdem soll sie eigene Flächen, wenn sie sie nicht selbst bewirtschaftet (direkt oder in Form
26 einer städtischen Gesellschaft), nur noch in Erbbaurecht privaten Dritten überlassen. Bei der
27 Entwicklung von neuen Quartieren soll nicht mehr der Höchstbietende den Zuschlag
28 bekommen, sondern - sondern, wie bereits teilweise in Bierstadt Nord - das beste Konzept für
29 bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Miteinander in unserer Stadt bei weitgehenderster
30 Schonung des Klimas. Denn Höchstpreise sorgen für höchste Mieten.
31

32 **Wiesbaden als Teil der Rhein-Main-Region**

33 Wiesbaden ist keine Insel. Gelegen im Rhein-Maingebiet mit hunderttausenden Arbeitsplätzen,
34 einer regional, deutschlandweit und international hervorragenden Verkehrsanbindung ist
35 Wiesbaden abhängig von der Entwicklung der Region. Nicht nur aufgrund der
36 Landesentwicklungspläne sind die Auswirkungen der Entscheidungen in Wiesbaden auf die
37 Region zu beachten, sondern es liegt auch in unserem eigenen Interesse, dass die
38 Wettbewerbsfähigkeit dieser polyzentrischen Rhein-Main-Regional erhalten bleibt und dass sie
39 ihren Beitrag zur Erfüllung der internationalen Klimaschutzziele leistet. Eine vertrauensvolle
40 Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen in Fragen des Wohnungsangebots, der
41 Entwicklung von Gewerbeflächen, der Verkehrsinfrastruktur und der Abfallwirtschaft ist dafür
42 unerlässlich.
43

44 Bei der Zusammenarbeit der Weiterentwicklung des ÖPNV sieht die SPD die Kommunen auf
45 einem guten Weg. Für die Entwicklung von Bauland wurde eine gemeinsame Gesellschaft der
46 Stadt Frankfurt am Main und der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Entwicklungsgesellschaft
47 Metropolregion RheinMain mbH, gegründet. Diesen Ansatz wollen wir grundsätzlich
48 weiterverfolgen, auch wenn derzeit noch keine konkreten Erfolge vorzuweisen sind.
49

1 Jetzt wird's konkret:

- 2 • Bei Neubaugebieten sollen bei privaten Investoren mindestens 30% geförderte
3 Wohnungen entstehen und bei städtischen Projekten mindestens 40%.
- 4 • Bei Sanierungen und Neubauten: Klimaschutzbeitrag von Holz als Bau- und Dämmstoff
5 anerkennen, Photovoltaikanlagen, Solarthermie und begrünte Dächer mitplanen.
- 6 • Fortführung der Maßnahmen Lebendige Zentren „Innenstadt-West“ (ehemals Aktive
7 Kernbereiche - Laufzeit noch bis 2024) und sozialer Zusammenhalt Inneres Westend
8 (ehemals soziale Stadt Westend) sowie WiSek 2030.
- 9 • Quartiere gemischt, nachhaltig, effizient planen und bauen.
- 10 • Möglichst autofreie Quartiere planen und umsetzen.
- 11 • Innenentwicklung vor Außenentwicklung, möglichst schonender Umgang mit
12 unversiegelten Böden.
- 13 • Bessere personelle Aufstellung des Stadtplanungs- und des Bauaufsichtsamtes.
- 14 • Integriertes Stadtentwicklungskonzept umsetzen und weiterentwickeln.
- 15 • Konzeptvergabe statt maximaler Verwertung,
- 16 • Konsequente Bodenbevorratungspolitik, Vorkaufsrechte sichern
- 17

1 Wiesbaden ist...mehr Mobilität für alle!

3 Mobilität für alle

4 Die Menschen in Wiesbaden sind auf unterschiedliche Weise mobil: zu Fuß, mit dem Rad, mit
5 dem Auto, mit Bussen und Bahnen. Alle Verkehrsteilnehmerinnen unter einen Hut zu
6 bekommen ist mitunter schwierig, insbesondere dort, wo nicht viel Platz im Straßenraum ist.
7 Um das drohende Dieselfahrverbot zu verhindern, hat die Stadt Wiesbaden in den
8 vergangenen Jahren viel unternommen: So wurde der Radverkehr gestärkt, Busspuren wurden
9 zu Umwelts Spuren umgebaut und neue Umwelts Spuren geschaffen. Der gesamte Verkehr soll ab
10 2021 digital gesteuert werden. Wir nutzen auch die Chancen der Digitalisierung, sodass auch
11 die Autos wieder zügiger vorankommen.

12
13 Wir wollen, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen gleichberechtigt und schnell von A nach B
14 kommen. Für die eine mag das Rad, für die andere der Bus, für die Dritte das Auto die beste
15 individuelle Lösung sein. Manch eine könnte durch einen neuen Fahrradweg oder eine Buslinie
16 aber auch zum Umstieg weg vom Auto motiviert werden. Denn Wiesbaden verkräftet nicht
17 noch mehr Autoverkehr. Das funktioniert aus unserer Sicht am Besten mit positiven Anreizen –
18 nämlich einem starken, bezahlbaren und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr, der zum
19 Umsteigen einlädt. Die Einführung von Restriktionen und Verboten für den Autoverkehr, ohne
20 entsprechende Alternativen zu schaffen, kann keine Lösung sein – denn Mobilität für alle muss
21 möglich sein!

22
23 Insbesondere sind wir davon überzeugt, dass die allerwenigsten Menschen sich nur für eine
24 Verkehrsmittel entscheiden. Vielmehr entscheiden sich die allermeisten, was in der jeweiligen
25 Situation sinnvoll ist: schnell, günstig, praktisch. Das kann das Auto sein, das kann Car-sharing
26 sein, aber eben auch Bus, Bahn und Rad. Oder auch mal der Fußweg. Deshalb lehnen wir
27 pauschale Zuweisungen in der öffentlichen Debatte zurück. Aussagen wie „die Radfahrer“ oder
28 die „Autofahrer“ spalten und erschweren die Erarbeitung von gemeinsamen Lösungen.
29 Wichtige Verkehrsprojekte, von denen im Zweifel alle profitieren, verlieren so unnötig an
30 Akzeptanz.

31
32 Konkret wollen wir:

- 33 • Die SPD unterstützt die bisherigen Entwicklungen und Zielvorgaben des
34 Mobilitätsleitbildes und des Verkehrsentwicklungsplans. Der Ausbau von Park & Ride-
35 Parkplätzen, ein BikeSharing-Programm muss weiter und intensiver verfolgt werden.
36 Um alle Mobilitätsformen unter einem Hut zu bringen und Menschen zur Nutzung aller
37 Mobilitätsformen zu bewegen braucht es eine umfangreiche App für alle
38 Mobilitätsangebote.

40 Dieselfahrverbot vermeiden – Gesundheit der Menschen schützen.

41 Stickoxide sind lebensgefährlich. Epidemiologische Studien gehen davon aus, dass an der
42 Überschreitung der Grenzwerte von 40 Mikrogramm jährlich so viel Menschen sterben wie im
43 Straßenverkehr. Durch ein ambitioniertes Maßnahmenpaket hat Wiesbaden die
44 Luftschadstoffe deutlich senken können. Ein Dieselfahrverbot konnte bisher abgewendet
45 werden. Hier dürfen wir nicht nachlassen – denn mit den Maßnahmen schützen wir die
46 Gesundheit der Menschen und ermöglichen wir auch Autos mit Dieselmotoren die Einfahrt in

1 die Stadt. Mit Blick auf die Verbreitung dieser Antriebsart sicher die stärkste Unterstützung für
2 diejenigen, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind.
3 Nachts Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen mit dichter Wohnbebauung – so können
4 Anwohnerinnen ungestört schlafen. In Erbenheim wurde dies dem Ortsbeirat versprochen, wir
5 halten das Versprechen. Wir sind grundsätzlich für die weitere Ausweisung von Tempo 30 –
6 insbesondere in den Vororten mit viel Durchgangsverkehr. Wir wollen prüfen, ob nicht in allen
7 Seitenstraßen Tempo 30 zur Vorschrift werden kann. Einbahnstraßen in Wohngebieten sollen
8 häufiger in Spielstraßen umgewandelt werden, sofern das mit Blick auf die Verkehrssicherheit
9 möglich ist.
10 Gerade die östlichen Vororte leiden unter einem hohen Verkehrsaufkommen. Durch
11 Nachverdichtung und neue Baugebiet droht dies weiter zuzunehmen. Wir wollen gute
12 Verkehrskonzepte für die östlichen Vororte entwickeln, um die Gesundheit der Menschen zu
13 schützen und die Verkehrsbelastung mit täglichen Staus zu reduzieren.

14
15
16

Konkret wollen wir:

- 17 • Vermeidung von Dieselfahrverboten und die Umsetzung des Luftreinhalteplans. Dabei
18 ist jede einzelne Maßnahme zu betrachten und den politischen Gremien zur
19 Entscheidung vorzulegen. Insbesondere erwarten wir bei einschneidenden
20 Maßnahmen, die gewohnte Fahrtwege der Menschen strukturell verändern eine
21 frühzeitige und breite Information der Öffentlichkeit.
- 22 • Verlagerung des überörtlichen Durchgangsverkehrs vom ersten auf den zweiten Ring.
23 Dazu ist zu prüfen, wo und in welchem Umfang der zweite Ring – insbesondere im
24 Bereich der Kreuzungen zu ertüchtigen ist.
- 25 • Tempo 30 nachts auf Hauptverkehrsstraßen mit starker Wohnbebauung; Tempo 30 in
26 den Seitenstraßen. Wo es sinnvoll ist wollen wir Einbahnstraßen zu Spielstraßen
27 umwidmen
- 28 • Die schon jetzt vom Verkehr geplagten Vororte müssen entlastet werden, zumal dort
29 viele neue Baugebiete entstehen und die Lage noch verschärfen. Wir beginnen mit
30 einem übergreifenden Konzept für die östlichen Vororte.

31

32 **Starker öffentlicher Nahverkehr als Rückgrat**

33 Unser oberstes Ziel der städtischen Verkehrspolitik ist und bleibt die Stärkung des öffentlichen
34 Personennahverkehrs (ÖPNV) sein. ESWE Verkehr ist hierbei unser Partner, dessen Angebote im
35 Kernbereich des Busbetriebes wir konsequent stärken wollen. Wir brauchen eine starke
36 Verknüpfung der Vororte untereinander, aber auch mit der Innenstadt. Wir sehen allerdings
37 heute bereits, dass auf einigen Linien Kapazitätsgrenzen erreicht sind – nach dem Aus für die
38 Citybahn müssen auch neue Buslinien geprüft werden. Insbesondere Gewerbegebiete in den
39 Vororten – wie etwa in Delkenheim – brauchen eine bessere Busanbindung.

40

41 Entscheidend für die Nutzung des Nahverkehrs ist der Preis. Und dieser ist aus unserer Sicht für
42 viele Menschen zu hoch – Mobilität muss bezahlbar bleiben, auch damit Menschen mit
43 niedrigen Einkommen am öffentlichen Leben teilhaben können. Wir wollen deshalb: Busfahren
44 für einen Euro pro Tag, das macht 365€ im Jahr für alle Wege im Stadtgebiet. Mit diesem Tarif
45 sollen nicht nur mehr Menschen zum ÖPNV wechseln. Das 365€-Ticket ist auch eine große
46 finanzielle Entlastung für diejenigen, für die das Jahresticket derzeit nicht erschwinglich ist.
47 Das Geld für diese Maßnahme steht bereits im Haushalt 2021 zur Verfügung, wir wollen dieses
48 Projekt umsetzen – möglichst mit umfassender finanzieller Unterstützung von Bund und Land.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

Mit dem Jobticket können Arbeitgeber Anreize für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen und haben ein weiteres Pfund beim Wettbewerb um Fachkräfte im Angebot. Die Stadt Wiesbaden geht mit gutem Beispiel voran, wir wollen diese Angebote auch bei städtischen Gesellschaften umsetzen. Mit großen Unternehmen wollen wir gezielt Gespräche für Jobtickets führen.

Um Pendlerströme aus dem Umland, insbesondere aus dem Taunus, vom Auto auf öffentliche Verkehrssystem zu bekommen, braucht es Anreize. Dazu braucht es die Kooperation mit den Nachbarkommunen und Landkreisen, die für die Einpendler verantwortlich sind.

Konkret wollen wir:

- Mehr Buslinien, die die Vororte (z.B. Ringlinie östliche Vororte) und die Nachbarkommunen besser untereinander und mit der Innenstadt verbinden
- Schnellbuslinien vom Umland in die Innenstadt, insbesondere zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr
- Konzept zur Gestaltung des östlichen Vorplatzes vom Hauptbahnhof (Busterminals und Park&Ride-Anlage)
- Förderung von mehr Jobtickets bei großen Unternehmen in Wiesbaden und insbesondere bei städtischen Beteiligungen.
- Einführung des 365-Euro-Tickets - ein zentraler Beitrag für bezahlbare Mobilität für alle
- Ausbau von Haltestellen mit Wartehäuschen
- benutzerfreundlicher Umbau der Haltestelle Platz der deutschen Einheit inkl. städtebaulicher Aufwertung (mehr Fläche für Fußgänger, Entzerrung der Nutzung zwischen Gastronomie und Haltestelle)

Wiesbaden ist... auch Fahrradstadt

Wiesbaden ist auch Fahrradstadt. Ein Radanteil von 25 Prozent ist in den nächsten 5 Jahren möglich – wenn wir die notwendige Infrastruktur schaffen. Auch Radfahrerinnen brauchen angemessenen Verkehrsraum – ihre Radwege müssen langfristig mindestens die gesetzliche Mindestbreite haben, da wo es möglich ist. Radschnellwege nach Mainz, Taunusstein und Frankfurt nehmen wir in Angriff. Die Mittel für den Ausbau und die Stärkung der Radinfrastruktur werden wir beibehalten: 10 Euro pro Kopf und Jahr. Auch Fahrradschutzstreifen („Protected-Bike-Lanes“) tragen zur Sicherheit im Radverkehr bei.

Mit Pedelecs und E-Bikes nimmt die Bedeutung der Topografie der Stadt immer mehr ab. Hügelige Routen in den Wiesbadener Osten oder nach Dotzheim sowie Biebrich oder Nordost sind damit auch für untrainierte Menschen zu schaffen.

Konkret wollen wir:

- Ausbau des Radverkehrs: die Förderung von 10 Euro pro Einwohner wollen wir beibehalten, Erhöhung des Radverkehrs auf 25% in 5 Jahren;
- Radschnellwege ausbauen
- Ausbau des Radweges entlang der Mainzer Straße Richtung Biebrich, Ertüchtigung des Mittelstreifens auf dem Bismarckring, dem Kaiser-Friedrich-Ring und der Rheinstraße
- Investitionen in Fahrradschutzstreifen („Protected-Bike-Lanes“)
- Investitionsprogramm in E-Bikes und Lastenräder

1 Parken und Lieferverkehr

2 Parken ist in Wiesbaden ein sensibles Thema. Um jeden Parkplatz wird heftig gerungen. Das ist
3 für jede und jeden einzelnen auch verständlich. Gerade in den Feierabendstunden wird die
4 Parkplatzsuche in einigen Stadtteilen für viele ein Marathonakt – man kreist und kreist und
5 parkt am Ende sein Auto; zur Not auch dort, wo aus Sicherheitsgründen eigentlich nicht
6 geparkt werden darf. Wir brauchen in Wiesbaden endlich ein Parkraumkonzept, das seinem
7 Namen gerecht wird. Mit dem Bau von Quartiersgaragen, Park&Ride-Anlagen und der
8 Kooperation mit Unternehmen zur nächtlichen Nutzung ihrer Parkflächen wollen wir
9 gegensteuern.

10

11 Die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt muss sich ändern. Wir wollen wieder Zugriff auf die
12 verpachteten Parkhäuser der Stadt haben, auch wenn es dazu eines langen Atems bedarf.

13 Damit wollen wir Einfluss auf die Verkehrssteuerung erhalten, aber auch einen
14 Finanzierungsbeitrag für den ÖPNV generieren.

15

16 Eine übermäßige Anpassung der Gebühren für das Anwohnerparken lehnen wir hingegen ab,
17 da mit der Gebühr kein Anrecht auf einen festen Stellplatz verbunden ist und die Preise für
18 private Stellplätze weiter nach oben treibt. Letzteres ist mit Blick auf soziale Fragen ebenso von
19 Bedeutung wie der damit verbundene Anreiz, Innenhöfe als Stellplätze zu vermieten, anstatt
20 diese zu begrünen und Aufenthaltsorte für Anwohner zu nutzen.

21

22 Im Bereich der Logistik für Lieferverkehre wollen wir neue Wege gehen und die Möglichkeiten
23 der Digitalisierung nutzen. Ebenso können E-Cargo-Bikes für den letzten Streckenabschnitt
24 Abhilfe schaffen. Das berühmte-berühmte „Zweite-Reihe“-Parken gefährdet nicht nur andere
25 Verkehrsteilnehmerinnen und -und -teilnehmer, es führt an vielen Stellen auch zu erheblichen
26 Behinderungen des Verkehrs. Es muss allerdings weiterhin gewährleistet sein, dass
27 Gewerbetreibende an ihre Waren kommen. Deswegen führen wir intelligente Lieferzonen ein.
28 Hier können Paketdienste sich per App einen Parkplatz reservieren.

29

30 Konkret wollen wir:

- 31 • Bau von neuen Park&Ride-Anlagen und Ertüchtigung bestehender Einrichtungen
- 32 • Errichtung von Quartiersgaragen in stark überlasteten Gebieten
- 33 • Neue Wege der Parkraumbewirtschaftung, Rückführung der Parkhäuser in städtische
34 Regie
- 35 • Keine übermäßige Verteuerung des Anwohnerparkens
- 36 • Verkehrs- und Parkleitsystem für die Innenstadt
- 37 • Logistikkonzept für Lieferverkehr mit Güterverteilstationen, an denen die Empfänger
38 auch per Lastenfahrrad kleinere Kontingente abholen können, inkl. Lieferzonen, die per
39 App gebucht und zugewiesen werden

40

41 Klimaschutz im Verkehrsbereich

42 Der wichtigste Beitrag für mehr Klimaschutz im Verkehr liegt im Umstieg vom Auto auf den
43 öffentlichen Nahverkehr oder das Rad– hier gilt es entsprechende Anreize zur Nutzung zu
44 setzen (siehe oben). Darüber hinaus kann die Stadt Wiesbaden weitere Maßnahmen ergreifen:

- 45 • Umstellung des gesamten ESWE-Fuhrparks auf Energie aus regenerierbaren Quellen
46 (Elektrobusse und Wasserstoffantrieb). Dabei ist die Herkunft des Stroms entscheidend,

- 1 ansonsten werden Emissionen nur verlagert (was mit Blick auf die Luftqualität bereits
2 ein erster Erfolg wäre).
- 3 • Ausbau der öffentlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge im gesamten Stadtgebiet
4 und Ausweisung von entsprechende Parkflächen
5

6 Mehr Sicherheit für alle

7 Wir gestalten den Verkehr von den Schwächsten her. Gerade die Schulwegesicherung muss bei
8 jeder neuen Verkehrsplanung, bei jeder städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme mitgedacht
9 werden. Der Schulweg muss überall und für jeden sicher sein. Generell haben Fußgängerinnen
10 als schwächste Verkehrsteilnehmerinnen „Vorfahrt“. Das gilt insbesondere für die
11 Fußgängerzone. Zu bestimmten Zeiten müssen Radfahrer absteigen und schieben, denn die
12 Fußgängerzone soll zum Verweilen und Bummeln einladen. In Wiesbaden ist zudem ein neues
13 Verkehrsmittel heimisch geworden: Der eScooter soll das Verkehrsmittel für die letzte Meile
14 sein. Theoretisch können eScooter so gesteuert werden, dass sie auf bestimmten Flächen
15 gesperrt werden ("Geo-fencing"). Appelle auf mehr Rücksichtnahme werden dann überflüssig.
16 Wir wollen die Anbieterinnen und Nutzerinnen hier nicht aus ihrer Verantwortung lassen, was
17 das Fahren und das Abstellen ihrer Geräte betrifft.
18

19 Kreuzungen sind Unfallschwerpunkte. Sie sind auf den motorisierten Verkehr ausgerichtet und
20 deshalb eine besondere Gefahr für den Radverkehr und Fußgängerinnen und Fußgänger.
21 Dagegen gibt es in den Niederlanden „geschützte Kreuzungen“ mit guten Sichtbeziehungen
22 zwischen Rad- und Autoverkehr. Bevor ein Auto einen Radweg kreuzt, steht es im rechten
23 Winkel. Ein Schulterblick ist nicht mehr nötig. In Kopenhagen sorgen getrennte Ampelphasen
24 für Fußgängerinnen, Radfahrerinnen und den Autoverkehr für mehr Sicherheit. Neuralgische
25 Orte wie der Amöneburger Kreisel, am 1. Ring und an weiteren Stellen in Wiesbaden müssen
26 fahrradfreundlicher werden. Fußgänger können in einer Ampelphase die Kreuzungen
27 überqueren.
28

- 29 • Schulwegsicherung und Grundschulstandorte gemäß dem Grundsatz „kurze Beide –
30 kurze Wege“
- 31 • Erhalt der Verkehrserziehung an den beiden Verkehrsübungsplätzen
- 32 • Angemessene Ampelphasen für Fußgängerinnen und Fußgänger
- 33 • Klarere Regelung für E-Scooter
- 34 • Umbau von Unfallschwerpunkten in „geschützte Kreuzungen“
35
36

37 Carsharing-Angebote ausbauen.

38 Carsharingangebote können - gerade in der Innenstadt – ein wichtiger Baustein sein,
39 zusätzliche Mobilitätsangebote zu machen und Anreize zu schaffen, auf ein eigenes Auto zu
40 verzichten oder zumindest kleinere Fahrzeuge zu wählen. Problematisch bleibt aber die relativ
41 geringe Anzahl an Stationen mit weiten Laufwegen bis zur Wohnung – hierfür müssen
42 gemeinsam mit der Stadt Lösungen gefunden werden – idealerweise werden die Flächen für
43 „free-floating“ (d.h. freie Abstellmöglichkeit im öffentlichen Raum) ausgeweitet. Ebenso sind
44 für uns Kombinationsmodelle mit ESWE Verkehr (günstigere Preise für Inhaberinnen und
45 Inhaber von Zeitkarten) und der Stadt (z.B. Vergabe eines Budgets an Bürgerinnen und Bürger
46 die ihre Autos abschaffen). Unser Ziel es darüber hinaus, eine schnelle Elektrifizierung der
47 Flotten zu erreichen – denn nur so sparen wir tatsächlich Schadstoffe und Co2 ein.
48

1 Konkret wollen wir:

- 2 • Mehr Stationen im Stadtgebiet und größere free-floating-Bereiche
- 3 • Stärke Bereitstellung von Parkflächen auf Flächen städtischer Unternehmen
- 4 (insbesondere der GWV und GeWeGe)
- 5 • Attraktive Kombi-Tarife mit dem Nahverkehr und für städtische Programme
- 6 • ggf. Gründung eines Joint-Ventures mit einer Car-Sharing-Firma, um das Angebot zu
- 7 verbessern.

8

9 Mehr Experimente wagen

10 Nicht alles, was auf dem Reißbrett gut aussieht, bewährt sich in der Praxis. Das zeigt sich ganz
11 deutlich an der unfallträchtigen Umgestaltung der Kreuzung am Landeshaus. Hier müssen
12 Fehlentscheidungen des Verkehrsdezerneten korrigiert und alternative Lösungen umgesetzt
13 werden. Abbiegemöglichkeiten für den Individualverkehr ersatzlos zu sperren bzw. auf
14 untaugliche Alternativen zu verweisen, ist keine Lösung. Aber auch umgekehrt gilt, dass viele
15 Probleme, vor denen man sich fürchtet, in der Praxis nicht auftreten oder lösbar sind. Deshalb:
16 nicht nur Masterpläne schreiben und einfach mal etwas ausprobieren!

17 Pilotprojekte wie die Fußgängerzone in der Wellritzstraße zeigen, dass Skepsis gegenüber
18 neugedachtem Verkehrsraum nach praktischer Umsetzung schnell verfliegen kann und die
19 Vorteile überwiegen. Gerade dieses Beispiel zeigt aber auch: für eine langfristige Umsetzung
20 muss der improvisierte Charakter (z.B. Gestaltung des öffentlichen Raums) dann in feste
21 Strukturen überführt werden.

22

23 Keine Citybahn – und dennoch mehr Schienenverkehr

24 Das Projekt City-Bahn ist an der Ablehnung einer breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
25 gescheitert. Dies ist zu akzeptieren, auch über die rechtliche Bindung des Bürgerentscheides für
26 die kommenden drei Jahre hinaus. Nach dem Citybahn-Aus müssen wir nach anderen
27 Lösungen suchen, wie wir den Verkehr in Wiesbaden bewältigen können. Fest steht: Eine Bahn
28 kann mehr Menschen schneller von A nach B bringen. Deshalb gilt es nun, möglichst viele
29 bereits vorhandene Schienentrassen in und nach Wiesbaden stärker zu nutzen oder wieder in
30 Betrieb zu nehmen. Damit verfolgen wir die aus unserer Sicht zweitbeste Lösung nach der
31 Ablehnung der Citybahn. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht alleine in der Hand Wiesbadens
32 liegt, sondern auch Städte und Gemeinde in der Nachbarschaft überzeugt werden müssen und
33 auch das Land und der Bund hierfür unterstützen müssen.

34

35 Konkret wollen wir:

- 36 • Ländchesbahn: Die Ländchesbahn verbindet Wiesbaden mit Niedernhausen; von dort
37 gibt es eine Bahnverbindung bis nach Idstein und Diez. Die Linie soll perspektivisch
38 durch das Ostfeld führen und dort auch den neuen Standort des BKA anbinden. Alte
39 Haltepunkte, wie am Rhein-Main-Theater in Niedernhausen sollten reaktiviert und
40 zusammen mit einem P&R-Platz ausgebaut werden.
- 41 • Rheinschiene: Von Koblenz über den Rheingau und Wiesbaden nach Frankfurt. Die
42 Rheingau-Linie ist nicht nur unter der Woche bei Berufspendlern beliebt. Am
43 Wochenende nutzen die Einwohner*innen des Rhein-Main-Gebietes die Bahn, um im
44 Rheingau zu wandern und den ein oder anderen Wein zu trinken. Die Linie wird seit
45 Jahren verstärkt genutzt. Eine weitere Vertaktung ist erwünscht.
- 46 • Wallauer Spange: Das verbindende Element mit eigenem Haltepunkt zwischen
47 Delkenheim und Wallau ist von oberster Priorität für Wiesbaden, um endlich vernünftig

1 an das ICE-Netz angebunden zu werden. Nicht nur werden so die Fahrtzeiten nach
2 Frankfurt und Darmstadt, sondern eben auch an den Frankfurter Flughafen und den
3 Fernbahnhof verkürzt. Das macht die Bahn deutlich attraktiver, weil Menschen aus den
4 östlichen Vororten eine attraktive Alternative zum Auto erhalten. Die Bürgerinnen und
5 Bürger in Delkenheim müssen bei der Ausgestaltung des Haltepunktes beteiligt werden
6 und es braucht eine Verkehrsplanung für die Pendlerinnen und Pendler, die zum
7 Haltepunkt fahren.

- 8 • Aartalbahn: Die Aartalbahn könnte für viele Pendler aus dem Taunus eine echte
9 Alternative zum Auto darstellen - pünktlich und witterungsunabhängig wäre
10 theoretisch eine Fahrt bis Mainz oder Frankfurt möglich. Unser Ziel: Von Diez und
11 Limburg bis nach Frankfurt fahren – je weniger Notwendigkeit umzusteigen, desto
12 attraktiver wird die Bahn. Aber schon eine Ertüchtigung bis Hauptbahnhof Wiesbaden
13 könnte die Innenstadt Wiesbadens entlasten. Immer wieder war die stillgelegte Strecke
14 im Gespräch, doch aus Kostengründen stets verworfen worden. Die Ertüchtigung des
15 Bahnkörpers, die Reparatur und Erneuerung etlicher Brückenbauwerke sowie eine ggf.
16 notwendige Elektrifizierung der Strecke machen hohe Investitionen notwendig. Aber
17 nach der Ablehnung der Citybahn im Bürgerentscheid sollte eine erneute Prüfung
18 erfolgen - auch weil bundespolitische Veränderungen bei der Finanzierung eintreten
19 könnten.
20

1 Wiesbaden ist... aktiver Klimaschutz vor Ort

2

3 Effizienzsteigerung beim Klimaschutz

4 Klimaschutz ist auch eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe, selbst wenn die
5 Zuständigkeiten hierfür oft beim Bund oder den Ländern liegen. Die Vermeidung von
6 Emissionen und die Anpassung der Stadt an den Klimawandel bedürfen aber eines engagierten
7 Handelns vor Ort. Und Kommunen sind dafür bestens gerüstet, da sie die Gegebenheiten vor
8 Ort und die Handlungsmöglichkeiten gut kennen und einschätzen können. Und dennoch: Wir
9 haben unsere eigenen, als Stadt Wiesbaden gesteckten Klimaschutzziele verfehlt. Die Ursachen
10 dafür sind vielfältig und liegen nicht allein bei der Stadt. Eine wirksame und rasche Umsetzung
11 von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung sowie zum Ausbau der Nutzung
12 erneuerbarer Energien sind, nicht nur für das Erreichen der Klimaschutzziele, daher unbedingt
13 notwendig.

14 Nur folgerichtig war die Entscheidung, in und für Wiesbaden den Klimanotstand auszurufen.
15 Dies erfordert an vielen Stellen weitreichende Maßnahmen zum Schutze des Klimas. Allerdings
16 kosten Klimaschutzmaßnahmen Geld, sie sind nicht zum Nulltarif zu haben. Für die SPD ist
17 wichtig, dass diese Lasten gerecht verteilt werden und sozial ausgewogen sind. Einseitige
18 Belastungen wollen wir vermeiden, aber auch nicht mit eventuellen sozialen Einwänden
19 grundsätzlich ablehnen. Dies ist eine große Herausforderung, der wir uns in der nächsten
20 Wahlperiode noch entschiedener stellen werden.

21 Nach dem bisherigen Ansatz wird versucht, auf jedem Feld möglichst viele Treibhausgase,
22 insbesondere Co2, einzusparen. Daraus folgen viele Einzelmaßnahmen und Ideen über viele
23 Themenfelder hinweg – unabhängig von den damit verbundenen Kosten. Wir finden: es muss
24 umgedacht werden. Statt die begrenzten Mittel in vielen Maßnahmen zu verzetteln, brauchen
25 wir eine Fokussierung auf diejenigen Maßnahmen, bei denen wir am meisten Co2 pro
26 investierten Euro einsparen. Damit ermöglichen wir die größten Erfolge für die Energiebilanz
27 und das Klima – denn im Ergebnis sparen wir mehr Co2 ein, als jetzt. Aus unserer Sicht muss
28 sich das kommunale Energiemanagement mit dieser Aufgabe und der Priorisierung von
29 Maßnahmen immer wieder neu beschäftigen.

30 Energieeinsparung bei Wärme- und Strombedarf

31 Fast 40% des Energieverbrauchs der privaten Haushalte fallen auf Gebäude. Das hat sich leider
32 in den letzten Jahren kaum verändert – auch in Wiesbaden nicht. Gerade was das Thema
33 Sanieren im Bestand angeht, sind wir in Wiesbaden im Prinzip gut aufgestellt. Über die
34 Klimaschutzagentur und den Innovations- und Klimaschutzfonds der ESWE Versorgung AG gibt
35 es derzeit sechs Förderprogramme zum energieeffizienten Sanieren, zur CO2-Reduzierung in
36 Wohngebäuden, zur Sanierung bei denkmalgeschützten Gebäuden und zur Förderung von
37 Solarstrom. Diese Programme werden fortgeschrieben und um notwendige Komponenten,
38 bspw. Innendämmung, erweitert. Letztlich ist die energetische Sanierung aber eine
39 Entscheidung der privaten Hauseigentümer. Hier möchten wir bei den Verbänden verstärkt für
40 Maßnahmen werben.

41 Stärker in den Fokus nehmen müssen und können wir hingegen die städtischen Liegenschaften
42 und die kommunalen Wohnungen. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die
43 energetische Sanierungstätigkeit bei der stadteigenen GWW noch mehr Fahrt aufnimmt.
44 Möglich wäre dies, indem auf die Gewinnabführung der GWW zu Gunsten des städtischen
45 Haushaltes in Höhe von 1,5 Mio. Euro pro Jahr verzichtet wird, um diese in zusätzliche

1 energetische Sanierungen der Wohnungen zu investieren. Wir wollen verstärkt kommunale
2 Funktionsgebäude und Gebäude der städtischen Gesellschaften energetisch sanieren.

3 Ein weiterer Fokus soll auf einer konsequenten Effizienzstrategie für sämtliche städtischen
4 Einrichtungen und Liegenschaften liegen. Dazu muss vor allem in Stromeffizienz investiert
5 werden (wie bspw. bei der bereits laufenden Umrüstung auf LED) und in ein Programm zur
6 umfassenden wärmetechnischen Modernisierung des gesamten städtischen Gebäudebestands
7 (optimierte Dämmung zur Verminderung des Heiz-Wärmebedarfs in Kombination mit
8 hocheffizienter Wärmetechnik bzw. regenerativen Technologien). Wo möglich streben wir
9 einen Anschluss an das Fernwärmenetz an.

10 Neubauten müssen ökologischen Standards entsprechen. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist,
11 sollen eigene kleine Blockheizkraftwerke die Quartiere versorgen. Wo es sinnvoll ist, werden
12 wir bei öffentlichen Gebäuden Passivhausstandard umsetzen.

13 Die SPD Wiesbaden wird sich auch in der kommenden Wahlperiode für den Ausbau des
14 Energiemanagements in der städtischen Verwaltung einsetzen. Am Beispiel Frankfurt kann
15 man sehen, dass dies nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll gewesen ist das
16 Energiemanagement deutlich auszuweiten und ihm eine besondere Bedeutung beizumessen.
17 Wiesbaden braucht einen Energiestadtplan. Welche Gebäude haben einen hohen
18 Energiebedarf? Wo steht saubere Energie, z.B. aus regenerativen Quellen, zur Verfügung?
19 Dieses Wissen ermöglicht eine effiziente Energieversorgung. Auch dies kann Aufgabe des
20 Energiemanagements sein.

21 Eine Aufgabe des Energiemanagements sollte es sein, alle städtischen Heizungsanlagen noch
22 einmal eingehend auf ihre Energiebilanz und Leistungsfähigkeit zu überprüfen und daraus eine
23 Handlungsempfehlung für die Stadt zu erstellen. Wo möglich erfolgt ein Anschluss an das
24 Fernwärmenetz oder Austausch der Anlagen.

25 Konkret wollen wir:

- 26 • Fortführung und Ausbau von Energiesparprogrammen zum energieeffizienten
27 Sanieren, zur CO₂-Reduzierung in Wohngebäuden, zur Sanierung bei
28 denkmalgeschützten Gebäuden und zur Förderung von Solarstrom
- 29 • Die bestehenden Förderprogramme wollen wir um Förderprogramme für kleinere
30 Maßnahmen ergänzen. Möglich wäre hier beispielsweise ein "Abwrackprogramm" für
31 ältere Elektrogeräte (v.a. Kühlschränke) und die Erneuerung von Beleuchtung in
32 Vereinshäusern und Kultureinrichtungen.
- 33 • Blockheizkraftwerke in geeigneten Quartieren, wo möglich ein Anschluss an das
34 Fernwärmenetz
- 35 • Programm zur umfassenden wärmetechnischen Modernisierung des gesamten
36 städtischen Gebäudebestands
- 37 • Aufbau eines städtischen Energiemanagements und Energiestadtplans
- 38 • Fortführung und Ausweitung des Projektes Emi, bei dem Schulgemeinden für
39 energiesparendes Verhalten finanziell belohnt werden.

40 Nachhaltige Energieerzeugung

41 Wir werden uns auch weiterhin aktiv für einen zügigen Zubau von Anlagen zur solaren
42 Stromerzeugung Wiesbaden einsetzen. Das städtische Projekt der Bürgersolaranlagen GmbH
43 ist sehr erfolgreich. Jährlich werden so 650.000 kWh erzeugt und über 500 Tonnen Co2
44 eingespart. Bürgerinnen und Bürger können sich mit eigenen Beiträgen an der Energiewende

1 beteiligen und die Stadt bekommt das notwendige Kapital für die Investitionen. Leider ist der
2 Projekttopf geschlossen und es werden keine neuen Projekte aufgesetzt. Das wollen wir ändern
3 und diesem Modell neues Leben einhauchen und so weitere Projekte gemeinsam mit den
4 Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern umsetzen. Wir wissen, dass die Renditen nicht mehr auf
5 dem hohen Niveau des ersten Projekts sein werden und auch die rechtlichen Hürden für solche
6 Modelle sind gestiegen. Aber wir sind überzeugt: die Kosten refinanzieren sich schnell und die
7 Menschen sind bereit, angesichts der niedrigen Zinsen insgesamt und des Klimaschutzaspektes
8 auch mit geringeren Gewinnen zu investieren. Flächen für eine solche Solarinitiative – die auch
9 unabhängig von der Bürgersolaranlagen-GmbH erfolgen könnte – gibt es auf Gebäuden der
10 Stadt und von stadtnahen Gesellschaften mehr als genug in der Stadt, wie ein Blick in das
11 Solarkataster zeigt.

12 Wir stehen zu Windenergie auf dem Taunuskamm. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die
13 rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sein werden.

14 Konkret wollen wir:

- 15 • Solarinitiative in Bürgerprojekte auf städtischen (und ggf. auch privaten) Gebäuden
- 16 • Die Option zur Windenergie auf dem Taunuskamm weiterverfolgen
- 17 • Ausbau der Fernwärme

18 Folgen des Klimawandels vor Ort

19 Der Klimawandel ist längst auch in Wiesbaden angekommen. Das merkt man nicht nur an der
20 Überhitzung der Stadt in den Sommermonaten. Die Zunahme von Extremwetterereignisse und
21 die anhaltende Dürre setzen den Menschen, der Tierwelt und der Natur zu. Insbesondere der
22 Stadtwald und die Straßenbäume leiden darunter. Eine wichtige Maßnahme zur Anpassung an
23 die Folgen des Klimawandels ist der Erhalt von Grünflächen als potenzielle
24 Kaltluftentstehungsgebiete sowie die Freihaltung von Luftleitbahnen für die nächtliche
25 Kaltluftströmung. Beides ist notwendig, um der Überhitzung der Innenstadt, aber auch in
26 Vororten entgegenzuwirken. Ein zentrales Mittel hierbei ist die Klimprax-Studie zum
27 Stadtgebiet in Wiesbaden. Diese gibt wertvolle Hinweise zur Lage von und zum Umgang mit
28 sensiblen Flächen. Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass zwingend jede Bebauung
29 ausgeschlossen werden muss – angesichts der Herausforderungen der Stadt beim
30 Wohnungsbau, aber auch für Flächen für Kitas und Schulen bedarf es Abwägungsprozesse.
31 Durch eine sinnvolle Anordnung von Gebäuden und entsprechende Kubaturen lassen sich die
32 Auswirkungen auf mikroklimarelevanten Flächen nämlich deutlich verringern.

33 Um in bestehenden Quartieren für ein besseres Mikroklima und Abkühlung zu sorgen, wollen
34 wir mehr Bäume und Grünflächen in der Innenstadt schaffen. Auch Wasser eignet sich im
35 besonderen Maße als Mittel gegen die Überhitzung. Mit dem Programm ‚Bäche ans Licht‘
36 liegen gute Pläne und auch erste fertige Bauabschnitte (z.B. am Platz der dt. Einheit) vor. Die
37 SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieses Potential noch stärker genutzt wird.

38 Ebenso wollen wir Hinterhöfe entsiegeln und die Vorgartensatzung konsequent anwenden, um
39 möglichst viele Grünflächen in der Innenstadt zu sichern.

40 Für die Auswahl und Festschreibung von Pflanzenarten in Bebauungsplänen, im Stadtwald und
41 auf städtischen Grünflächen müssen resistenterere Arten gewählt werden, die Hitzestress und
42 Wassermangel besser vertragen.

43 Konkret wollen wir:

- 1 • Verdichtung statt Landschaftszersiedlung – aber mit Augenmaß. Freiflächen, vor allem
2 in den Bereichen, in denen die Bebauung ohnehin schon dicht ist, sind notwendig aus
3 Klimagründen, aber auch als Orte der Begegnung. Wir wollen ökologisch und sozial
4 hochwertige Gemeinschaftsflächen.
- 5 • Intensive Abwägungsprozesse zu neuen Baugebieten bzgl. der Auswirkungen auf das
6 Mikroklima. Dies gilt beispielsweise für das Baugebiet am Klinikstandort
7 Dotzheim/Freudenberg. Es ist aus unserer Sicht zu prüfen, ob anstatt der zusätzlichen
8 Flächenversiegelung durch Neubauten am Landeplatz/Wäldchen nicht der Parkplatz
9 der HSK überbaut werden kann, da diese Fläche ohnehin schon klimatologisch
10 vorbelastet ist.
- 11 • Ausweitung von Grünflächen und Baumstandorten, um das innerstädtische Mikroklima
12 vor Überhitzung zu schützen
- 13 • Umsetzung des Programmes „Bäche ans Licht“
- 14 • Förderung von Hinterhofentsiegelung analog dem Kesselaustauschprogramm
- 15 • Vorgartensatzung konsequent umsetzen, Verstöße ahnden
- 16 • Naturschutzbeirat künftig frühzeitiger und umfassender bei Vorhaben beteiligen

1 Wiesbaden ist... Rücksicht auf Umwelt- und Naturschutz

2
3 Beim Schutz der Umwelt und aller natürlicher Ressourcen kommt den Kommunen in
4 Deutschland eine zentrale Rolle zu. Denn bis auf Landes- und Staatswäldern fällt der
5 öffentlicher Raum in ihren Zuständigkeitsbereich. Alle Entscheidungen, die wir in und für
6 Wiesbaden treffen, müssen wir immer auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf unsere
7 Umwelt hinterfragen. Nur so können wir verantwortungsvolle Entscheidungen treffen.
8

9 Für mehr Grünflächen und Sanierung des Stadtwaldes.

10 Wiesbaden ist eine grüne Stadt. Hier findet man großzügig angelegte Alleen mit altem
11 Baumbestand, prächtige Vorgärten, den repräsentativen Warmen Damm, den Schlosspark in
12 Biebrich, und den Kurpark sowie die bewaldeten Hänge des Taunus und das Grün am Rhein.
13 Auch der Stadtwald ist, wie viele Waldflächen in Deutschland, in keinem guten Zustand. Viele
14 Baumarten kommen mit den veränderten klimatischen Bedingungen nicht zurecht. Sie sind
15 gefährdet durch die langen Trockenperioden und den Borkenkäfer. Kommt es dann zu starkem
16 Niederschlag kann der Boden diesen nicht aufnehmen und das Wasser fließt unkontrolliert ab.
17 Die SPD wird ein "Waldumbauprogramm" auf den Weg bringen. Ziel soll sein, eine Aufforstung
18 mit Baumarten durchzuführen, die mit den veränderten klimatischen Bedingungen besser
19 zurechtkommen und widerstandsfähig sind.

20 Und dennoch ist vor allem das innerstädtische Grün in Gefahr. Die Alleen sind vom
21 Autoverkehr in Beschlag genommen; Fußgänger und Radfahrer stoßen hier auf viele
22 Hindernisse. Darüber hinaus fehlt es in den innerstädtischen, stark verdichteten Quartieren an
23 begrünten Flächen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt sich dieses Problems verstärkt
24 angenommen: Die Schwerpunkte lagen hierbei darauf, das vorhandene Stadtgrün
25 aufzuwerten und die grüne Infrastruktur weiter auszubauen. Vor allem wurden die
26 Baumlücken der Vorjahre geschlossen. Flächenmäßige Schwerpunkte sind daher die dicht
27 bebauten Innenstadtbereiche sowie die Verbindungsachsen zu den Stadträndern. Unterstützt
28 wurde dies durch das Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ bzw. seit 2020 durch das
29 Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung". Vorhandenes Stadtgrün stärken und zur
30 grünen Infrastruktur verbinden sowie neue Grünflächen schaffen, sind dabei die zentralen
31 Aufgaben. Ganz konkret wollen wir in der nächsten Wahlperiode eine umfassende Prüfung
32 (und Umsetzung) für zusätzliche Baumstandorte innerhalb des Bereiches des ersten Rings und
33 dort vor allem im unmittelbaren Bereich der Innenstadt.

34 Als eine der ersten Maßnahmen wurde die Gestaltung des neuen Kultur- und Freizeitparks auf
35 dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs in Angriff genommen. Auf den in Bahnhofsnähe
36 gelegenen Flächen ist für alle sichtbar neuer Raum für Sportmöglichkeiten und
37 Veranstaltungen, aber auch für "ruhigere" Nutzungen, wie z.B. Urban Gardening, entstanden.
38 Wir stehen zur weiteren Entwicklung des Kulturparks Schlachthof.

39 Konkret wollen wir:

- 40 • gesunden, klimastabilen und nachhaltig bewirtschafteten Stadtwald, der viele
- 41 Baumarten berücksichtigt
- 42 • konsequente Umsetzung Programms „Zukunft Stadtgrün“ in den kommenden fünf
- 43 Jahren sowie Pflege und Erhalt des vorhandenen Baumbestandes
- 44 • Flächen für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen, z.B. für Urban Gardening
- 45 • Unterstützung von (innerstädtischen) Gemeinschaftsgärten
- 46 • Neu- und Ersatzpflanzungen für klimaresistente Bäume und Sträucher

- 1 • bei der Sanierung und der Neugestaltung von Spielplätzen werden wir auf eine
2 sinnvolle Begrünung und Wasserversorgung achten.
- 3 • Konsequente Begrünung der Dächer der Bushaltestellen. Die jetzigen Haltestellen sind
4 dafür nicht geeignet. Bei der Neuausschreibung des Vertrages mit der WALL-AG soll
5 dieser Punkt unbedingt aufgenommen werden.
- 6 • Programm zur Gebäudebegrünung beim Neubau und der Sanierung städtischer
7 Gebäude
- 8 • bei Aufstellung von Bebauungsplänen muss die Dach- und Fassadenbegrünung
9 Standard werden

10 Für mehr Artenvielfalt.

11 Nicht nur im Innenstadtbereich ist es wichtig, dass Grün zu pflegen. Gerade die Wiesbadener
12 Vororte mit Streuobstwiesen und landwirtschaftlich genutzten Flächen müssen geschützt
13 werden. Wirksamer Arten- und Naturschutz setzt voraus, dass Biotop miteinander verbunden
14 sind. Bundesweit gilt die Leitidee, ein Netz von Biotopen zu erschaffen, die höchstens 10 km
15 voneinander entfernt sind. Zusammen mit den Landesregierungen sind alle Gemeinden dazu
16 aufgefordert, sich an diesem Projekt zu beteiligen und neue Biotop in Absprache mit den
17 ansässigen Landwirten zu erschaffen. Gute Beispiele hierfür sind die Kiesgrube in Delkenheim,
18 die Renaturierung des Wellritzals und der geplante Biotopverbund im Ostfeld. Unabhängig
19 davon wollen wir weitere Gebiete in Wiesbaden gemäß der Empfehlung von
20 Naturschutzverbänden als Naturschutzgebiete ausweisen.

21 Konkret wollen wir:

- 22 • Ausweisung der von den Naturschutzverbänden vorgeschlagenen Naturschutzgebiete:
23 „Aussicht“ in Bierstadt, „Scheuerling“ in Breckenheim, „Leierkopf“ in Frauenstein und
24 die Gebiete „Heide“ und „Hintere Heide“ in Kostheim.
- 25 • Bereitstellung der für die Erhaltung und Pflege der besonderen Biotopflächen
26 notwendigen Mittel sowie die Fortführung der Biotopkartierung
- 27 • Artenschutzmodell „Animal-Aided Design“ bei Bebauungsplänen berücksichtigen
- 28 • mindestens 10% der städtischen Grünflächen dauerhaft als Bienenweiden einsäen
- 29 • wir streben zur Stütze der gefährdeten Feldlerche die Einrichtung von sog.
30 Lerchenfenstern auf den Flächen des Getreideanbaus als Standard an, auch zur
31 Kompensation der Lebensraumverluste für diese Tierart bei der Entwicklung des
32 Ostfeldes

34 Für mehr nachhaltige Landwirtschaft.

35 Landwirtschaft und Natur- und Artenschutz stehen sich nicht unvereinbar gegenüber. An
36 vielen Stellen gehen sie Hand in Hand. Viele Landwirte kümmern sich gut um ihre Flächen. Dies
37 wollen wir fördern und andere anregen, sich zu beteiligen.

38 Mit den Ortslandwirten und den Kleingärtnern soll ein Übereinkommen angestrebt werden,
39 dass sie einen Teil ihrer bewirtschafteten Flächen dauerhaft als Insektenlebensräume
40 einrichten. Gerade wild bewachsene Ackerrandstreifen haben eine große Bedeutung für die
41 Vernetzung im Biotopverbundsystem und für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Diese
42 Randflächen sind als Lebensräume gefährdeter Offenlandarten wie Rebhuhn, Wachtel,
43 Goldammer, Feldlerche usw., auch für Insekten, Würmer, Schnecken und für eine Vielzahl von
44 Mikroorganismen von existentieller Bedeutung. Soweit sie im Rahmen der
45 Feldbewirtschaftung durch Unterpflügen oder durch das Befahren mit breitem Ackergerät

1 untergegangen sind, streben wir im Einvernehmen mit den Ortslandwirten ihre
2 Wiederherstellung und ihre dauerhafte Pflege an. Sie haben als Netzwerk ökologischer
3 Korridore für den Naturschutz in der Feldflur hochrangige Bedeutung.

4 Immer mehr Menschen wollen gesunde und unbelastete Lebensmittel aus regionaler und
5 ökologischer Landwirtschaft. Zusammen mit Verantwortlichen und Expert*innen werden wir
6 ein Handlungsprogramm „Ökologische Landwirtschaft – BIO, REGIONAL, FAIR“ entwickeln.
7 Zusammen mit den Akteuren wollen wir die Chancen der ökologischen Landwirtschaft noch
8 stärker nutzen und die Umstellung fördern und voranbringen. Ein erster Beitrag für regionale
9 Produkte könnte die Nutzung des Schlachthofes der Domäne Mechtildshausen für externe
10 Landwirte aus der Region sein. So werden - unabhängig von der Frage Bio oder konventionell -
11 Transportwege und damit Stress für das Schlachtvieh begrenzt.

12 Konkret wollen wir:

- 13 • Feldwegesatzung von 1983 durch eine zeitgemäße Satzung, die die Pflichten der Nutzer
14 neu regelt, ersetzen
- 15 • Der Einsatz von Glyphosat auf städtischen Flächen wird verboten. Pachtverträge sollen
16 bei Neuverhandlung entsprechend angepasst werden.
- 17 • Handlungsprogramm „ökologische Landwirtschaft – BIO, REGIONAL, FAIR“ mit eigener
18 Dachmarke bzw. mit Wiesbadener Siegel und Aufbau eines zukunftsfähigen Vertriebs
- 19 • Auf städtischen Flächen/Wiesbadener Gemarkung und besonders in
20 Landschaftsschutzgebieten soll der Ökolandbau Vorrang haben
- 21 • Erhöhung des Ökolandbauanteils auf städtischen Flächen bei Neuvergaben auf
22 mindestens 30% in zehn Jahren
- 23 • Verpachtung von städtischen Flächen nur noch mit Naturschutzauflagen, bzw. an
24 vorwiegend ökologisch arbeitende Betriebe
- 25 • Unterstützung bei der Umstellung auf Bio und nach dem Prinzip „öffentliches Geld für
26 öffentliche Leistung“
- 27 • Maßnahmen für Biodiversität, Gewässerschutz oder Klima sollen besser honoriert
28 werden
- 29 • Förderprogramm Öko-Kooperativen zur Bewirtschaftung von kleinen
30 landwirtschaftlichen Flächen durch Familien nach dem Vorbild des Vereins SoLaWie
31 e.V. (Solidarische Landwirtschaft Wiesbaden)
- 32 • Unterstützung von neuen Initiativen, wie z.B. die Nutzung von Dächern für Mikro-
33 Landwirtschaft und essbare Mini-Gärten im öffentlichen Raum

34

35 **Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft**

36 Besonders am Herzen liegen uns die Streuobstwiesen. Als Kulturlandschaft von höchstem Wert
37 für die Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt, leben auf ihnen bis zu 5.000 Tier- und
38 Pflanzenarten. Vielen von Ihnen sind vom Aussterben bedroht. Deshalb sind die einzigartigen
39 Biotope, wie Totholz- und Hochstämme für viele Tiere überlebenswichtig.

40 Doch immer mehr Streuobstgebiete verbuschen, weil sie nicht mehr gepflegt werden.

41 Langfristig stirbt diese Kulturlandschaft ab. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Deshalb wird die

1 SPD Wiesbaden sich für ein Programm einsetzen, dass genau dort ansetzen soll. Dort wo keine
2 Pflege mehr stattfindet wird diese von der Stadt übernommen. Dies beinhaltet sowohl den
3 Baumschnitt als auch die Neupflanzung. Im Gegenzug wird ein festgelegter Prozentsatz der
4 Ernte auf die Stadt übergehen. Hierfür gibt es unterschiedliche Verwendungszwecke; Schulen
5 könnten dies nutzen für Projektwochen oder der Wiesbadener Tafel könnte ein Teil zur
6 selbständigen Ernte vor Ort überlassen werden. Ebenso wäre es vorstellbar, bestimmte Flächen
7 für die Ernte durch die Allgemeinheit freizugeben. Eine weitere Möglichkeit wäre auch eine
8 Kooperation mit der WJW und den Berufsschulen zur Bewirtschaftung einer oder eines Teils
9 der Streuobstwiesen, z.B. bei einer Ausbildung im Bereich Garten- und Landschaftsbau. Wichtig
10 ist uns, dass Maßnahmen mit den einzelnen Beteiligten abgesprochen und gemeinsam
11 erarbeitet werden müssen.

12 Konkret wollen wir:

- 13 • Erhalt der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft
- 14 • Finanzielle Unterstützung für Besitzer von Streuobstwiesen
- 15 • Übernahme der Ernte durch soziale Einrichtungen oder Freigabe für die Allgemeinheit

16 Starkregen- und Hochwasserschutz

17 In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Bäche nach Starkregenereignissen großen
18 Schaden verursacht. Damit es nicht wieder dazu kommt, wurden gefährdete Bereiche
19 identifiziert, kartiert und umgebaut - wie etwa in Rambach und Sonnenberg. Ziel dieser
20 Hochwasser-Kartierung ist es, dem Hochwasser die natürlichen Überflutungsräume zu
21 erhalten, d.h. Überschwemmungsgebiete sollen möglichst freigehalten werden. Wo dies nicht
22 möglich ist, braucht es entsprechende baulicher Sicherungen, wie etwa am Hofgartenplatz in
23 Sonnenberg.

24 Konkret wollen wir:

- 25 • die Reaktivierung von Retentionsräumen
- 26 • die dauerhafte Freihaltung von Überschwemmungsgebieten
- 27 • die Kennzeichnung von durch Überschwemmung gefährdeten Gebieten
- 28 • die konsequente Renaturierung von Fließgewässern
- 29 • die Entsiegelung von Flächen, damit Niederschlag besser versickern kann

31 Für eine bessere Wasserqualität.

32 Das Land Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, den Eintrag von bedenklichen Spurenstoffen in
33 Gewässern so weit wie möglich zu vermindern – dies gilt insbesondere für
34 Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Im Rahmen dieser Spurenstoffstrategie werden in
35 Hessen Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe ausgestattet und vom Land finanziell
36 gefördert. In der 4. Klärstufe wird mittels Aktivkohle und Ozon die Spurenstoffelimination
37 erfolgen. Das wirkt sich direkt auf die Qualität des Grundwassers aus. So stellen wir einen
38 höheren Gesundheitsschutz sicher. Außerdem ist das wichtig für die im Wasser lebende
39 Mikroorganismen sowie Insekten und Fische. Als SPD Wiesbaden unterstützen wir die
40 Bemühungen der Entsorgungsbetriebe (ELW) zur Einführung einer 4. Klärstufe.

41 Die Wiesbadener Bäche wollen wir regelmäßiger beproben, um Verunreinigungen wie etwa
42 durch die Airbase in Erbenheim früher erkennen zu können.

1 Konkret wollen wir:

- 2 • Einführung einer 4. Klärstufe im Wiesbadener Hauptklärwerk
- 3 • Vermeidung von Mikroplastik, wo es für die Stadt möglich ist.
- 4 • Regelmäßige Beprobung Wiesbadener Bäche um Verunreinigungen frühzeitig zu
- 5 erkennen

6

1 Wiesbaden ist... mehr Sauberkeit und Müllvermeidung

2

3 In den vergangenen Jahren haben wir einige Anstrengungen im Bereich der Sauberkeit der
4 Stadt unternommen. Die Straßenreinigungssatzung haben wir zusammen mit einer
5 Bürgerinitiative weiterentwickelt wurde; auch deshalb genießt sie große Akzeptanz, gerade in
6 den Vororten. Die Leerung der städtischen Mülleimer (z.B. auf Spielplätzen) wurden ebenso in
7 der Hand der städtischen Entsorgungsbetriebe gebündelt, wie die Reinigung von Flächen.
8 Gleichzeitig wurde die Zahl der Hundekotbeutel und Tütenspender deutlich erhöht. Mit einer
9 App können Verschmutzungen und Müllablagerungen unbürokratisch gemeldet und zügig
10 beseitigt werden. Auf Wiesbadener Festen ist es zu einer Abkehr vom Einweg-Plastikgeschirr
11 und -besteck gekommen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und Initiativen
12 beispielweise von Vereinen dazu fördern.

13 Und dennoch stoßen wir an unsere Grenzen. Wiesbaden produziert immer noch zu viel Abfall
14 und nicht selten landet der Müll nicht in den vorgesehenen Tonnen. Wiesbadens
15 Müllaufkommen liegt deutlich über dem Durchschnitt anderer Städte. Müllvermeidung fängt
16 schon bei der Aufklärung an. Wir werden dafür sorgen, dass auch in Kindertagesstätten und
17 Schulen die Vermeidung von Müll thematisiert wird. Ein geeignetes Format soll mit der ELW
18 entwickelt werden.

19 Wir sehen darin auch einen Hebel die Sauberkeit in der Innenstadt deutlich zu verbessern.
20 Gerade in der Fußgängerzone kommt es, trotz eines hohen Reinigungs- und Leerungsintervalls,
21 abhängig von der Tageszeit zu einer raschen Vermüllung, gerade auf dem Mauritiusplatz und
22 den umliegenden Straßen. Hierfür brauchen wir rasch eine Lösung. Dazu müssen wir wissen,
23 ob es tatsächlich eines höheren Reinigungs- und Leerungsintervalls bedarf oder ob die
24 Problematik vielschichtiger ist und ein Mehr an Reinigung und Leerung zwar die Folgen aber
25 nicht das Problem beseitigt. Eventuell benötigen wir auch eine höhere Kontrollfrequenz

26 Fehlende öffentliche Toiletten sind eine der Ursachen für mangelnde Sauberkeit in bestimmten
27 Bereichen der Stadt. sei es am Faulbrunnenplatz, sei es am Luisenplatz oder an der Ringkirche.
28 Wir wollen deshalb mehr Toiletten im öffentlichen Raum

29

30 Konkret wollen wir:

- 31 • Zur Unterstützung der Ordnungskräfte wollen wir „Waste-Watcher“ einstellen. Diese
32 sollen, nach unserer Vorstellung, bei der ELW angesiedelt sein und für die Sauberkeit im
33 öffentlichen Raum sorgen. Aufgabe ist es nicht nur den wild abgelagerten Müll zu
34 entfernen, sondern auch die Verursacher zu ermitteln und Aufklärung zu betreiben.
- 35 • Weniger Müll beim Coffee-to-Go. Einige Cafés bieten schon Pfandsysteme an. Wir
36 wollen, dass dieses Angebot flächendeckend zum Einsatz kommt und wollen
37 gemeinsam mit den Betreibern aktiv werden. Wünschenswert wäre, wenn ein
38 möglichst großer Teil der Wertschöpfung in der Region bliebe. Als Vorbild kann hier z.B.
39 die Stadt Darmstadt mit ihren Faircup dienen.
- 40 • Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft. Nicht alles, was nicht mehr funktioniert
41 ist irreparabel kaputt. Deshalb wollen wir Initiativen, die sich damit beschäftigen, wie
42 z.B. die Repaircafés unterstützen und ausbauen

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
- Wir werden eine Lösung für die fehlenden öffentlichen Toiletten am Faulbrunnenplatz schaffen. Für temporäre Lösungen, wie etwa Dixi-Toiletten im Bereich der Ringkirche, werden wir Lösungen ermöglichen, die auch für den Denkmalschutz vertretbar sind.

1 Wiesbaden ist... eine Stadt für Freizeit und Sport

2

3 In Wiesbaden ist der Sport zuhause: Mit dem VC Wiesbaden spielt unsere Stadt in der ersten
4 Volleyball Bundesliga der Frauen. Seit 2016 gilt das auch für die Rollstuhlbasketballer der Rhine
5 River Rhinos. Der SV Wehen Wiesbaden lockt Fans in das Stadion an der Berliner Straße. Auch
6 die Judoka des JCW, die Bobfahrerinnen und Kunstturnerinnen der TuS Eintracht Wiesbaden,
7 die Schwimmer des SCW wie auch die Leichtathleten des WLV feiern regelmäßig großartige
8 sportliche Erfolge. Und auch die Wiesbadener Sportschützinnen sind deutschlandweit
9 Spitzenklasse.

10 Mit dem Pfingstturnier, dem Liliencup, dem Finale im Bogenschießen, aber auch dem City-
11 Biathlon kann Wiesbaden regelmäßig Besucherinnen über die Stadtgrenzen hinaus begeistern!
12 Für uns steht fest: Wiesbaden ist Sportstadt. Dazu tragen gerade die vielfältigen und
13 zahlreichen Vereine bei. Die Freizeitsportlerinnen kommen zu Fuß, per Rad und zu Wasser in
14 und um Wiesbaden auf ihre Kosten.

15 Schwimmbäder und Eissport

16 Mit sechs Schwimmbädern und zwei Thermen bietet zudem der städtische Eigenbetrieb
17 mattiaqua allen Schwimm- und Wellness-Begeisterten das ganze Jahr auf fast 12.000m²
18 Wasserfläche Sport und Erholung an. Diese Wasserfläche werden wir im vollen Umfang
19 erhalten – schließlich ist Wiesbaden zu Recht eine Bäderstadt. Einer immer wieder von anderen
20 ins Spiel gebrachten Schließung von Bädern ohne Ersatzflächen oder der Verzicht auf einzelne
21 Elemente oder Ausstattungen kommt für uns nicht in Frage. Wir werden diesem Sportbereich
22 auch weiterhin die erforderlichen Mittel im Investitions- und Zuschussbereich zur Verfügung
23 stellen, um die Bäder zu sanieren und Ersatz für das Freizeitbad Mainzer Straße sowie die
24 Eisbahn zu schaffen. Hier liegt eine große Chance, Synergien bei der Technik zu nutzen und
25 Energie zu sparen. Wichtig ist für uns, dass der Sportpark Rheinhöhe gegen die Konkurrenz im
26 Rhein-Main-Gebiet bestehen kann und optimale Bedingungen für Vereinssport und
27 Wettbewerbe bietet.

28 Konkret wollen wir:

- 29 • Umsetzung des Sportparks Rheinhöhe mit einem Ersatzneubau für das Schwimmbad
30 Mainzer Straße sowie die Eisbahn am Kleinfeldchen
- 31 • Erhalt und kontinuierliche Sanierung der Wiesbadener Schwimmbäder und Thermen
- 32 • wirtschaftliche Stärkung des Eigenbetriebs mattiaqua; inkl. weiterer Ideen zur Nutzung
33 der Freibadflächen in der Wintersaison (analog Martha-Hütte im Opelbad)

34

35 Investitionen in die Sport-Infrastruktur

36 In den vergangenen Jahren ist im Sportbereich unheimlich viel passiert. Das belegen die rund
37 68 Millionen Euro, die in moderne Sportanlagen investiert wurden. Dazu gehören große
38 Projekte, wie die Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit, aber auch die vielen kleinen
39 Investitionen für Sportplätze und Funktionsgebäude. Zudem werden in den nächsten Jahren
40 viele Sporthallen saniert oder neu errichtet, wie die Sporthallen in Biebrich, dem
41 Schelmengraben, in Erbenheim, die Halle der Gerhardt-Hauptmann-Schule oder an der
42 Wettiner Straße für das Berufsschulzentrum.

43 Konkret wollen wir:

- 1 • Sanierungsprogramm Funktionsgebäude: pro Doppelhaushalt zwei Sanierungen;
2 Prüfung von Modulbauweisen aus vorgefertigten Gebäudeteilen, um Bauzeiten und
3 Kosten zu sparen
- 4 • Abarbeitung der Prioritätenliste zur Umwandlung von Hart- in Kunstrasenplätze bis
5 2025
- 6 • Sanierungsprogramm Kunstrasenplätze: pro Doppelhaushalt zwei Sanierungen; dabei
7 Verzicht auf Gummigranulat und Prüfung von umweltschonenden Alternativen zur
8 Vermeidung des Mikroplastikproblems
- 9 • Umsetzung der notwendigen Sanierungen und Neubauten von Sporthallen
- 10 • Planungen für die Sanierung des Helmut-Schön-Sportparks: enge Abstimmung mit
11 zukünftigen Nutzern; Erweiterung der Laufbahn um zwei Bahnen
- 12 • Weiterentwicklung von Sportplätzen zu Multisportparks: Nutzung von Freiflächen für
13 andere Sportarten (z.B. Freeletics, Boule, Beachvolleyball, Basketball, Outdoor-
14 Fitnessanlagen)
- 15

16 Vereinssport – Keimzellen der Demokratie und der Integration

17 Der Vereinssport erfüllt nicht nur gesundheitliche, sondern auch gesellschaftlich wichtige
18 Funktionen. In Vereinen liegen demokratische Wurzeln. Kinder und Jugendliche üben
19 Teamwork und Fairness. Sie erhalten Anerkennung für ihre sportlichen Leistungen, lernen aber
20 auch, diese Anerkennung den anderen entgegen zu bringen. Bei sportlichen Veranstaltungen
21 kommen Menschen friedlich zusammen und feuern das eigene Team an. Sportlerinnen
22 trainieren für den Erfolg – aber auch Niederlagen gehören dazu. Das fördert auch die
23 Integration. Auf unsere Wiesbadener Sportlerinnen und Sportler – große wie kleine – können
24 wir stolz sein. Damit das auch in Zukunft so bleibt, wollen wir nicht nur in die Sportstätten
25 investieren. Wir fördern auch die ehrenamtlichen Leistungen derer, die hinter dem Erfolg
26 stehen: die zahlreichen Trainerinnen und ehrenamtlich Engagierten hinter den Kulissen. Es ist
27 eine gute und richtige Entscheidung, dass die Nutzung der Wiesbadener Sportstätten für die
28 Vereine kostenfrei ist – und das soll auch so bleiben! Für uns ist wichtig: Der Sport in
29 Wiesbaden muss auch künftig für jedermann erlebbar und bezahlbar sein.

30 Für viele ist das individuelle Sporttreiben die Erholung nach einem langen Arbeitstag. Auch
31 hierfür wollen wir die besten Voraussetzungen schaffen – mit einer guten Ausschilderung von
32 Wegen, mit Möglichkeiten zum Ausüben individueller Sportarten, mit Anlagen für Jung und
33 Alt. Weitere Calisthenics-Anlagen sowie Fitness-Parcours sollen hierzu entstehen.

34 Konkret wollen wir:

- 35 • Beibehaltung der kostenfreien Nutzung der Wiesbadener Sportanlagen
- 36 • Ausbau der Jugend- und Vereinsförderung
- 37 • Ausbau der Unterstützung bei der Unterhaltung vereinseigener Sportstätten
- 38 • Logistische und finanzielle Unterstützung der Vereine bei der Durchführung von
39 Meisterschaften, insb. Im Jugendbereich
- 40 • Ideelle und finanzielle Unterstützung von Initiativen gegen Gewalt, Hetze und
41 Rassismus im Sport
- 42

43 Sport ist Stadtmarketing

44 Sportveranstaltungen sind aber auch ein Wirtschaftsfaktor und Stadtmarketing. So ist es der
45 Stadt gelungen, den Wegfall von Großveranstaltungen wie dem Ironman, mit neuen,
46 attraktiven Angeboten wie dem City-Biathlon, zu kompensieren. Mit dem Ball des Sports der

1 Deutschen Sporthilfe steht Wiesbaden einmal im Jahr im Fokus der Öffentlichkeit. Damit der
2 Ball und dessen Kosten in Wiesbaden mehr Akzeptanz finden, haben wir uns in der
3 Vergangenheit dafür eingesetzt, den Ball in die Stadt zu öffnen. Wir wollen das Engagement
4 weiter vertiefen und mehr Profisportler im Vorfeld für Aktionen mit Kindern und Jugendlichen
5 gewinnen.

6 Als eine von 16 Landeshauptstädten kann Wiesbaden für sich in Anspruch nehmen, große
7 sportliche Wettkämpfe auszutragen. Wir wollen in Gespräche mit verschiedenen
8 Sportverbänden gehen, um Meisterschaften nach Wiesbaden zu holen. Hierfür wollen wir
9 öffentliche Flächen gerne zur Verfügung stellen: So begeistern auch die Bogenschießerinnen
10 seit einigen Jahren am Bowling Green mit ihrer Zielgenauigkeit.

11 Konkret wollen wir:

- 12 • Förderung von Sportveranstaltungen mit besonderer Bedeutung beibehalten und
13 attraktive Großsportveranstaltungen nach Wiesbaden holen.

14

15 Neroberg als Hausberg Wiesbadens

16 Aber auch abseits des klassischen Sportangebots kann die Stadt mit vielen
17 Freizeitmöglichkeiten punkten. Der Neroberg ist ein beliebtes Ausflugsziel – nicht nur für
18 Besucherinnen der Stadt. Es ist schließlich unser Hausberg! Mit der Nerobergbahn, der
19 Erlebnismulde, der russischen Kapelle und dem Kletter- und Stadtwald ist er bei den Menschen
20 in Wiesbaden beliebt.

21 Nicht nur die Busanbindung sowie die Park- und Toilettensituation ist dabei
22 verbesserungswürdig. Wir begrüßen daher die Ideen, die auf eine Aufwertung des gesamten
23 Areals zielen. Unser Ziel ist es, bis 2025 einen neuen Neroberg zu haben, der für alle
24 Nutzerinnen (wie auch dem beliebten Improtheater) bessere Möglichkeiten bietet.

25 Dabei wollen wir aber klare Rahmenbedingungen vorgeben:

- 26 • Neroberg für alle: Kein Ort der Exklusivität. Dementsprechend muss das
27 gastronomische Angebot ausgestaltet sein. Zudem muss die Toilette auch den
28 Besucherinnen des Nerobergs und des Kletterwaldes zur Verfügung stehen
- 29 • Kulturelle Nutzung der Erlebnismulde muss erhalten bleiben, das Improtheater sollte
30 bei der Gestaltung mit einbezogen werden
- 31 • Verbesserte Anbindung an den ÖPNV, klare Begrenzung von Parkplätzen
- 32 • Zudem wünschenswert: Einrichtung einer Aussichtsplattform auf dem Turm
- 33 • Wiederherstellung des denkmalgerechten Monopteros, dessen Stufen vor vielen Jahren
34 mit dem Aushub der Mulde zugeschüttet worden sind.

35 Wiesbaden und seine Feste

36 Wiesbaden ist Landeshauptstadt. Eine Landeshauptstadt, die sich in den vergangenen 50
37 Jahren gewandelt hat. So lange ist es her, dass in Wiesbaden der Hessentag zu Gast war. Wir
38 wollen auf das Land zugehen und ein zweites Mal Hessen nach Wiesbaden einladen – hier für
39 müssen frühzeitig die Weichen gestellt werden, denn die Termine für die nächsten Jahre sind
40 bereits vergeben.

41 Aber auch zu anderen Gelegenheiten sind Hessen, aber auch Besucherinnen aus der ganzen
42 Welt bei uns willkommen. Was wäre unsere Stadt ohne die vielfältigen großen und kleinen
43 Feste in der Innenstadt und den Vororten? Den vielen Kerbe- und Brauchtumsveranstaltungen

1 oder auch die Fastnachtskampagne? Sie gilt es nach Kräften zu unterstützen, insbesondere bei
2 den zunehmenden Sicherheitserfordernissen und Genehmigungsverfahren -vor allem in der
3 kommenden Zeit mit und nach Corona!

4 Wir sprechen uns für eine Verlängerung der beliebten Rheingauer Wienwoche aus oder wollen
5 alternativ weitere Weinfeste mit speziellerem Charakter (wie ein Weinfest der Partnerstädte)
6 um die Innenstadt weiter zu beleben. Dabei sollen andere Plätze als das Dornsche Gelände als
7 Veranstaltungsort in Betracht gezogen werden. Insbesondere der Luisenplatz bedarf einer
8 Belebung.

9 Auch der Sternschnuppenmarkt ist ein Tourismusmagnet weit über die Region hinaus. Längere
10 Öffnungszeiten - insbesondere am Wochenende - würden zu einer noch höheren Attraktivität
11 beitragen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Anwohnerinnen und Anwohnern nach
12 Möglichkeiten suchen.

13 Der Wiesbadener Wochenmarkt trägt zweimal in der Woche zu einer belebten Innenstadt bei.
14 Gerade die angrenzenden Straßen profitieren hierbei. Wir wünschen uns, dass der Markttag
15 am Samstag in den wärmeren Monaten sein kulinarisches Angebot erweitert. Mit mehr
16 Sitzmöglichkeiten und einer geselligeren Atmosphäre würden wir gegenüber dem beliebten
17 Mainzer Marktfrühstück aufholen.

18 Konkret wollen wir:

- 19 • Ausrichtung des Hessentages in Wiesbaden (z.B. in 2030, dem 85. Geburtstag Hessens
20 und dem 70. Hessentag)
- 21 • Verlängerung der Rheingauer Weinwoche und längere Öffnungszeiten des
22 Sternschnuppenmarktes
- 23 • Attraktivierung des Wochenmarktes am Samstag in Richtung eines
24 Veranstaltungsangebotes mit Musik und Gastronomie
- 25 • Unterstützung der Kerbe-, Brauchtums- und Fastnachtsvereine bei ihren
26 Veranstaltungen und der Einhaltung der Auflagen

27

28 Für Zentren abseits des Zentrums – unsere Bürgerhäuser

29 Die Bürgerhäuser in unseren Vororten sind Zentren vieler Veranstaltungen. Hier finden
30 kulturelle und kulinarische Veranstaltungen statt. Auch die 5. Jahreszeit füllt die Säle. Für uns
31 ist klar: die Nutzung der Bürgerhäuser für Vereine bleibt kostenfrei!

32 Es muss unser Anspruch sein, dass unsere Bürgerhäuser technisch und baulich in einem
33 angemessenen Zustand sind. Die Sanierung von Bürgerhäusern hat deshalb für uns Priorität.
34 Mit den Bürgerhäusern in Dotzheim, Medenbach und Delkenheim und dem hoffentlich bald im
35 Bau befindlichen Bürgerhaus für Kastel und Kostheim sind wir hier in den vergangenen Jahren
36 sehr gut vorangekommen. Weitere Bürgerhäuser sollen nach Priorität folgen, dabei ist
37 insbesondere Biebrich zu berücksichtigen. Mit dem zu errichtenden Sozialrathaus soll dort auch
38 ein Bürgersaal entstehen.

39 Auch bei der Verwaltung der Bürgerhäuser wollen wir künftig neue Wege gehen. So sollen die
40 Räume künftig digital ausgewählt und vergeben werden. Das spart Zeit und macht den
41 Buchungsprozess transparenter. Ebenso soll mit den Grillplätzen vorgegangen werden. Beides
42 spart viel Aufwand durch unnötige Anfragen für ohnehin schon blockierten Terminen ein und
43 auch die Nutzerinnen und Nutzer haben schnell Klarheit.

1 In den Bürgerhäusern selbst wollen wir leistungsfähiges W-Lan bereitstellen, um in Zukunft
2 Veranstaltungen zu streamen.

3 Konkret wollen wir:

- 4 • Erhalt der kostenfreien Nutzung der Bürgerhäuser für Vereine
- 5 • Sanierung und Digitalisierung der Bürgerhäuser
- 6 • Neubau eines Bürgersaals in Biebrich im Rahmen des Sozialrathauses
- 7 • Digitale Vergabe von Bürgerhäusern und Grillplätzen

8

9 Freizeitflächen für Jung und Alt

10 Unsere Grünflächen sind nicht nur Orte der Ruhe, sondern auch Orte der Bewegung und des
11 Spaßes. An vielen Orten wird gerne Sport getrieben, werden Freunde getroffen, gechillt,
12 gelesen oder gesonnt. Wir wollen, dass diese Orte allen zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit
13 dem Stadtmarketing wollen wir die besten Orte für das jeweilige Anliegen in einer Stadtkarte
14 zeigen. Entsprechend sollen sich diese Plätze auch den Gewohnheiten anpassen. Auch die
15 Sitzmöglichkeiten wollen wir entsprechend anpassen. Die klassische Parkbank ist für ein kurzes
16 Verweilen genau richtig. Drehbare Liegen, wie sie in Eltville an der Rheinpromenade zu finden
17 sind, können diese für längere Aufenthalte an ausgewählten Plätzen ergänzen.

18 Für Kinder und Jugendliche ist Freizeit etwas ganz Besonderes. Deshalb sollen sie auch in
19 Wiesbaden auf ihre Kosten kommen. Für die Kleineren sollen Spielplätze vor allem in einem
20 guten Zustand sein. Wir wollen Kinderspielplätze alters- und geschlechtergerecht gestalten.
21 Kleine Kinder sowie größere Mädchen und Jungen erleben und nutzen den öffentlichen Raum
22 unterschiedlich. Bei der Neu- und Umgestaltung von Spielflächen werden wir die Bedürfnisse
23 von Kleinkindern und Mädchen stärker in den Mittelpunkt rücken. Vorbild ist dabei das
24 Münchner Modell zur gendergerechten Spielraumgestaltung. Dabei gilt für uns der Grundsatz:
25 Spielplätze sind stets für Mädchen und Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu konzipieren.
26 Zudem wollen wir, dass die Spielplätze schneller als bisher saniert werden. Hierfür wollen wir
27 in der nächsten fünf Jahren neue Konzepte vorlegen. In diesem Zug wollen wir nicht nur die
28 sanitäre Situation auf den Spielplätzen, sondern mit Spielplatzbetreuerinnen generell die
29 Sauberkeit nachhaltig verbessern.

30 Wiesbaden als Stadt der Quellen und des Wassers hat erstaunlich wenige Spielelemente, die
31 mit Wasser zu tun haben. Das wollen wir ändern. Neben dem bereits geplanten,
32 innerstädtischen Wasserspielplatz neben der Kita Geschwister-Stock wollen wir weitere
33 Elemente auch an anderen Spielplätzen installieren.

34 Im gleichen Zug wollen wir auch die sanitäre Situation angehen. Spielplätze, die fernab
35 jeglicher Toiletten sind, wollen wir entsprechend ausrüsten. Spielplatzbetreuerinnen und -
36 betreuer sollen für entsprechende Öffnungszeiten sorgen. So kann auch problemlos über
37 längere Zeit gespielt werden.

38 Auch die Freizeitsituation von Jugendlichen wollen wir verbessern. Das Handlungsprogramm
39 „Jugend ermöglichen“ im Umfang von rund vier Millionen Euro war ein wichtiger Bauteil, der
40 zusammen mit der Zielgruppe diskutiert und beschlossen wurde. Auch in den nächsten Jahren
41 wollen wir mit Investitionen in Projekte (vor allem in den Vororten) für Jugendliche investieren.
42 Hier ist es uns wichtig, dass die Jugendlichen selbst sagen und entscheiden, was sie wollen und
43 brauchen.

44 Die Planung für den Kulturpark am Schlachthof wollen wir in den nächsten Jahren vollständig
45 umsetzen und so diesen zentralen Ort für Jugendliche noch attraktiver machen.

1 Ein Jugendkulturfestival als Nachfolger für Folklore bleibt unser Ziel, auch wenn die
2 Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes eine Herausforderung ist.

3 Konkret wollen wir:

- 4 • Neugestaltung der Freizeitflächen in Wiesbaden, zum Beispiel durch neue Liegen statt
5 normaler Parkbänke und andere innovative Formen der Stadtmöblierung
- 6 • Kinderspielplätze sanieren und bei den Spielgeräten auch Bedarfe von Kleinkindern
7 sowie Jungs und Mädchen gleichermaßen berücksichtigen
- 8 • Wasserspielplatz an der Reisingeranlage umsetzen, einzelne Wasserspielelemente auf
9 weiteren Spielplätzen prüfen
- 10 • Mehr Spielplatzbetreuerinnen und -betreuer mit länger Anwesenheit, um
11 Toilettennutzung zu ermöglichen.
- 12 • Fortführung und Ausbau des Handlungsprogrammes „Jugend ermöglichen“
- 13 • Abschluss der Baumaßnahmen ab Kulturpark Schlachthof
- 14 • Etablierung eines Jugendkulturfestivals

15

16

17

1 Wiesbaden ist... gute Schulpolitik

2

3 Gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit sind Grundsteine sozialdemokratischer Politik. Ohne
4 gut instand gehaltene und gut ausgestattete Schulen und ohne ausreichend Möglichkeiten für
5 alle Kinder und Jugendlichen, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen, wird die Schere
6 zwischen Arm und Reich, zwischen Gewinnern und Verlieren des Systems noch weiter
7 auseinandergehen. Das wollen wir nicht und deshalb sind für uns gute Bildung und
8 Bildungsgerechtigkeit zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

9

10 Für mehr Bildungsgerechtigkeit.

11 Auch wenn Bildungspolitik – insbesondere die Gliederung in Hauptschule, Realschule und
12 Gymnasium bzw. IGS - nicht in der Kommune, sondern im Land Hessen gemacht wird, so kann
13 die Stadt doch dazu beitragen, dass die Bedingungen für gelingende Bildung geschaffen
14 werden, um dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit näher zu kommen. Nicht nur wir, sondern auch
15 alle Experten – und fast alle Länder der Welt – sind davon überzeugt, dass die inklusive
16 Schulform die beste Variante bis zur Klasse 10 ist.

17

18 Um Bildungsgerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität zu erreichen,
19 fordern wir einen so genannten städtischen Sozialindex. Das bedeutet, dass die Schulen mehr
20 Aufmerksamkeit und auch mehr Ressourcen bekommen, die in belasteten Stadtquartieren
21 liegen oder die von vielen herausgeforderten Schülerinnen und Schülern besucht werden. Wir
22 wollen anhand fester Kriterien (so genannten Indikatoren) einen Sozialindex für einzelnen
23 Schulen erstellen. Schulen, die viele Schülerinnen und Schüler mit Herkunfts- und
24 Bildungsbiografien aufweisen, die zu Benachteiligung führen können, sollen stärker von
25 städtischen Ressourcen profitieren als Schulen mit einer starken Schülerschaft.

26

27 Einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leistet die Schulsozialarbeit. Diese wollen
28 wir flächendeckend an allen Wiesbadener Haupt- und Realschulen sowie IGSen einführen bzw.
29 erhalten und nach Bedarfen ausbauen. An ausgewählten Gymnasien ist Schulsozialarbeit für
30 uns ebenfalls vorstellbar.

31

32 Grundsätzlich verfolgen wir weiterhin das Ziel des vorgezogenen Aufnahmeverfahrens für alle
33 Wiesbadener Integrierten Gesamtschulen. Dies bietet in der Tat nur Vorteile, erlaubt es doch
34 bei Ablehnung von einer bestimmten Schule den Eltern sich für ihre Kinder danach noch einmal
35 im gegliederten Schulsystem um einen Platz zu bemühen.

36 Auch die Wiesbadener Privatschulen gehören zur Schulvielfalt. Es muss jedoch ausgeschlossen
37 sein, dass Kindern die Aufnahme aus finanziellen Gründen verweigert wird.

38 (Sonderungsverbot)

39

40 Konkret wollen wir:

41

- 42 • Einführung eines städtischen Sozialindexes für Schulen in belasteten Stadtgebieten
- 43 bzw. mit vielen Schülerinnen aus sozialen Bedarfslagen
- 44 • Erhöhung des Schlüssels an Schulsozialarbeiterinnen an allen Schulen mit
- 45 Hauptschulbildungsgang und an gemischten Schulformen (IGS, H&R) auch für die
- 46 dortigen Realschülerinnen
- 47 • Nach dem ersten Komplettdurchlauf eines Jahrgangs an der Mittelstufenschule im
- 48 Dichterviertel (MSS) ist nach einer Auswertung zu prüfen, eine weitere

1 Mittelstufenschule einzurichten zur Stärkung der Schulen mit berufspraktischen
2 Abschlüssen und Schwerpunkten.
3

4 Für mehr Nachmittagsbetreuung.

5 Wir wollen einen vorausschauenden Ausbau der Grundschulkinderbetreuung im Hinblick auf
6 den bundesweit festgelegten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2025. Um nicht in
7 Verzug zu geraten setzen wir uns für einen schrittweisen Ausbau auf 90 Prozent (gemessen an
8 den Grundschulplätzen insgesamt) ein. Dabei brauchen wir zunächst einen Überblick, was an
9 welchen Schulen zum Erreichen des Ziels getan werden muss. Die notwendigen Mittel, wie
10 etwa für den Ausbau von Betreuungsräumen, den Neu- und Umbau von Mensen etc., müssen
11 in den Haushaltsjahren 2022-2024 bereitgestellt werden.
12

13 Konkret wollen wir:

- 15 • Umsetzung der Bedarfserhebung für bauliche Maßnahmen für den Ausbau der
16 Grundschulkinderbetreuung.
- 17 • Bereitstellung von finanziellen Mitteln, um den Ausbau der
18 Grundschulkinderbetreuung bis 2025 zu garantieren.
19

20 Für mehr Inklusion.

21 Unser Ziel ist es, für alle Schülerinnen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung oder
22 mit einer nachgewiesenen Beeinträchtigung/ Behinderung einen geeigneten Ort der
23 Beschulung in Wiesbaden anzubieten. Das kann eine Förderschule sein, das muss aber auch ein
24 inklusiver Platz an einer Regelschule sein können. Hierfür müssen wir die baulichen
25 Voraussetzungen schaffen. Gerade Schülerinnen mit einer Beeinträchtigung oder Behinderung
26 müsse optimale Förderung erhalten, um den für die Schülerinnen und Schüler bestmöglichen
27 Schulabschluss zu erreichen. Nur so ermöglichen wir umfassende gesellschaftliche Teilhabe.
28 Während die Stadt Wiesbaden die baulichen Voraussetzungen für die inklusive Beschulung an
29 Grundschulen weitgehend geschaffen hat, muss dies auch an allen weiterführenden Schulen
30 gewährleistet werden. Wir wollen weitere Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und
31 Realschulen so ertüchtigen, dass Kinder mit den allen Förderschwerpunkten dort beschult
32 werden können. Kinder mit einem Förderschwerpunktollen künftig an allen Schulen
33 aufgenommen werden. Durch steigende Schüler*innenzahlen in Wiesbaden ist aber im
34 Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch zu untersuchen, ob ausreichend Plätze in den
35 Förderschulen vorhanden sind.
36

37 Für mehr sanierte Schulen.

38 Zentraler Punkt für gute Schule, den wir als Stadt auch beeinflussen können, ist der bauliche
39 Zustand der Wiesbadener Schulen. Nachdem auf SPD-Initiative erstmals eine Prioritätenliste
40 der sanierungsbedürftigen Schulen erstellt wurde, wird der Sanierungsstau nun konsequent
41 abgearbeitet. Auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen und die langen Jahre guter
42 Baukonjunktur keine schnellere Umsetzung zugelassen haben, so stellen doch immer mehr
43 Schulgemeinden fest, dass endlich Bewegung in den Schulbau gekommen ist. Es tut sich was
44 an Wiesbadener Schulen.
45

46 Diese Aktivitäten wollen wir fortführen und den Sanierungsstau an Schulen weiter abarbeiten.
47 Das Budget für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen soll auf Grundlage der erwarteten
48 Bedarfe in den einzelnen Schulgebäuden aufgestellt werden. Dafür ist die bereits in

1 Umsetzung befindliche digitale Gebäudeverwaltung (CAFM – Computer Aided Facility
2 Management) eine zentrale Grundlage.

3

4 Wiesbaden saniert ihre Schulen zum einen durch die städtische WiBau GmbH in Mietmodellen
5 und über das Hochbauamt im Besitz der Stadt. Bei der WiBau wird für jedes Gebäude eine
6 Instandhaltungsrücklage gebildet, die von Jahr zu Jahr anwächst, bis Mittel gebraucht werden.

7

8 Dies ist bei Schulen in der Verwaltung der Stadt nicht der Fall. Damit drohen zwei
9 unterschiedliche Schulen in Wiesbaden – die sanierten bzw. neu gebauten WiBau-Projekte mit
10 festen Instandhaltungsbudgets und die klassisch sanierten bzw. neu gebauten Schulen, deren
11 Instandhaltungsmittel im städtischen Haushalt immer wieder neu verhandelt werden müssen
12 und „nach Haushaltslage“ saniert werden. Wir wollen, dass ein Instandhaltungsbudget für
13 Schulgebäude entwickelt wird, das auf den erwarteten Bedarfen der einzelnen Schulen
14 aufbaut. Diese lassen sich aus den Grunddaten der digitalen Gebäudeverwaltung zu einzelnen
15 Gebäuden ableiten.

16

17 Wir setzen uns dafür ein, dass das Instandhaltungsbudget jährlich mindestens 20 Millionen
18 Euro beträgt, das in den so genannten Rahmenwerten bei der Haushaltsaufstellung
19 fortgeschrieben wird, um nicht permanent in die Verteilungskämpfe der
20 Haushaltsverhandlungen mit einbezogen zu werden. Die Zukunft unserer Kinder ist uns zu
21 wichtig, um alle zwei Jahre auf dem Basar neu ausgehandelt zu werden.

22

23 Zur Sanierung gehört auch die Instandhaltung von Klassenräumen. Wir werden uns dafür
24 einsetzen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden darauf verzichtet, dass Eltern die
25 Klassenräume ihrer Kinder streichen müssen. Schönheitsreparaturen können aber als
26 pädagogisches Projekt mit den (älteren) Kindern oder im Rahmen von „Wiesbaden engagiert!“
27 weiterhin durchgeführt werden. Bisher werden Schönheitsreparaturen in Schulen mangels
28 ausreichender Mittel häufig durch die Eltern erledigt. Die Stadt finanziert lediglich die
29 Materialkosten. Zur Stärkung lokaler Handwerksbetriebe, aber auch aus grundsätzlichen
30 Erwägungen heraus, denn dies ist Teil der Benachteiligung von Kindern mit weniger
31 engagierten oder zahlungskräftigen Eltern sollten diese Aufgaben nicht von Eltern ausgeführt
32 werden müssen – es sei denn es geschieht auf ausdrücklichen Wunsch der Schulgemeinde hin.
33 Wir werden uns dafür einsetzen, die bisherige Praxis durch die Zuweisung entsprechender
34 Haushaltsmittel schrittweise zu beenden. Zunächst dies für die Grundschulen und dann für die
35 weiterführenden Schulen umgestellt werden.

36

37 Konkret wollen wir:

38

- 39 • zügige Abarbeitung der Prioritätenliste zur Sanierung der Schulen
- 40 • Mindestens 40 Millionen Euro Instandhaltungsmittel pro Doppelhaushalt zur
41 Sanierung der Wiesbadener Schulen – Festschreibung, ohne Verhandlung der Politik
- 42 • Einführung von jährlich wachsenden Budgets zur Sanierung von Schulen
- 43 • Keine Schönheitsreparaturen mehr durch die Schulgemeinde

44

45

46 [Digitalisierung - Schulen des 21. Jahrhunderts.](#)

47 Nicht erst seit Corona zeigt sich, dass die Schulen in Deutschland im Bereich der digitalen
48 Bildung nicht auf dem neuesten Stand sind. Erst mit dem von der SPD maßgeblich

1 durchgesetzten Digitalpakt auf Bundesebene und der damit verbundenen Aufhebung der
2 strikten Bund-Länder-Trennung im Bildungsbereich, konnte hier ein erster maßgeblicher Erfolg
3 erzielt werden. Dabei darf es nicht bleiben. Mit der Umsetzung des Digitalpaktes in Wiesbaden
4 werden bis 2024 mehr als 20 Millionen Euro in die Datenverkabelung und die Anschaffung
5 digitaler Endgeräte investiert. Wiesbaden liegt bereits jetzt bei den beantragten und
6 bewilligten Mitteln hessenweit vorne. Aber das ist nicht genug – denn es fehlt nicht nur an
7 Breitbandverbindungen, sondern vor allem an Menschen, die die Digitalisierung an den
8 Schulen auch betreuen. Wir werden daher ein Support-Programm auflegen, das dafür sorgt,
9 dass ab 2021 pro Jahr zwei neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als
10 Netzwerkadministratoren, Software-Support-Mitarbeiter u.a. beim Medienzentrum Wiesbaden
11 eingestellt werden. Diese insgesamt acht Mitarbeiterinnen sollen die Schulen bei Pflege,
12 Wartung und Einsatz der neuen Endgeräte unterstützen. Gleichzeitig werden damit die
13 Schulungsangebote ausgeweitet, die die Lehrerinnen und Lehrer auf Herausforderungen des
14 digitalen Unterrichtens vorbereiten. Hierbei sehen wir das Land nicht nur in der Frage der
15 Kofinanzierung in der Pflicht, sondern auch in der Konzeption von Fortbildungen inhaltlicher
16 und didaktischer Art. Anknüpfend an das Sofortprogramm des Landes Hessen im Rahmen der
17 Corona-Maßnahmen an Schulen wollen wir die digitale Ausstattung an Schulen massiv
18 ausweiten: Ziel muss es sein, dass ein Wechsel von Distanz- und Präsenzunterricht auch
19 außerhalb von Coronazeiten möglich ist. Um die Schülerinnen für die Zukunft fit zu machen,
20 wollen wir langfristig ein digitales Endgerät pro Schülerin bereitstellen. Dabei sehen wir auch
21 das Land in finanzieller Verantwortung. Schulen, die über gute pädagogische Konzepte für den
22 digitalen Unterricht verfügen, sollen diesen auch durchführen können. Eine „digitale
23 Modellschule“ mit entsprechender Ausstattung und Unterstützung kann hessenweit
24 Vorbildfunktion haben. Die Mittel, die die Stadt als Schulträger aus dem
25 Medienentwicklungsplan für die digitale Ausstattung der Schulen bereitstellt, müssen deutlich
26 erhöht werden. Wir werden uns für eine Steigerung um 50 Prozent von rund zwei auf drei
27 Millionen Euro pro Jahr einsetzen.

28

29 Konkret wollen wir:

30

- 31 • Beschleunigung der Umsetzung des Medienentwicklungsplans und Anpassung des
- 32 Budgets auf 3 Millionen Euro pro Jahr.
- 33 • Support-Programm für die Digitalisierung der Schulen, inkl. Stellenschaffungen zur
- 34 Unterstützung bei Pflege, Wartung und dem Einsatz der neuen Endgeräte
- 35 (Datenverkabelung, W-LAN und Endgeräte (Tablets, Laptops))
- 36 • Langfristig die Bereitstellung die Bereitstellung eines digitalen Endgerätes pro
- 37 Schülerin und Schüler

38

39 Für gute Planung und mehr Innovationen.

40 Wir wollen innovative Schulkonzepte ermöglichen: Die Wiesbadener Bildungslandschaft ist
41 vielfältig und bietet eine gute Versorgung mit allen Bildungsgängen für alle Kinder. Aber
42 Schulentwicklung darf nicht beim Status Quo stehen bleiben, sondern muss immer wieder
43 neue Wege gehen. Wir unterstützen daher die Schulgemeinden, die sich mit innovativen
44 Konzepten weiterentwickeln wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass – immer, wenn die
45 Schulgemeinde es befürwortet – Verbundschulen mit Schülerinnen der Klassen 1-10 (bzw. 1-13)
46 gegründet werden können. Im neuen Stadtviertel im Ostfeld sehen wir dazu eine gute
47 Gelegenheit, eine solche Schule auf freiwilliger Basis einzurichten. Deshalb wollen wir für das
48 Neubaugebiet– neben einem Gymnasium und mehreren Grundschulen – auch eine

1 Stadteilschule für die Klassen 1-10, bzw. 1-13 als Integrierte Gesamtschule mit Grundschule und
2 Oberstufe einrichten. Auch auf diese Weise können Brüche in der Schullaufbahn und damit
3 häufig verbundene Frustrationserlebnisse minimiert werden. Darüber hinaus soll es eine
4 Abfrage geben, welche Standorte sich möglicherweise als Verbundschulen eignen. Dies alles
5 geschieht in dem Bewusstsein, dass inhaltliche Federführung der Schulpolitik beim Hessischen
6 Kultusministerium liegt und hier die Hoheit für die Weiterentwicklung von Schulen liegt. Als
7 Schulträger sind wir verantwortlich für die bedarfsgerechte Versorgung mit Schulplätzen für
8 die Wiesbadener Schülerinnen. Die bisherige Praxis der vorausschauenden Planung hat daher
9 in Wiesbaden für ein gutes Maß an Schulfrieden gesorgt und soll grundsätzlich weitergeführt
10 werden. Besonders wichtig war uns die Umwandlung der Heinrich-von-Kleist-Schule in die IGS
11 Rheingauviertel und die Etablierung einer neuen IGS in Bierstadt, die sich derzeit noch im
12 Planungsstadium befindet. Ebenso verfolgen wir weiterhin den Bau einer gymnasialen
13 Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Mainz-Kostheim.

14

15 Wir wollen weiterhin eine starke Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung
16 von Schulentwicklungsplänen. Wir sind froh, dass aufgrund unserer Initiative jetzt ein neues
17 Format für die Aufstellung des Schulentwicklungsplanes 2022-2026 erprobt wird, Darin ist eine
18 stärkere Beteiligung interessierter Personen und Gruppen und vor allem der Eltern bereits in
19 der Erarbeitung und Kommentierung des ersten SEP-Entwurfes vorgesehen.

20

21 Wichtig ist eine vorausschauende Planung und Berücksichtigung von Schulbelangen: Seit
22 einigen Jahren ist die frühzeitige und vorausschauende Einbindung der Sozial- und
23 Bildungsplanung bei allen Stadtentwicklungsprojekten gut geübte Praxis. Gleichzeitig hat das
24 Stadtparlament 2018 auf Initiative der SPD die WiSoBoN-Richtlinie zur Wiesbadener
25 Sozialgerechten Bodennutzung, zur Kostenbeteiligung bei der Wohnbauentwicklung in
26 der Landeshauptstadt Wiesbaden verabschiedet. Die Richtlinie regelt die Beteiligung von
27 Investoren bzw. Begünstigten an Kosten für Schulen oder Kindertagesstätten, wenn durch die
28 Änderung des städtischen Planungsrechts eine Wertsteigerung für die Grundstücke eintritt. In
29 diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, dass bei jeder notwendigen
30 Wohnungsbauentwicklung die Belange von Schule und Kita mitbedacht und mitgeplant
31 werden.

32

33 Konkret wollen wir:

34

- 35 • Förderung von neuen, innovativen Schulkonzepten, wie Versuchs- oder
- 36 Verbundschulen mit längerem gemeinsamen Lernen.
- 37 • Bei neuen Schulvorhaben sollen ausreichende und qualitativ gut ausgestattete
- 38 Integrierte Gesamtschulen den Vorrang haben
- 39 • Beteiligung der Bürgerschaft bei der Aufstellung von Schulentwicklungsplänen
- 40 • Vorausschauende Planung von Schulen bei der Schaffung von Neubaugebieten,
- 41 inkl. der Umsetzung der WiSoBoN-Vorgaben (finanzielle Beteiligung von Investoren
- 42 bei der sozialen Infrastruktur)

43

44

1 Wiesbaden ist...Hochschulstandort.

2

3 Zum Bildungsangebot einer Stadt gehören auch die Hochschulen. Wir freuen uns über rund
4 14.000 Studentinnen und Studenten, die sich für Wiesbaden als Studienort entschieden haben.
5 Davon sind über 10.000 an der Hochschule RheinMain eingeschrieben, die übrigen verteilen
6 sich auf die Hochschule Fresenius, die European-Business-School und auch die Hessische
7 Hochschule für *Polizei* und Verwaltung. Wir stehen zur Erweiterung und Campusentwicklung
8 der Hochschule Rhein-Main am Kurt-Schumacher-Ring und freuen uns über die nicht nur
9 bauliche Öffnung der Hochschule zur Landeshauptstadt Wiesbaden.

10

11 Die wieder nach Wiesbaden zurückgekehrten Hochschule Fresenius, die der Moritzstraße ein
12 neues Profil und dem Hochschulstandort zusätzliche Perspektiven gibt, heißen wir herzlich
13 Willkommen. Insgesamt wollen wir die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der
14 Landeshauptstadt auch weiterhin in vielen Projekten und Ausstellungen fördern, um deutlich
15 zu machen, dass Wiesbaden auch ein attraktiver Hochschulstandort ist.

16

17 Wir sind jedoch auch der Meinung, dass Wiesbaden mehr Arbeitsräume für Studierende im
18 Innenstadtbereich benötigt. Wir prüfen, ob insbesondere in den Prüfungsphasen zusätzliche
19 Räumlichkeiten zur Vorbereitung bereitgestellt werden können. Dazu gehört auch eine
20 Ausweitung der Öffnungszeiten der Mediathek – denn gerade in den Prüfungszeiten sind alle
21 Arbeitsplätze im Innenstadtbereich bereits früh morgens belegt.

22

23 Zentral ist für Studierende auch das Thema Wohnraum. In Wiesbaden müssen Bewerberinnen
24 durchschnittlich 14 Monate auf eine freie Wohnung warten. Wir setzen uns deshalb für weitere
25 Azubi- und Studierendenwohnheime in Wiesbaden ein. Diese Herausforderung lässt sich nur
26 durch ein breiteres Angebot lösen. Um dies zu schaffen, müssen vor allem mehr Wohnungen
27 und Studierendenwohnheime gebaut, sowie zu einem bezahlbaren Preis vermietet werden.

28 Das Nachtleben in unserer Stadt kann definitiv ein Update vertragen. Wir setzen uns für mehr
29 Bars, Clubs und Kultureinrichtungen ein. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung eines
30 Nachtbürgermeisters, der sich speziell für die Interessen rund ums Wiesbadener Nachtleben
31 einsetzen soll.

32

33 Konkret wollen wir:

34

- 35 • Erweiterung des Campus der Hochschule RheinMain am Kurt-Schumacher-Ring
- 36 • Prüfung der Ausweitung der Öffnungszeiten von Bibliotheken für Studierende in
37 den Prüfungszeiten und Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten
- 38 • Bau von weiteren Azubi und Studierendenwohnheimen mit Mietpreisen, die auf
39 dem Niveau der BAföG-Sätze liegen.
- 40 • Im Rahmen der Quartiersentwicklung ist es für uns auch ein Anliegen, dass in
41 Wiesbaden mehr Wohngemeinschaften (WG's) entstehen. Dies kann z.B. durch
42 geeigneten Zuschnitt von Wohnungen berücksichtigt werden. Ein
43 durchschnittliches WG-Zimmer kostet in Wiesbaden 429 Euro. Auch hier setzen wir
44 uns für ein breiteres Angebot ein, um die Preise zu senken. Mehr Angebot sorgt für
45 günstigere Preise.

1
2
3
4

- Um dem Nachtleben nach Corona ein Update zu geben, unterstützen wir die Einführung eines Nachtbürgermeisters, der sich speziell für die Interessen rund ums Wiesbadener Nachtleben einsetzen soll.

1 Wiesbaden ist... eine lebendige Kulturszene und Städtepartnerschaften

2

3 Für kulturelle Vielfalt.

4 Die Wiesbadener Kulturlandschaft ist geprägt durch ihre Vielfalt und einem lebendigen
5 Miteinander. Neben großen Einrichtungen wie dem Hessischen Staatstheater, dem
6 Landesmuseum, dem Stadtmuseum am Markt oder dem weit über die Stadt- und auch
7 Landesgrenzen hinaus bekannten Kulturzentrum Schlachthof existieren eine Vielzahl von
8 Heimatmuseen, kleinen Bühnen, musikalischen Einrichtungen, literarischen Orten der
9 Begegnung etc., die das gesellschaftliche Leben unserer Stadt bereichern. Sie alle fördern
10 unsere Stadtgesellschaft am besten, wenn sie sich unter nachvollziehbaren
11 Rahmenbedingungen entfalten können. Sie begleiten den kritischen Diskurs über
12 gesellschaftlich wichtige Themen, sie steigern die Attraktivität unserer Stadt und führen
13 Menschen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlicher Altersgruppen zusammen. Für
14 uns ist klar: es braucht eine Mischung aus staatlichen Kultureinrichtungen und frei-
15 gemeinnützigen Häusern. Idealerweise entsteht zwischen diesen Bereichen auch weitere
16 Kooperation.

17 Wir treten den Bestrebungen rechtsextremer Parteien entgegen, Kultureinrichtungen in den
18 Dienst einer verengten „nationalen Kultur“ zu stellen. Kunst und Kultur sind frei. Und bleiben
19 es auch.

20 Kultur hat einen starken Bildungsauftrag. Deshalb war und ist die Stärkung und der Ausbau
21 von Angeboten zur kulturellen Bildung eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik, die nur
22 gemeinsam und im engen Austausch mit den Kulturakteuren, den Bildungseinrichtungen und
23 den Zielgruppen vor Ort weiter vorangetrieben werden kann.

24 Konkret wollen wir:

- 25 • Finanzielle Planungssicherheit für Kultureinrichtungen über längere Zeiträume
- 26 • Bessere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum
- 27 • Verbesserte Arbeitsbedingungen unter sozialen, aber auch ökologischen Aspekten.
- 28 • Die finanzielle Stärkung der Wiesbadener Kultureinrichtungen fortführen.

29 Volkshochschule

30 Wiesbaden verfügt mit der Volkshochschule und den Volksbildungswerken in den Stadtteilen
31 über leistungsfähige und anerkannte Träger der Erwachsenenbildung. Jährlich nutzen
32 tausende Teilnehmerinnen das vielfältige Angebot der VHS und der Volksbildungswerke (rund
33 4000 bis 4300 Kursangebote pro Jahr). Vor allem die Sprachförderung und berufsbildende
34 Qualifizierung stellen neben dem weit gefassten Angebot der kulturellen Bildung einen
35 wichtigen Baustein für Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt dar. Die besondere
36 Wiesbadener Organisation aus einer zentralen Volkshochschule und dezentralen
37 Bildungswerken in den Stadtteilen hat sich bewährt.

38 Konkret wollen wir:

- 39 • Die Volkshochschule und ihre Volksbildungswerke sowie die Wiesbadener Musik- und
40 Kunstschule werden weiterhin institutionell abgesichert und die städtischen Zuschüsse
41 an die wachsenden Bedarfe angepasst.

- 1 • Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VHS, die derzeit mit Honorarverträgen arbeiten,
2 sollen sozial besser abgesichert werden. Wir werden prüfen, wo eine Übernahme in
3 eine Festanstellung möglich und sinnvoll ist.
4 • Wir wollen ergebnisoffen und mit den Beschäftigten prüfen, ob wir die Volkshochschule
5 in einen Eigenbetrieb der Stadt überführen

6 Musik- und Kunstschule Wiesbaden

7 Die Wiesbadener Musik- und Kunstschule leistet einen zentralen Beitrag zur musikalischen
8 Entwicklung und Entfaltung aller Altersgruppen und ist mit ihrem Programm weit über die
9 Stadtgrenzen hinaus erfolgreich.

10 Konkret wollen wir:

- 11 • Jedes Kind in Wiesbaden soll die Möglichkeit haben, ein Instrument zu lernen –
12 unabhängig von seiner sozialen Herkunft
13 • eine stärkere Beteiligung des Landes Hessen an der Finanzierung der Musikschulen
14 • Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WMK, die derzeit mit Honorarverträgen arbeiten,
15 sollen sozial besser abgesichert werden. Wir werden prüfen, wo eine Übernahme in
16 eine Festanstellung möglich und sinnvoll ist.

17 Kulturentwicklungsplan umsetzen

18 Die Wiesbadener Kulturverwaltung hat auf Augenhöhe gemeinsam mit den
19 Kulturschaffenden, den Kulturpolitikern sowie Bürgerinnen und Bürgern einen
20 Kulturentwicklungsplan erarbeitet. Darin werden die Stärken und Schwächen, aber auch die
21 Chancen und Risiken der kulturellen Einrichtungen in der Landeshauptstadt betrachtet und
22 konkrete Forderungen und Maßnahmen zur Stärkung der Wiesbadener Kulturlandschaft
23 aufgezeigt.

24 Dazu gehören wichtige Themenfelder wie etwa die Sichtbarkeit von Kultur, die finanzielle
25 Ausstattung der verschiedenen Kultureinrichtungen und den damit verbundenen
26 Arbeitsbedingungen, die kulturelle Teilhabe oder auch die Verfügbarkeit von Arbeits- und
27 Produktionsstätten. Wir wollen der Kultur eine gute Entwicklungsgrundlage geben,
28 Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden stehen dabei an erster Stelle.

29 Konkret wollen wir:

- 30 • Umsetzung der im Kulturentwicklungsplan genannten Maßnahmen, auch wenn dabei
31 Finanzierungsvorbehalte gelten. Ein Schwerpunkt wird dabei zunächst die
32 Überarbeitung der Förderregelung für freie Kultureinrichtungen sein. Das
33 Nutzarmachen neuer Orte für Kultur werden wir ebenfalls unterstützen. Hierbei
34 trauen wir uns auch unkonventionelle Wege zu gehen. Gerade für innovative Projekte
35 und Start-Ups bieten sich Pop-Up Nutzungen (vorübergehende Nutzung leerstehender
36 Räumlichkeiten) an, die wir über eine enge Abstimmung mit dem Citymanager
37 erreichen wollen.
38 • Wir wollen nicht beim Kulturentwicklungsplan stehen bleiben. Es geht nicht nur um die
39 Umsetzung der vorliegenden Maßnahmen, sondern auch um die Evaluation und
40 Fortschreibung.
41 • Wir werden das Kulturamt als verlässlichen und engagierten Partner der Wiesbadener
42 Kulturszene stärken. Hierzu gehört u.a. der Aufbau einer Koordinierungsstelle für

1 Kulturelle Bildung und Teilhabe sowie die Einrichtung einer Stelle zur gezielten
2 Umsetzung der Maßnahmen aus dem Kulturentwicklungsplan

3 Kulturbeirat als Stimme der Kulturschaffenden

4 Wiesbaden hat sich in der letzten Wahlperiode für die Einrichtung eines Kulturbeirates
5 entschieden. Dieser soll die Stadtpolitik fachlich begleiten, Debatten anstoßen und auch mit
6 eigenen Beschlussvorlagen Initiativen ergreifen. Der Kulturbeirat genießt ein hohes Vertrauen
7 und hat sich in der ersten Wahlperiode auch öffentliche Aufmerksamkeit erarbeitet und auch
8 wichtige Impulse gegeben. In den nächsten Jahren steht eine Evaluierung der Arbeit und
9 Struktur des Kulturbeirates an.

- 10 • Fortführung und Weiterentwicklung des Kulturbeirats. Als wichtige Aspekte für die
11 Evaluation der Struktur und Arbeit sehen wir: Reduzierung der Größe, sowohl bei den
12 Sparten als auch bei der Besetzung aus den Fraktionen, Verlängerung der Wahlperiode
13 sowie das Thema Wahlbeteiligung.

14 Kulturelle Nutzung der Walhalla

15 Die Walhalla ist nicht zuletzt durch ihre räumliche Verortung im Herzen von Wiesbaden,
16 sondern auch durch ihre Geschichte und einzigartige Architektur für die Wiesbadener Kultur
17 von großer Bedeutung. Wir freuen uns deshalb auf das Ergebnis zur Vergabe der kulturellen
18 Nutzung der Walhalla. Dabei ist uns an dieser Stelle die Kooperation bzw. Einbindung des
19 neuen Kulturformats mit dem bestehenden Kulturangebot besonders wichtig. Für die
20 Übergangszeit bis zum Beginn des Umbaus ist für uns eine kulturelle Zwischennutzung von
21 Teilflächen grundsätzlich vorstellbar. Wir sehen gerade aufgrund des Mangels an kulturell
22 nutzbaren Räumlichkeiten im innerstädtischen Bereich auch bei einer Interimsnutzung den
23 Mehrwert sowohl für die Kulturakteure als auch für die Stadtgesellschaft selbst. Gleichwohl
24 muss eine Interimsnutzung im Verhältnis zum finanziellen Aufwand und insbesondere der
25 Nachhaltigkeit der getätigten Auswendungen stehen.

26 Konkret wollen wir:

- 27 • Den Prozess zur Vergabe der Walhalla werden wir auch weiterhin und im Sinne einer
28 bestmöglichen kulturellen Nutzung für Wiesbaden kritisch begleiten. Einer
29 Interimsnutzung bis zum offiziellen Baubeginn stehen wir grundsätzlich offen
30 gegenüber, wollen dabei aber Kosten und Nachhaltigkeit nicht aus dem Auge lassen.

31 Stadtgeschichte und Brauchtum

32 Das Stadtmuseum am Markt leistet ebenso wie das Stadtarchiv wichtige Vermittlungsarbeit
33 im Bereich der Wiesbadener Stadtgeschichte und Identität. Wir wollen den Archivausbau für
34 beide Einrichtungen weiter voranbringen. Die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich
35 getragenen Heimatmuseen und Brauchtumsvereinen wollen wir mit einem „Jahr der
36 Stadtteilgeschichten und des Wiesbadener Brauchtums“ gezielt fördern. Auch die Fastnacht ist
37 ein wichtiger Teil des kulturellen Lebens. Wir werden diese weiterhin finanziell und
38 organisatorisch unterstützen.

39

40 Städtepartnerschaften

41 Die Landeshauptstadt Wiesbaden pflegt seit vielen Jahren partnerschaftliche Beziehungen zu
42 insgesamt 18 Städten in Europa, im Nahen Osten und in Lateinamerika.

1 Städtepartnerschaften bieten die Chance, mehr über die Menschen, ihre Kultur und
2 Gepflogenheiten und ihr Alltagsleben zu erfahren. Sie erleichtern es den Bürgerinnen und
3 Bürgern, Kontakte zu knüpfen und ermöglichen es Vereinen und Institutionen, an Projekten
4 von gemeinsamem Interesse zu arbeiten. Dabei stehen die Bereiche Kultur, Soziales und
5 Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sowie Jugend und Sport im Mittelpunkt.

6 Wir möchten das internationale Denken, Völkerverständigung und Anerkennung der
7 Menschenrechte fördern und die Toleranz verstärken, denn wo Menschen sich begegnen,
8 werden auch Vorurteile abgebaut. Wir wollen Orte, Gelegenheiten und Veranstaltungen für
9 interkulturelle Begegnungen in den Wiesbadener Stadtteilen fördern.

10 Neben den offiziellen Zusammentreffen der Repräsentantinnen partnerschaftlich verbundener
11 Städte, dem kommunalen Fachaustausch sowie gemeinsamen Projekten auf der Arbeitsebene,
12 leben aktive Städtepartnerschaften vor allem von der direkten Bürgerbegegnung. Auch dazu
13 wollen wir beitragen

14 In neuester Zeit nimmt besonders der Verwaltungsaustausch – Konferenzen zu aktuellen
15 Städteproblemen wie Migration, Demographie, Städtebau, Umweltpolitik etc. einen immer
16 größeren Stellenwert ein.

17 Mit viel ehrenamtlichem Engagement organisieren Partnerschaftsvereine mit ihren
18 Mitgliedern vielfältige Austauschprojekte in den Bereichen Kunst und Kultur, Jugend und Sport
19 sowie Reisen für Bürgerinnen und Bürgern in die Wiesbadener Partnerstädte. Darüber hinaus
20 arbeiten sie eng mit den Schulen zusammen, um die bestehenden Schulpartnerschaften zu
21 festigen und neue zu initiieren. Die Partnerschaftsvereine sind damit unsere wichtigsten
22 Partner und zugleich eine der tragenden Säulen in der Städtepartnerschaftsarbeit. Ihren
23 Mitgliedern bieten sie interessante Möglichkeiten, langjährige internationale Freundschaften
24 aufzubauen, fremde Kulturen kennenzulernen sowie Erfahrungen zu sammeln und persönliche
25 Kompetenzen weiterzuentwickeln. Wir werden daher weiter die Arbeit der
26 Partnerschaftsvereine unterstützen.

27 Dabei wollen wir vor allem Schulen dazu ermutigen, ihre Klassenfahrten in unsere
28 Partnerstädte zu legen, Austäusche hier durchzuführen. Zudem wollen wir prüfen, wie die
29 Partnerstädte noch mehr in Wiesbaden und auf ihren Festen wahrgenommen werden können.
30 Was auf dem Weinfest bereits gut funktioniert würden wir uns auch für den Weihnachtsmarkt
31 wünschen.

32 Bevor weitere (bis auf die bereits in Gang gesetzte Partnerschaft mit einer Stadt in den
33 Vereinigten Staaten) Städtepartnerschaften geschlossen werden, sollen die bestehenden
34 Verbindungen intensiviert und weiter ausgebaut werden.

35 Konkret wollen wir:

- 36 • Intensivierung des Austauschs zwischen den Partnerstädten
- 37 • Aktivierung und Stärkung der Partnerschaftsvereine
- 38 • Verbindung zu einer Stadt in den USA schaffen, danach Vorrang der vorhandenen
39 Städtepartnerschaften vor der Entwicklung neuer Verbindungen.
- 40 • Etablierung von Ständen aus Partnerstädten auf dem Weihnachtsmarkt
- 41 • Auskömmliche Finanzierung der Partnerschaftsvereine und Flexibilisierung der Mittel
42 mit Blick auf die Aktivitäten und die Grundfinanzierung.

1 Wiesbaden ist ... Heimat für uns alle!

2

3 Seit vielen Jahren gibt es in unserer Stadt einen breit getragenen Grundkonsens in der
4 Integrationspolitik und des friedlichen Zusammenlebens, an dem die Wiesbadener SPD aktiv
5 mitwirkt.

6 Wer sich in unserer Stadt niederlässt, wird Teil unserer städtischen Gemeinschaft. Für die
7 Wiesbadener SPD ist es selbstverständlich, dass ein gutes, friedliches und gleichberechtigtes
8 Zusammenleben alter wie neuer Wiesbadenerinnen und Wiesbadener ermöglicht und erhalten
9 wird. Kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt begreifen wir als Chance, verschließen jedoch
10 auch nicht die Augen vor den Problemen und Herausforderungen, die diese mit sich bringen.

11 Diese Herausforderungen werden in Wiesbaden seit vielen Jahren aktiv angegangen – mit
12 Sprachkursen, frühkindlicher Bildung, Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen, aber
13 auch mit Aktivitäten zur Anerkennung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen, die im
14 Ausland erworben wurden. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass wir uns in Wiesbaden auf
15 Augenhöhe und mit Offenheit begegnen wollen.

16 Extremistische Weltanschauungen hingegen, die mit unserem Grundverständnis der
17 Demokratie nicht vereinbar sind, dürfen unser Zusammenleben nicht gefährden und müssen
18 stets wachsam im Auge behalten werden. Ihnen muss präventiv und entschlossen
19 entgegengetreten und sie müssen unterbunden werden. Wir stehen fest an der Seite derer, die
20 sich für eine solidarische Stadtgesellschaft, für eine Stadt der gelebten Anerkennung und
21 Vielfalt und gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt, Sexismus,
22 Homophobie sowie die Ausgrenzung von Minderheiten einsetzen.

23 Nach unserer Überzeugung verlieren Begriffe wie „Migrationshintergrund“ oder
24 „Zuwanderungsgeschichte“ zunehmend an Aussagekraft und ihr Gebrauch wird insbesondere
25 von den betroffenen Menschen als überflüssig, zum Teil auch stigmatisierend empfunden. Aus
26 gutem Grund, schließlich leben unsere Nachbarinnen und Nachbarn oftmals von Geburt an
27 oder seit Jahrzehnten in Wiesbaden. Sind diese sozial benachteiligt, gibt es hierfür eine breite
28 Palette an sozialpolitischen Strategien, Konzepten und Maßnahmen.

29 Eine gewisse ethnische Segregation lässt sich nicht verhindern, sie sollte aber auch nicht
30 zunehmen und muss im Blick behalten werden. So haben manche Stadtteile als „Orte des
31 Ankommens“ auch ihre positive Funktion insbesondere bei der ersten Orientierung. Sie gilt es
32 durch geeignete Infrastrukturen und Angebote zu stärken.

33 Für eine zunehmend vielfältigere Bevölkerung mit ihren Bedarfen sollten Räume für
34 Begegnung und Formate des Austauschs bei Siedlungsentwicklungen und Wohnbauprojekten
35 von Planungsbeginn an fester konzeptioneller Bestandteil sein. Im Zuge der Weiterentwicklung
36 der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung sollten Kriterien zu einer interkulturellen Öffnung von
37 Bürgerbeteiligungsprozessen in den Leitlinien integriert werden.

38 Konkret wollen wir:

- 39 • Es braucht nach wie vor eine kommunale Integrationsstrategie, jedoch mit dem
40 besonderen Fokus auf die schnelle und bedarfsgerechte Förderung von
41 Neuzugewanderten und Geflüchteten. Denn diese Menschen befinden sich in einer
42 besonderen Situation und benötigen in der Phase der Erstintegration besondere
43 Förderung im Bereich Deutscherwerb, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt.

- 1 • Bei der Zuwanderung soll der Blick auf die Potenziale wie Sprachkenntnisse oder
2 Bildungs- und Berufsabschlüsse leitend sein. Für eine Beschäftigung gemäß der im
3 Ausland erworbenen Qualifikation braucht es Strukturen wie z.B. die
4 Anerkennungsberatung für Bildungsabschlüsse, berufsspezifische Sprachförderung,
5 spezielle berufliche Nachqualifizierungsmaßnahmen sowie gute Beratungsstrukturen
6 seitens der Ausländerbehörde für Arbeitgeber, die ausländische Fachkräfte
7 beschäftigen und nach Deutschland holen möchten.
- 8 • Migrantenselbstorganisationen sind wichtige Partner im kommunalen
9 Integrationsprozess. Ihre Rolle ist durch Einbindung, Unterstützung und Vernetzung
10 weiter zu stärken.
- 11 • Es soll daher zukünftig eine feste Ansprechperson für Migrantenorganisationen im Amt
12 für Zuwanderung und Integration geben.
- 13 • Bereits implementierte Extremismuspräventionsprojekte wie z.B. die „Kommunale
14 Beratungsstelle Salafismus“ und „Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene
15 Menschenfeindlichkeit – Beratung, Fortbildung, Workshops“ sollten weiterhin
16 unterstützt und gefördert werden. Veranstaltungsreihen wie „WIR in Wiesbaden“ oder
17 die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ bereichern unsere Stadt und werden
18 auch zukünftig von uns unterstützt. Ebenso die Plattform Extremismus als kommunal
19 vernetztes Gremium und als Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen in
20 Wiesbaden.
- 21 • Vielfalt leben und mitdenken in bei der Siedlungsentwicklung und Stadtplanung.
22

1 Wiesbaden ist... Arbeitsplatz und Wirtschaftsstandort

2

3 Mehr als nur Gewerbesteuer – alle Standortfaktoren stärken

4 Die Qualität eines Standortes reicht über Themen wie Flächenverfügbarkeit, digitale und
5 Verkehrsinfrastruktur und Gewerbesteuer hinaus. Im Wettbewerb liegen regelmäßig diejenigen
6 Städte vorne, die ein hohes Maß an Lebensqualität sicherstellen. Diese ist ein maßgeblicher
7 Faktor, um ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte in der Stadt und Region zu halten.
8 Verkehrsanbindung, die Lebensqualität vor Ort, das kulturelle Angebot, Betreuungsplätze, die
9 Qualität der Schulen und vor allem die Verfügbarkeit von Wohnraum spielen immer stärker in
10 die Standortattraktivität hinein. Gerade die Wohnraumfrage sorgt derzeit für erhebliche
11 Abwertungen des Standortes Wiesbaden, da Wohnen in Wiesbaden sehr teuer geworden ist. Es
12 ist die Aufgabe der Kommune, an allen diesen Stellschrauben zu arbeiten und gute
13 Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen. *(Querverweise: Kapitel Wohnen, Verkehr
14 und Schule)*

15 Eine vielfältige und starke Wirtschaft

16 Die Wiesbadener Wirtschaft lebt von einem vitalen Mix kleiner, mittlerer und großer Betriebe
17 aus den unterschiedlichsten Branchen. Alles ist vertreten: vom attraktiven
18 Einzelhandelsgeschäft, über Dienstleistungen bis hin zum Verarbeitenden Gewerbe. Und
19 Wiesbaden ist – auch wenn es oftmals nicht so scheint – ein großer Industriestandort im
20 Rhein-Main-Gebiet.

21 In den kommenden Jahren wollen wir – gerade wegen der Corona-Pandemie – die
22 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Wiesbaden weiter verbessern: für bestehende
23 Betriebe und Neuansiedlungen, für gute Arbeitsplätze und sichere Beschäftigung.

24 Dazu gehört an erster Stelle, dass wir mit den finanziellen Rahmenbedingungen unserer Stadt
25 verantwortungsbewusst umgehen. Wir werden unsere umsichtige Finanzpolitik mit Axel
26 Imholz konsequent fortsetzen und den Schwerpunkt weiter auf die notwendigen
27 Zukunftsinvestitionen legen. *(Querverweis: Kapitel Finanzen)*

28 Die SPD Wiesbaden steht dafür, dass unsere Stadt ein attraktives Umfeld für Unternehmen
29 und Beschäftigte ist. Für uns steht dabei der Dialog mit Gewerkschaften, Betriebs- und
30 Personalräten, den Kammern, Unternehmerverbänden und Unternehmen an vorderster Stelle.
31 Für sie muss die städtische Wirtschaftsförderung Serviceplattform sein. Sie ist Ansprechpartner
32 von der ersten Idee bis hin zur Ansiedlung.

33 Wir wollen neue Unternehmen in unsere Stadt locken und so den Wirtschaftsstandort
34 Wiesbaden qualitativ noch weiterentwickeln. Im Wettbewerb um Neuansiedlungen machen
35 wir Wiesbaden zur Marke Gründerfreundlichste Stadt. Mit unseren attraktiven Hochschulen
36 sind wir auch im Bereich der Zukunftsbranchen gut aufgestellt und streben eine Neu- und
37 Ausgründungsinitiative an.

38 Konkret wollen wir:

- 39 • Wiesbaden als Industriestandort bewerben, halten und erweitern Dazu wollen wir das
40 Monitoring und Handlungsprogramm Industriestandort umsetzen. Die 2016
41 durchgeführte Studie zum Industriestandort Wiesbaden wird in regelmäßigen
42 Abständen (alle 5 Jahre) wiederholt werden.
- 43 • Fortführung eines runden Tisches „Industriestandort Wiesbaden“

1 Für sichere Arbeitsplätze

2 Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau guter, sicherer und tariflich entlohnter
3 Arbeitsplätze in unserer Stadt. Gleichzeitig müssen auch die Interessen von Betrieben,
4 betroffener Anwohnerinnen und Anwohner sowie des Umweltschutzes mitberücksichtigt
5 werden. Wir haben die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Wiesbaden fest im Blick.
6 Insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden wir abfedern. Vieles ist noch
7 nicht absehbar und planbar. Dort, wo es die Stadt kann, sichern wir Arbeitsplätze.

8 Generell liegt unser Schwerpunkt auf der Integration der Langzeitarbeitslosen in den
9 Arbeitsmarkt. Dabei nimmt die Stadt eine wichtige Gestaltungsfunktion ein. Wir stehen für das
10 Nebeneinander von wirksamen Qualifizierungsangeboten und zukunftsorientierten
11 Beschäftigungsprogrammen. Wichtig ist die Ansiedlung von Unternehmen, die auch für
12 Geringqualifizierte Arbeitsmöglichkeiten geben.

13 Für uns ist Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Stadt und ihre Gesellschaften
14 haben hier auch in der Arbeitswelt eine besondere Verantwortung. Integrativ arbeitende
15 Betriebe wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch besser unterstützen.

16 Mit den Vertretern der Wiesbadener Wirtschaft und den Gewerkschaften wollen wir weitere
17 Initiativen im Bereich der Fachkräftesicherung starten. Wir wollen insbesondere die Stadt und
18 die städtischen und stadtnahen Gesellschaften bei ihrem Engagement für Ausbildungsplätze
19 und bei Initiativen gegen den Fachkräftemangel unterstützen. Wiesbaden ist eine bunte und
20 internationale Stadt. Wir steigern die Quote von Mitarbeiterinnen mit und ohne
21 Migrationshintergrund in unserer Verwaltung und stärken die Vernetzung aller mit
22 Migrationsfragen befasster Dienststellen der Stadt. (*Querverweis: Kapitel Moderne*
23 *Stadtverwaltung und Digitalisierung*)

24 Gründerszene unterstützen

25 Wiesbaden verfügt über eine große und erfolgreiche Gründerszene. Gleichzeitig wird das mit
26 Wiesbaden eher selten in Verbindung gebracht, andere Städte und Regionen gelten bisweilen
27 als hipper und innovativer. Wir wollen auch auf unsere Hochschulen setzen, die viele junge,
28 kreative Menschen in die Stadt ziehen. Mit dem Heimathafen und dem Startwerk A verfügt
29 Wiesbaden bereits über Ankerpunkte der Szene. Mit dem Kreativ- und Gründerzentrum im
30 Alten Gericht wollen wir einen zentralen Ort schaffen, der als Signal weit über Wiesbaden
31 hausreichen soll und deutlich macht, wie stark die Gründerszene und Kreativwirtschaft in
32 Wiesbaden ist. Dieser Standort soll auch als Diskussionsplattform für Themen wie New Work,
33 Industrie 4.0 und die Digitalisierung allgemein dienen. Dafür sind wir bereit, auch längerfristige
34 Unterstützung aus der Wirtschaftsförderung zu gewähren, soweit das beihilferechtlich
35 möglich ist.

36 Wir wollen ein Gründerzentrum für Handwerkerdienstleistungen einrichten, um den Einstieg
37 in die Selbstständigkeit zu erleichtern und Ideen für die gemeinsame Nutzung von
38 Lagerflächen, aber auch Maschinen und Technik entwickeln – so wie dies bereits bei
39 landwirtschaftlichen Genossenschaften der Fall ist.

40 Konkret wollen wir:

- 41 • Umsetzung des Alten Gerichts als Ort der Kreativwirtschaft und Gründerszene
- 42 • Gründerszene eine Chance geben: regelmäßigen Austausch mit den (neuen) Ämtern für
43 Digitalisierung, dem Organisationsamt und dem städtischen IT-Dienstleister Wivertis
44 ermöglichen, um Anwendungs- und Testbereiche in der Verwaltung oder bei
45 städtischen Beteiligungen auszuprobieren und Praxistests zu unterziehen

- 1 • Förderung von Projekten, die Menschen beim Start in die Selbstständigkeit
2 unterstützen
- 3 • Individuelle Förderung für Jungunternehmer*innen im Rahmen von Stipendien oder
4 Fördermitteln
- 5 • Einrichtung eines Gründerzentrums für Dienstleistungen des Handwerks
6

7 Flächen für die Wirtschaft

8 Wiesbaden ist eine hoch verdichtete Stadt. Freie Flächen sind begrenzt und stehen und die
9 verschiedenen Nutzungen stehen in Konkurrenz zueinander. Wohnraum, aber auch Flächen für
10 schulische und soziale Infrastruktur auf der einen Seite, der Raumbedarf für Neuansiedlungen
11 und vor allem auch Betriebserweiterungen auf der anderen Seite. Hinzu kommen
12 Herausforderungen der verkehrlichen Anbindung und die Bedeutung von unversiegelten
13 Flächen für Stadtklima und Kaltluftentstehung.

14 Das Ostfeld ist zwingend notwendig, um Wohnen und Gewerbe mehr Raum zu geben und
15 gleichzeitig die Anforderungen an den Klimaschutz zu erfüllen. Als urbaner Stadtteil sollen hier
16 Gewerbe und Wohnen gemeinsam gedacht werden.

17 Konkret wollen wir:

- 18 • Flächenmanagements für Unternehmen: Lösungen für Wirtschaft, Wohnen und
19 Ökologie entwickeln: gemeinsam mit den Kammern einen Kriterienkatalog entwickeln,
20 nach dem Flächen an Unternehmen vergeben werden.
- 21 • Nachverdichtung für Gewerbe: Anpassungen von Bebauungsplänen mit Blick auf
22 betroffene Stadtteile mit Blick und Verkehrsbelastungen
- 23 • Wiesbaden ist nicht alleine: ernsthafte Prüfung von interkommunalen
24 Gewerbegebieten mit Umlandgemeinden, um Flächen zu erschließen und
25 Pendlerströme zu beeinflussen.
26

27 Zukunftsfähige Verwaltung

28 Die Wiesbadener Verwaltung verändert ihr Gesicht. Wir steigern die elektronischen Angebote
29 für Unternehmen. Am Ende der Wahlperiode kann jeder Behördengang digital abgewickelt
30 werden. Aber nicht nur digital- auch analog stehen wichtige Veränderungen an: In den
31 nächsten 10 Jahren werden sehr viele städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den
32 Ruhestand gehen. Wir sorgen vor und stellen jetzt die Weichen. Wir bündeln unsere
33 Maßnahmen zur Personalentwicklung. Dabei gehen wir zukünftig auch ungewohnte Wege und
34 prüfen Initiativen im Bereich des zur Verfügung stellen von bezahlbaren Wohnungen, flexibler
35 Arbeitszeitmodelle oder die Einrichtung von Home-Office Arbeitsplätzen. Erfahrungen aus der
36 Corona-Pandemie sind dabei zu berücksichtigen. (*Querverweis: Kapitel Moderne
37 Stadtverwaltung und Digitalisierung*)

38 Attraktives Einkaufen

39 Der Einzelhandel ist im Umbruch. Wir möchten Wiesbaden als attraktive Einkaufsstadt
40 erhalten und für gute Arbeit sorgen. Die dafür existierenden städtischen Konzepte entwickeln
41 wir im Eindruck des weiteren Wandels und der Auswirkungen der Corona-Pandemie fort. Dabei
42 berücksichtigen wir die Bedürfnisse, die durch unsere städtebaulichen Initiativen und die
43 Mobilitätsentwicklung durch die City-Bahn neu entstehen. Leerstehende Immobilien in der
44 Innenstadt wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten schnell und attraktiv wiederbeleben.
45 (*Querverweis: Kapitel Innenstadt*)

1 **Tourismus und Veranstaltungsstandort**

2 Wir sind stolz auf das RMCC. Es macht Wiesbaden zu einem der modernsten
3 Veranstaltungsorte in Deutschland. Durch attraktive Veranstaltungen wirkt es weit über
4 Wiesbaden hinaus und stärkt den Standort nachhaltig.

5 Immer wichtiger wird auch die touristische Entwicklung unserer Stadt im Herzen einer der
6 besten Wein- und Ausflugsregionen Europas. Diese Stärke wollen wir gemeinsam mit den
7 Akteuren nutzen und neue touristische Impulse setzen. Dazu gehören u.a. unser Einsatz für
8 weitere Verbesserungen in den Bereichen Barrierefreiheit, Beschilderung, Busparkplätze,
9 Fahrradverleihstationen und des Radwegenetzes.

10 Die Initiativen des Stadt-Marketings unterstützen wir und multimediale Angebote bauen wir
11 konsequent weiter auf und aus. Bei allen Maßnahmen sind die Bedürfnisse der Wiesbadener
12 Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Wir werden weitere kostenfreie WLAN-Hotspots in
13 Wiesbaden einrichten. Ziel ist die Abdeckung der gesamten Fußgängerzone.

14

1 Wiesbaden ist... eine lebendigere Innenstadt

2
3 Ziel des Handlungsprogramms der SPD für die Innenstadt ist es, dass die zentralen Funktionen
4 dieses besonders lebendigen Teils unserer Stadt für das öffentliche Leben, Kultur und Handel
5 erhalten bleiben bzw. gestärkt werden und sich viele Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger
6 weiterhin mit ihrer Heimatstadt identifizieren. Im Zentrum des Innenstadtprogramms steht
7 zwar das „Historische Fünfeck“, aber auch die angrenzenden Quartiere sind einzubeziehen.
8 Denn das „Historische Fünfeck“ profitiert von den innerstädtischen Wohngebieten wie
9 selbstverständlich auch umgekehrt.

11 Erhalt der historischen Bausubstanz. Identifikation für alle.

12 Die SPD hat in den Jahrzehnten nach 1970 für die Innenstadt eine Wende in der
13 Stadtentwicklungspolitik durchgesetzt: weg von der autogerechten Stadt, hin zum Erhalt der
14 durch die Baukunst des 19. Jahrhunderts geprägten historischen Stadtviertel, vor allem durch
15 die Rettung des Villenhangs östlich der Wilhelmstraße („City Ost“) und durch die
16 Umgestaltung der Adolfsallee vom geplanten Autobahnzubringer zu einem Innenstadtpark.
17 Trotz späterer „Bausünden“ wie z.B. die Fassade des Luisenforums und sein
18 überdimensionierter Übergang über die Schwalbacher Straße verkörpert Wiesbadens Stadtbild
19 nach wie vor einzigartig in Deutschland die Baukunst des 19. Jahrhunderts. Damit sich alle
20 Wiesbadenerinnen mit ihrer Stadt identifizieren können, wird sich die SPD weiter dafür
21 einsetzen, dass der besondere historisch gewachsene, reizvolle städtebauliche Charakter der
22 Innenstadt erhalten bleibt. Dafür sind eine Neuordnung des Straßenraums zugunsten von
23 Fußgängern und Radfahrern und eine spürbare Entlastung des „Historischen Fünfecks“ vom
24 Autoverkehr bis 2025 unerlässlich.

26 Die Innenstadt als Ort des öffentlichen Lebens.

27 Der Innenstadt kommt eine herausgehobene Bedeutung als ein Ort des öffentlichen Lebens zu.
28 Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine lebendige Innenstadt, in der sich die Besucherinnen
29 und Besucher aus Wiesbaden und von außerhalb wohlfühlen und sich gerne - nicht nur zum
30 Einkaufen - aufhalten. Es gilt, die soziale Funktion des öffentlichen Raumes zu fördern – als
31 Treffpunkt, der zum zwischenmenschlichen Zusammenhalt und zu einer offenen,
32 demokratischen Gesellschaft beiträgt. Wichtig ist deshalb eine strategische Orientierung, die
33 dieser gesellschaftlichen Funktion der Innenstadt Rechnung trägt. Einer besonderen Bedeutung
34 kommt dabei der Neuordnung des Straßenraums in Richtung eines öffentlichen Freiraums mit
35 mehr Aufenthaltsqualität. Fehlplanungen wie die Haltestelle am Platz der Deutschen Einheit
36 müssen zukünftig vermieden und korrigiert werden. Als SPD werden uns deshalb für deren
37 Umbau einsetzen und den weiteren Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche forcieren wie die
38 Erweiterung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße, die Umgestaltung der Moritz-, Oranien-
39 und Gerichtsstraße sowie der Saalgasse und endlich die Schaffung eines Platzes mit
40 Aufenthaltsqualität rund um die Ringkirche. Auch die Trennungswirkung der Schwalbacher
41 Straße wollen wir durch einen Umbau überwinden – dazu sollen die Querungsmöglichkeiten
42 verbessert und ein begrünter Boulevard auf der innenstadtzugewandten Seite entstehen. In
43 der Innenstadt - und nicht nur dort - sind Grün- und Freiflächen, insbesondere Spielplätze, Orte
44 des Zusammenlebens. Ohne ein Gefühl der Sicherheit rund um die Uhr leidet allerdings das
45 öffentliche Leben beträchtlich. Schutz der Parks und eine Aufsicht auf den Plätzen müssen
46 deshalb wieder einen hohen Stellenwert erhalten.

1 Mit dichter Bebauung und wenigen Freiflächen ist es in Städten meist deutlich wärmer als im
2 Umland. Dieser Effekt wird durch den Klimawandel noch verstärkt und ist eine Belastung für
3 die Menschen in der Stadt. Eine verantwortungsvolle Politik muss klimabewusst agieren. Wir
4 werden alle Möglichkeiten nutzen, Flächen zu entsiegeln und uns generell für mehr Stadtgrün
5 mit vielen Pflanzen und Wasserspielen als natürliche Klimaanlage einsetzen. Das Programm
6 „Bäche ans Licht“ möchten wir weiter umsetzen.

7

8 Die Innenstadt als Ort der Kultur. Für alle.

9 Kaum zu übersehen ist die Vielfalt des kulturellen Angebots in der Innenstadt mit ihren
10 zahlreichen Theatern, Museen, Galerien, freien Initiativen, Spielstätten,
11 Veranstaltungsräumen, Kinos, Buchhandlungen und Bibliotheken. Beklagt werden häufig
12 fehlende Räume für Ateliers, Proben, Konzerte usw. Hier sollte die Stadt bei der Erschließung
13 von Räumlichkeiten eine vermittelnde und stärkere Rolle übernehmen. Als SPD setzen uns
14 dafür ein, dass Leerstände auch über Interimsnutzungen durch Kulturschaffende vermieden
15 oder verkürzt werden. Eine Innenstadt ohne Kultur wäre eine Ansammlung von Gebäuden
16 ohne Leben. Aus diesem Grund wollen wir die Walhalla sanieren und kulturell nutzen. Den
17 Kulturentwicklungsplan zur Stärkung des kulturellen Lebens wollen wir umsetzen – davon
18 profitiert auch die Innenstadt.

19

20 Stabilisierung und Ausbau des Wohnorts Innenstadt.

21 Wohnumfeld und Nachbarschaften in der Innenstadt unterscheiden sich deutlich vom
22 Wohnumfeld in den Vororten. Die Sozialstruktur in den innerstädtischen Quartieren scheint
23 sich zu polarisieren. Wohlhabendere Haushalte können sich die Mieten in den großzügigen,
24 sanierten Altbauten leisten. Andere Haushalte müssen – mit dem angespannten
25 Wohnungsmarkt in Wiesbaden – auch Wohnlagen an Hauptverkehrsstraßen mit Verkehrslärm
26 und Abgasen in Kauf nehmen.

27 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, das Wohnen in der Innenstadt zu stabilisieren und
28 künftig verstärkt auszubauen. Deshalb wird sich die SPD für eine Milieuschutzsatzung für das
29 Westend, das Rheingauviertel und die südliche Innenstadt einsetzen. Künftig soll eine
30 gewerbliche Nutzung auch nur noch in Verbindung mit der Schaffung von Wohnraum
31 genehmigt werden. Leerstände sind mit dem Ziel zu erfassen, die Wohnungen wieder dem
32 Markt zuzuführen.

33 Als SPD werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Stadt Wiesbaden an städtebaulichen
34 Programmen des Bundes und des Landes teilnimmt und sich um Fördermittel bewirbt, um so
35 auch Eigentümerinnen Verbesserungen des Wohnumfelds Stadt zu erleichtern. Dies gilt
36 insbesondere für die Fortsetzungsprogramme zu den Förderprogrammen „Soziale Stadt“.

37

38 Die Erhöhung des Wohnanteils rund um die Fußgängerzone trägt zur vielfältigen Entwicklung
39 der Innenstadt bei und verhindert ihre Verödung nach Ladenschluss. Ihr gehört deshalb bei
40 allen innerstädtischen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit.

41

42 Stärkung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort.

43 Unter Innenstadt wird in besonderem Maße die City mit dem Schwerpunkt Einzelhandel
44 verstanden.

45 Dieser steht aber nicht erst seit der Corona-Pandemie unter dem Druck eines anhaltenden
46 Strukturwandels. Immer mehr Umsatz wandert in den Onlinehandel ab, auch die umfassende

1 Beratung und ein höherer Service des Fachhandels können dessen Vorteile wie Angebotsbreite,
2 Warenverfügbarkeit und Preisniveau trotz aller Bemühungen nicht ausgleichen. Gleichzeitig
3 werden zentrale Innenstadtlagen häufig von Immobilienfonds verwaltet, die eine hohe
4 Renditeerwartung haben. Für den innerherbergeführten Einzelhandel bleibt da wenig Raum.

5
6 Die Folgen sind immer mehr Filialisten großer Ketten und Resteverwerter mit hohen Margen
7 gepaart mit zeitlich langen und spekulativen Leerständen. Anstatt mit einer geringeren Miete
8 zufrieden zu sein wird lieber Leerstand in Kauf genommen. Corona verstärkt den Effekt der
9 Verödung der Innenstädte noch, weil Umsätze noch stärker in den Onlinehandel abfließen und
10 vermehrt Insolvenzen und Leerstand drohen. Ebenso drohen Geschäftsgebäude im Besitz von
11 Einzelpersonen noch stärker in die Hand von Immobilienfonds zu wandern – der Renditedruck
12 wird dadurch noch höher.

13
14 Ein Ansatz für attraktivere Innenstädte ist die Verlagerung weg vom reinen Einkaufen hin zu
15 einem Aufenthalts- und Freizeiterlebnis. Dabei verbindet sicher Einkauf mit Gastronomie und
16 Veranstaltungsangeboten, die der Onlinehandel nicht bieten kann: Von Straßen und
17 Stadtfesten über Weinstände bis hin zu kulturellen Angeboten.

18
19 Aber je stärker die Digitalisierung unser Leben bestimmt, desto stärker verlangen Menschen
20 auch nach einer entschleunigten Gegenwart, eine analoge Insel im digitalen Meer. Darin sehen
21 viele Experten des Einzelhandels Chancen für die Innenstädte: eine neue Urbanität, ein
22 hochverdichteter Wohnbezirk für alle, die kompakte Innenstadt als Ziel - mit Platz für all jene
23 kleinen Betriebe, die aufgrund des Prinzips der Mietenmaximierung weichen mussten, mit
24 Platz für kleine Läden, vielfältige Start-ups und Werkstätten.

25
26 Die Wiesbadener Innenstadt bietet genug Raum, um beide Strategien, „Steigerung der
27 Attraktivität“ und „Neue Urbanität“ zu verfolgen.

28
29 Der Markt kann die genannten Probleme aber nicht alleine lösen. Die Herausforderungen sind
30 komplex und vielschichtig. Mit der Berufung eines City-Managers ist bereits ein erster Schritt
31 unternommen, um einen stetigen Austausch zwischen Immobilienbesitzerinnen, Händlerinnen
32 und der Stadt zu etablieren. Es sind aber weitere Maßnahmen darüber hinaus zu ergreifen.

33
34 Die SPD fordert eine offensivere Rolle der öffentlichen Hand. Wo die Möglichkeit besteht und
35 es planerisch sinnvoll ist, sollen Grundstücke und Gebäude angekauft oder Vorkaufsrechte
36 genutzt werden – auch um über angemessenere Mieten den inhabergeführten Einzelhandel zu
37 unterstützen, soweit das beihilferechtlich möglich ist. Eine Pacht in Abhängigkeit vom Umsatz
38 könnte ein Lösungsansatz auch für private Immobilienbesitzer sein.

39 Die Bündelung lokaler Marketingaktivitäten und lokaler Onlineangebote (und -shops) muss
40 weiter vertieft werden, da Unternehmen hier ein zweites Standbein zum Publikumsverkehr
41 aufbauen können.

42 Wiesbadens Fußgängerzone braucht eine höhere Aufenthaltsqualität: Mehr Sitzgelegenheiten
43 und Verweilmöglichkeiten ohne Konsumzwang, mehr Bäume und mehr Wasserfläche, aber
44 auch mehr Sauberkeit. Wir wollen einen umfassenden Workshop durchführen, bei dem sich die
45 Bürgerinnen und Bürger aktiv mit der Gestaltung ihrer Fußgängerzone auseinandersetzen.

46 Die städtebauliche Entwicklung der Fußgängerzone muss fortgesetzt werden. Die SPD strebt
47 eine Überprüfung der städtebaulichen Gestaltung der Gebäude in der Fußgängerzone durch

1 den Gestaltungsbeirat an und will einen Sondertopf einrichten, mit dem bauliche
2 Verbesserungen unterstützt werden können. Insbesondere der Zugangsbereich zur
3 Mauergasse und die rückwärtige Ansicht des Karstadt sind erhebliche Problemstellen. Auch
4 sollte die Gelegenheit, das Gebäude des ehemaligen Karstadt Sport/Kaufhalle in der Langgasse
5 aufzuwerten, unbedingt weiterverfolgt werden.

6 Die Citypassage muss endlich in Angriff genommen werden. Sollte sich in absehbarer Zeit kein
7 Investor zur Umsetzung des 5-Gassen-Konzeptes finden, dann soll die Stadt ernsthaft in
8 Erwägung ziehen das Areal selbst entwickeln. Es sollte dabei ein neues kleinteiliges Konzept
9 erarbeitet werden, das auch Raum für eine Stärkung der „neuen Urbanität“ aus Wohnen und
10 kleinen Läden lässt. Die vorliegenden Handlungskonzepte zur Steigerung der Attraktivität des
11 Gebiets zwischen der Fußgängerzone und Schwalbacher Straße sowie des Übergangs von der
12 City zum Westend für die städtebaulichen Förderprogramm des Bundes und des Landes „Aktive
13 Kernbereiche“/ „Lebendige Zentren“ sind dabei zu berücksichtigen.

14
15

16 Wiesbadens Plätze – ein Schatz, der gehoben werden muss!
17 Die Plätze in Wiesbaden fristen ein Schattendasein. Bis auf das repräsentative und oft für
18 Veranstaltungen genutzte Bowling Green fehlt es den Plätzen in der Innenstadt an
19 Aufenthaltsqualität. Diese wollen wir in den nächsten Jahren angehen. Dafür muss ein Konzept
20 erarbeitet werden, dass nicht nur die Plätze, sondern die gesamte Innenstadt mit ihren eigenen
21 Identitäten und Nutzungsformen im Blick hat.

22

23 Jetzt wird's konkret:

- 24 • Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche: Erweiterung der Fußgängerzone in der
25 Wellritzstraße; und im Bereich der Saalgasse.
- 26 • Umgestaltung der öffentlichen Räume der Moritz-, Oranien- und Gerichtsstraße mit
27 dem Ziel einer verbesserten Aufenthaltsqualität rund um die Neubauten der
28 Hochschule Fresenius und des alten Gerichts.
- 29 • Verkehrsberuhigung rund um die Ringkirche und Schaffung eines Platzes mit
30 Aufenthaltsqualität.
- 31 • Gestaltungskonzept für Wiesbadens Plätze
- 32 • Vollendung und Belebung des Faulbrunnenplatz durch ein von der Stadt gebautes und
33 verpachtetes Café.
- 34 • Umbau der Bushaltestelle am Platz der Deutschen Einheit.
- 35 • Fortführung des Programms „Bäche ans Licht“.
- 36 • Förderung des Rückbaus von versiegelten Stellplätzen und „Vorgärten“
- 37 • Spürbare Entlastung innerhalb des Historischen Fünfecks vom Autoverkehr in den
38 nächsten fünf Jahren.
- 39 • Erfassung von Leerständen mit dem Ziel, wieder mehr Wohnungen dem Markt
40 zuzuführen.
- 41 • Gewerbliche Nutzung nur in Verbindung mit Schaffung von Wohnraum genehmigen.
- 42 • Workshop zur Gestaltung der Fußgängerzone zur Steigerung der Aufenthaltsqualität
- 43 • Bauliche Aufwertung der Innenstadt mit den Eigentümern und dem Gestaltungsbeirat,
44 insbesondere im Bereich Neugasse/Mauergasse.
- 45 • Entwicklung der Citypassage für Handel, Gastronomie und Wohnen
- 46 • Sanierungskonzept eine kulturelle Nutzung der Walhalla und Ausschreibung in 2021.

- 1 • Städtebauförderungsprogramme wie „Lebendige Zentren“ maximal ausschöpfen, um
- 2 die Vielfalt in der Innenstadt zu fördern.
- 3 • Freies W-Lan in der gesamten Fußgängerzone.
- 4

1 Wiesbaden ist... aktive Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und 2 Ehrenamt

3

4 Bürgerinnen und Bürger wollen aktiv an den Entscheidungen, die im Rathaus getroffen
5 werden, beteiligt sein – und das nicht nur bei den regelmäßig anstehenden Wahlen. Um
6 diesem Wunsch entgegenzukommen, setzt sich die SPD seit vielen Jahren für unterschiedliche
7 Formate der Partizipation ein: Nicht nur über die zahlreichen Beiräte, sondern auch über
8 Dialogveranstaltungen und eine eigene, beim Oberbürgermeister angegliederte Stabsstelle
9 WIEB (Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung.) werden die Bürgerinnen und
10 Bürger bereits in laufende Verfahren aktiv eingebunden – bzw. können selbst initiativ werden.
11 Denn nicht die Kultur der Brechstange, sondern eine Kultur des Zuhörens und des miteinander
12 Redens kann Konflikte lösen, Ausgleich schaffen und Akzeptanz erhöhen. Gleichwohl kann es
13 immer Projekte geben, bei denen sich die Konflikte nicht moderieren lassen, sondern
14 entschieden werden müssen. Dennoch sind Beteiligungsprozesse sinnvoll, da oftmals wichtige
15 Impulse bei der Beratung gegeben werden. Mit den Leitlinien und der Vorhabenliste zur
16 Bürgerbeteiligung sind wir in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Doch
17 müssen beide Instrumente nicht nur noch stärker in Politik und Verwaltung verinnerlicht,
18 sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger kommuniziert werden. Mit dem
19 Jugendparlament und dem Kulturbeirat haben wir erstmals über die in der Hessischen
20 Gemeindeordnung hinausgehende Gremien geschaffen. Damit wollen wir engagierten
21 Menschen in Wiesbaden die Chance gegeben, aktiv am politischen Geschehen abseits von
22 Wahlen und Infoveranstaltungen teilzuhaben. Diesen Schritt wollen wir weitergehen: Mit
23 einer erneuten Prüfung für einen Bürgerhaushalt wollen wir die Wiesbadenerinnen über die
24 Zuordnung von Mitteln für bestimmte Projekte entscheiden lassen. Dabei soll die
25 Basisfinanzierung für die wichtigsten Projekte gesichert sein.

26 Konkret wollen wir:

- 27 • Intensivierung und Erweiterung der „Vorhabenliste Bürgerbeteiligung“
- 28 • Evaluierung und Weiterentwicklung der „Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ mit dem Ziel
29 der Verknüpfung von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung
- 30 • Schaffung einer digitalen Plattform „Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung“
- 31 • Etablierung von Fachtagungen zum Thema „Bürgerbeteiligung und
32 Bürgerengagement“
- 33 • Stärkung des Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von
34 sozial benachteiligten Gruppen
- 35 • Beiräte: Vereinheitlichung der Kompetenzen der gewählten Beiräte in der
36 Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen.
- 37 • Aufstockung der Mittel des Stadtschülerrates und des Jugendparlamentes
- 38 • Prüfung einer Wiederauflage des „Bürger*innenhaushalts“

39 Ausweitung des Wahlrechts

40 Am Ende werden Entscheidungen aber dennoch durch Wahlen entschieden. Wir treten dafür
41 ein, dass möglichst viele Menschen wählen gehen. Das setzt nicht nur möglichst viele und gute
42 Informationen rund um eine Wahl voraus. Wir wollen auch, dass mehr Menschen an Wahlen
43 teilnehmen dürfen. Jugendliche haben bereits viele Pflichten, doch ihre Rechte sind beschränkt.
44 Deswegen fordern wir das Land auf, das Wahlrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und sich damit
45 vielen anderen Bundesländern anzuschließen.

1 Wiesbaden ist bunt: Von den rund 63.000 ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind
2 wiederum die Hälfte Nicht EU-Bürger. Diese sind von Wahlen auf kommunaler Ebene
3 ausgeschlossen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich diese Menschen aktiv wählen
4 dürfen.

5 Konkret wollen wir:

- 6 • Wiedereinführung des Wahlrechts ab 16 Jahren: gemeinsam mit anderen Kommunen
7 ans Land appellieren
- 8 • Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger: gemeinsam mit anderen
9 Kommunen ans Land appellieren

10 Ein starkes Ehrenamt

11 Zudem fördern wir aktiv das Ehrenamt und das Bürgerengagement in Wiesbaden. Fast jede
12 dritte Wiesbadenerin engagiert sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich und freiwillig – in Vereinen,
13 in Verbänden, bei der Feuerwehr oder in Parteien, aber auch in vielen Initiativen und Projekten.
14 Befragungen ergeben, dass noch mehr Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich ehrenamtlich
15 zu engagieren. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre unsere Stadt weniger bunt
16 und lebenswert. Dieses Engagement und die Bereitschaft wollen wir noch stärker wertschätzen
17 und fördern. Deshalb muss die Stadt unterstützen, wo sie kann und das Frustrationspotenzial
18 durch möglicherweise hohe bürokratische Hürden geringhalten. Besonders stolz sind wir
19 deshalb auf Initiativen und Einrichtungen wie das Freiwilligenzentrum, das Bürgerkolleg und
20 den Stadtjugendring, durch deren Engagement und Herzblut Ehrenamt und bürgerschaftliches
21 Engagement in Wiesbaden sichtbar und erfahrbar wird. Wir unterstützen daher die Forderung
22 der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement nach einer Anlaufstelle in der Innenstadt.

23 Konkret wollen wir:

- 24 • Einrichtung einer Servicestelle für Vereine, Initiativen und Projekte als zentrale
25 Beratungs- und Anlaufstelle in allen Fragen der Führung eines Vereins bzw. der
26 fachlichen Begleitung von Initiativen und Projekten
- 27 • Schaffung eines Anerkennungsfonds zur Wertschätzung von Engagierten
- 28 • Personelle Erweiterung der Stabsstelle WIEB, Stärkung durch mehr Mittel für
29 Öffentlichkeitsarbeit und die Arbeit vor Ort
- 30 • Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Engagierte
- 31 • Aktivierung von weiteren Gruppen wie beispielsweise Neubürgerinnen und Neubürger,
32 Migrantinnen und Migranten, Jugendlichen usw.
- 33 • Förderung von Maßnahmen und Initiativen von sozial benachteiligten Menschen.

1 Wiesbaden ist... selbstverständlich Frauen- und Gleichstellungspolitik

2
3 Die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ist ein Grundrecht – und
4 leider noch eine große Herausforderung. Insbesondere durch die #MeToo-Bewegung hat es bei
5 dem Thema etwas Bewegung gegeben, aber es gibt auch bei uns in Wiesbaden noch viel Luft
6 nach oben. Für uns ist eine geschlechtergerechte, sozialdemokratische Frauen- und
7 Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe, die immer mitgedacht werden muss.
8 Dabei ist die Bekämpfung von Diskriminierungen und Benachteiligungen aufgrund der
9 geschlechtlichen Identität zentraler Bestandteil unserer Politik. Bei allen Entscheidungen in
10 Politik und Verwaltung soll die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden.

11 12 Frauen an die Spitze

13 Wir streben eine paritätische Besetzung der Führungspositionen in der Stadtverwaltung und in
14 den städtischen Gesellschaften an. Noch immer sind Frauen besonders in den Führungsebenen
15 der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften unterrepräsentiert. Der Stadt als
16 öffentlicher Arbeitgeber kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Führen in Teilzeit und Sharing-
17 Modelle werden ausdrücklich unterstützt. Wir stehen für einen kontinuierlichen Ausbau und
18 eine konsequente Umsetzung des Frauenförderplans der Stadtverwaltung.

19 Wir wollen mehr Frauen an der Spitze. Die Aufsichtsräte und Betriebskommissionen von
20 städtischen Beteiligungen sollen zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden. Zielführend ist ein
21 regelmäßiges Controlling auf Ebene des Frauenausschusses und des Beteiligungsausschusses,
22 um die Transparenz über den Frauenanteil in den Aufsichtsräten herzustellen. Eine
23 Geschlechterquotierung über alle Aufsichtsräte hinweg wäre ein erster Schritt, Druck auf die
24 Fraktionen bei der Besetzung auszuüben. So müsste jede Fraktion dann 50% ihrer gesamten
25 Aufsichtsratsplätze weiblich (oder männlich) besetzen, ohne dass das für jeden einzelnen
26 Aufsichtsrat erfüllt sein müsste. Zur Durchsetzung sind geeignete Sanktionierungsmittel
27 festzulegen, eine Selbstverpflichtung der Fraktionen ist zu wenig.

28
29 Konkret wollen wir:

- 30 • mehr Frauen in Führungsfunktionen bei der Stadt und stadtnahen Gesellschaften
- 31 • 50% Frauen (bzw. Männer) in Aufsichtsräten und Betriebskommissionen

32 33 Politische Beteiligung für Frauen erleichtern

34 Für Frauen ist es komplizierter Familie, Beruf und Mandat zu vereinbaren, da alte Rollenbilder
35 noch immer präsent sind. Die Anzahl der Frauen in der Stadtpolitik ist niedriger, insbesondere
36 in verantwortlichen Rollen. Dadurch fehlt oft an entscheidenden Stellen die Perspektive der
37 Hälfte der Gesellschaft. Um die Position der weiblichen Stadtverordneten zu verbessern
38 fordern wir die Umsetzung der neuen HGO-Regelung, die eine Anpassung der
39 Geschäftsordnungen an die Vereinbarkeit von Familie und Mandat vorsieht: Bereits bei der
40 Terminplanung von Sitzungen etc. werden Vereinbarkeitsthemen berücksichtigt. Kosten für
41 Kinderbetreuung werden erstattet oder Kinderbetreuung wird bereitgestellt. Wenn die
42 Präsenzplicht nicht erforderlich oder möglich ist, wird politische Arbeit bedarfsorientiert
43 digital ermöglicht. Davon profitieren übrigens nicht nur Mütter, sondern auch Väter bei der
44 Vereinbarkeit von Mandat und Familie.

1 Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

2 Wir wollen, dass Frauen genauso gut verdienen und nach den gleichen Kriterien entlohnt
3 werden wie ihre männlichen Kollegen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Stadt bei der
4 Transparenz von Entgeltregelungen, die in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten gilt,
5 mit gutem Beispiel vorangeht. Im Zuge dessen werden wir auch die Vergabe der
6 Leistungszulagen geschlechtersensibel überprüfen.
7

8 Hilfen bei häuslicher Gewalt

9 Wir werden das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt
10 gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) in Wiesbaden weiter umsetzen.
11 Hierfür wollen wir eine umfassende Gesamtstrategie entwickeln und eine Koordinierungsstelle
12 einrichten. Wir bekämpfen jede Form von Sexismus und sexualisierte Gewalt. Wir werden
13 einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen, die ausreichende finanzielle
14 Ausstattung, außerdem den Schutz und die Beratung von besonders bedrohten Frauen,
15 geflüchtete Frauen und Frauen ohne Wohnung fördern. Die Kapazitäten und Unterstützung für
16 die Zeit im Anschluss an den Aufenthalt im Frauenhaus sollen bedarfsgerecht und zielorientiert
17 ausgebaut werden, hierbei wird auch die psychosoziale Unterstützung berücksichtigt. Wir
18 werden dafür sorgen, dass das bundesweite Hilfetelefon für Frauen stadtweit bekannt
19 gemacht wird und alle Anlauf- und Beratungsstellen für betroffene Frauen leicht zu finden und
20 sie untereinander gut vernetzt sind.

21 Wir unterstützen weiter freie Träger, wie etwa proFamilia und Wildwasser, bei ihrer Arbeit mit
22 Mädchen, Frauen und Familien.
23

24 Konkret wollen wir:

- 25 • weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention
 - 26 • Unterstützung freier Träger in der Arbeit mit Mädchen und Frauen
 - 27 • Beitritt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- 28

29 Gestaltung des öffentlichen Raums

30 Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist elementar für die gefühlte Sicherheit. Das gilt im
31 Grundsatz für alle Menschen, Frauen sind aber häufiger von Unsicherheit betroffen. Deshalb ist
32 besonders auf deren Bedürfnisse bei der Stadtplanung und Verkehrsplanung einzugehen.
33 [Querverweis Sicherheit]

34 Wir wollen Kinderspielplätze und Schulhöfe geschlechtergerecht gestalten. Mädchen und
35 Jungen erleben und nutzen den öffentlichen Raum unterschiedlich. Bei der Neu- und
36 Umgestaltung von Spielflächen werden wir die Bedürfnisse von Mädchen stärker in den
37 Mittelpunkt rücken. Vorbild ist dabei das Münchner Modell zur Gendergerechten
38 Spielraumgestaltung. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Spielplätze sind stets für Mädchen und
39 Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu konzipieren.
40

41 Konkret wollen wir:

- 42 • Besondere Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen von Frauen an Sicherheit
43 im öffentlichen Raum
- 44 • Spielplätze sind stets für Mädchen und Jungen mit und ohne Beeinträchtigung zu
45 konzipieren.
46

1 Frauenförderung unter Berücksichtigung kultureller Aspekte

2 Frauen mit Migrationshintergrund haben häufiger als Männer Bildungsrückstände, die ihnen
3 die Integration erschweren. Für sie wollen wir mit speziellen Bildungsprogrammen,
4 Digitalisierungsangeboten, Sprachkursen sowie rechtlichen Informationen die Teilhabe am
5 sozialen- und am Arbeitsleben in Wiesbaden steigern.

7 Kostenfreie Hygieneartikel in öffentlichen Toiletten

8 Die anhaltende Debatte um Mehrwertsteuersätze oder Kostenfreiheit für Hygieneartikel für
9 die Menstruation werden wir für Wiesbaden mit kostenfreien Hygieneartikeln in städtischen
10 und öffentlichen Toiletten beantworten. Kein Mädchen oder Frau soll mehr in der Situation
11 sein, sich in der Schule, beim Sport oder in der Stadt plötzlich schamvoll verbergen zu müssen.
12

13 Für ein regenbogenbuntes Wiesbaden

14 Wiesbaden ist eine bunte Stadt. Wir wollen, dass das auch zukünftig so bleibt. Wir sind stolz
15 auf unsere Community, die nicht nur beim jährlichen Christopher Street Day Flagge zeigt. Hier
16 ist der Verein Warmes Wiesbaden e.V. besonders zu nennen: Er tritt seit 2011 für eine offene
17 und tolerante Stadt ein. Wiesbaden soll für Menschen jeglicher sexuellen Orientierung mit
18 einem vielfältigen Kultur- und Freizeitangebot etwas bieten.

19 Mit der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle haben wir eine zentrale, beim Oberbürgermeister
20 angesiedelte Stelle geschaffen, die hier unterstützen soll. Zudem gilt es Barrieren im Kopf
21 abzubauen. Wir wollen mehr Angebote bei der Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit.
22 Dazu zählt z.B. das Coming-Out-Beratungsprojekt „Bunte Nummer“, die jungen Menschen
23 Orientierung und Halt während des Coming-Outs geben soll. Legendär sind die (in normalen
24 Zeiten) monatlich stattfindenden Partys „Lets go Queer“ im Schlachthof. Hier ist eine Vernetzung
25 der Szene weit über Wiesbaden und das Rhein-Main-Gebiet hinaus (und die Community an
26 sich) entstanden.

27
28 Konkret wollen wir:

- 29 • Ausbau der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle
- 30 • Unterstützung von weiteren Angeboten bei der Antidiskriminierungs- und
31 Aufklärungsarbeit
- 32 • Unterstützung bei der Durchführung des CSD.
- 33 • Unterstützung der Idee eines queeren Zentrums für Wiesbaden

34
35

1 Wiesbaden ist... klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus 2 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

3
4 In Wiesbaden leben Menschen aus 170 Nationen und unterschiedlichsten Milieus gut und
5 nachbarschaftlich zusammen. Sie prägen unsere Stadt mit und sind fester Bestandteil unserer
6 Stadtgesellschaft. Wiesbaden ist eine weltoffene, aufgeschlossene und tolerante Stadt. Wir
7 wollen das so bleibt.

8 Diskriminierende, antisemitische und rechtsextremistische Einstellungen sind aus unserer
9 Gesellschaft nie gänzlich verschwunden und verfestigen sich seit einiger Zeit in neuen
10 Erscheinungsformen und Gruppierungen. Spätestens mit dem Mord an Dr. Walter Lübcke und
11 den terroristischen Anschlägen in Halle und Hanau gibt es keinen Zweifel an der eindeutigen
12 Bedrohung durch den Rechtsextremismus und dessen brutales und mörderisches Vorgehen.
13 Dem treten wir entschlossen und deutlich in allen Bereichen entgegen. Wir sehen, dass einige
14 Menschen mit Angst und Verunsicherung auf veränderte Lebenswelten und für sie neue
15 Lebensformen reagieren. Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf jedoch
16 niemals die Antwort darauf sein.

17 Mit politischer Bildung für eine starke Demokratie

18 Politische Bildung für alle Menschen, die Sensibilisierung von Multiplikatorinnen für
19 rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Tendenzen und die Hilfe für Betroffene
20 bleiben zentrale Antworten auf eine zunehmende gesellschaftliche Radikalisierung. Wir lassen
21 uns nicht spalten.

22 Das Gedenken an den Holocaust, die Ermordung unserer jüdischen Mitbürgerinnen und
23 Mitbürger und das Bewusstsein für die zerstörerische Dynamik des Antisemitismus ist tief in
24 der Wiesbadener Erinnerungskultur verankert. Dieses werden wir weiter pflegen und an die
25 zukünftigen Generationen weitergeben. Deshalb werden wir wichtige Einrichtungen wie etwa
26 das Namentliche Gedenken, aber auch die Verlegung von Stolpersteinen und das Aktive
27 Museum Spiegelgasse ebenso weiter unterstützen, wie das kulturelle Programm der Jüdischen
28 Gemeinde Wiesbaden. Die Umbenennung von Straßen wegen ungeeigneter, durch den
29 Nationalsozialismus belasteter Namenspaten bleibt für uns eine Option. Eine historische
30 Fachkommission ist dazu bereits beschlossen worden und wird fachliche Expertise zur
31 Entscheidung liefern.

32 Das umfassende, oftmals auch ehrenamtliche Engagement von zahlreichen
33 zivilgesellschaftlichen Institutionen, freien Trägern und Initiativen aus unterschiedlichsten
34 Bereichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bereichert unsere Stadtgesellschaft. Dies
35 werden wir weiterhin fördern und unterstützen.

36 Auch die quere Szene sieht sich vor der wachsenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
37 bedroht. Um Vorbehalte abzubauen und mehr Aufklärung zu betreiben werden wir die Szene
38 unterstützen. (*Querverweis: Kapitel Frauen und Gleichstellung*)

39 Politische Bildung muss deshalb gerade in der Kommune stetig betrieben werden. Wir fördern
40 deshalb gezielt Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren. Auch die Corona-Krise hat
41 gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt ist. Wir werden
42 deshalb die Anlaufstelle für Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als
43 Regelangebot ebenso weiterführen und bedarfsgerecht unterstützen wie das
44 Bildungsprogramm X-Dream der Initiative Spiegelbild. Gleiches gilt für das Projekt
45 "Kommunale Beratungsstelle Salafismus" des VIBIS e.V.

1 Gerade im Bereich der Sicherheitsorgane darf es keinen Platz für Intoleranz und
2 Diskriminierung geben, da hier zusätzlich zum Grundproblem Rassismus ein erheblicher
3 Vertrauensverlust gegenüber dem Staat droht. Daher setzen wir uns als SPD Wiesbaden dafür
4 ein, dass die Stadtpolizei und die Ordnungs- und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung in Bezug
5 auf diskriminierende und rechte Strukturen und Positionen entsprechend sensibilisiert und
6 geschult werden. Gleichzeitig verwehren wir uns aber einem pauschalen Verdacht gegen die
7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

8 Die Kriminalisierung von aus Seenot geretteter Menschen lehnen wir ab. Wiesbaden bleibt
9 „Sicherer Hafen“. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundes- und Landesebene die gesetzlichen
10 Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Beschluss der
11 Stadtverordnetenversammlung auch praktisch umsetzen zu können. Es muss in einem
12 zivilisierten Land Konsens sein, dass ertrinkenden Menschen geholfen wird.

13 Konkret wollen wir:

- 14 • Erhalt und Pflege der Wiesbadener Erinnerungskultur
- 15 • Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Politischen Bildung
- 16 • Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus -
17 insbesondere die Programme der Initiative Spiegelbild.
- 18 • Sicherer Hafen für Flüchtlinge bleiben

19

20 Klare Kante gegen Rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen

21 Wiesbaden soll eine weltoffene, demokratische und tolerante Stadt bleiben. Als SPD stellen wir
22 uns extremistischen, antisemitischen und fundamentalistischen Bewegungen entschieden
23 entgegen. Als SPD Wiesbaden wenden wir uns klar gegen Ausgrenzung, Rassismus und Hetze.
24 Wir werden uns mit einem verrohten und nach rechts verschobenem gesellschaftlichem
25 Diskurs auch im politischen Kontext nicht abfinden. Was früher zu Recht unsagbar war, darf
26 heute nicht akzeptabel sein. Aus diesem Grund positionieren wir uns eindeutig gegenüber
27 Gruppierungen und Parteien wie beispielsweise der AfD. Wir tauschen uns nicht mit ihnen aus
28 und wir geben ihnen nicht mehr Raum, als ihnen gemäß der Hessischen Gemeindeordnung
29 und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zusteht: Wir wählen keine ihrer
30 Mitglieder in Funktionen, insbesondere nicht in solche, in denen sie Außenwirkung entfalten
31 wie Ausschussvorsitze oder in das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung oder als
32 Schöffen.

33

1 Wiesbaden ist... der Einsatz für Sicherheit und Rettungskräfte

2

3 Gefühlte und gemessene Sicherheit

4 Sicherheit ist für alle Menschen ein wichtiges Thema. Nur wenn man sich sicher fühlt, fühlt
5 man sich auch wohl. Wiesbaden ist eine sichere Stadt. Das belegen die Statistiken der Polizei.
6 Aber dennoch fühlen sich viele Menschen, insbesondere Frauen sowie jüngere und ältere
7 Menschen, zunehmend unsicher. Dunkle, kaum oder schlecht ausgeleuchtete Ecken, große
8 Menschenansammlungen und alkoholisierte Menschen werden meistens als
9 Unsicherheitsfaktoren genannt. Als Orte werden überwiegend die Fußgängerzone, aber auch
10 die Bereiche rund um den Hauptbahnhof und den Platz der deutschen Einheit genannt. Viele
11 meiden den nächtlichen Gang durch die Innenstadt.

12 Das ist für uns nicht hinnehmbar. Es ist für uns von oberster Priorität, an diesen Orten zu
13 handeln. Der öffentliche Raum muss allen Menschen in Wiesbaden jederzeit ein Gefühl von
14 Sicherheit geben. In der Planungs- und Verkehrspolitik sollen daher die notwendigen
15 Gesichtspunkte berücksichtigt werden. In Wiesbaden wurde das Programm „Gemeinsam
16 sicheres Wiesbaden“ zwischen der Landeshauptstadt und dem Polizeipräsidium Westhessen
17 ins Leben gerufen. Diese Kooperation zur Steigerung der Sicherheit in Wiesbaden soll
18 fortgeführt und ausgebaut werden. Dadurch sollen unter anderem die Aspekte Steigerung der
19 Veranstaltungssicherheit, Sperrkonzept gegen Amokfahrten, Verstärkung der Präsenz – und
20 Präventivstreifen in der Innenstadt und gezieltes Vorgehen gegen Intensivtäter weiter vertieft
21 werden. Das Haus des Jugendrechts werden wir daher weiter unterstützen.

22 Nicht nur mit der Präsenz von Landes- und Stadtpolizei, sondern auch mit der Umgestaltung
23 und Aufwertung von innerstädtischen „dunklen Ecken“ und dem Einsatz von Videokameras hat
24 Wiesbaden auf das Problem reagiert. Diese wollen wir kritisch begleiten, denn eine
25 Videoüberwachung des öffentlichen Raums stellt immer auch einen Eingriff in
26 Persönlichkeitsrechte dar. Dieser Eingriff muss gerechtfertigt und verhältnismäßig zum Erfolg
27 der Gefahrenabwehr sein.

28 Konkret wollen wir:

- 29 • verstärkte Präsenz der Stadtpolizei, in Absprache mit dem Land: Stärkung der
30 Landespolizei mit zusätzlichem Personal auf Straße, insbesondere in der Innenstadt
31 und an besonders betroffenen Bushaltestellen.
- 32 • Fortführung der gemeinsamen Projekte „Gemeinsam sicheres Wiesbaden“ und „Haus
33 des Jugendrechts“
- 34 • bauliche Maßnahmen, wie Beleuchtungskonzepte: Die sprichwörtlichen dunklen
35 Ecken müssen aufgehellt werden
- 36 • Videoüberwachung des öffentlichen Raums - an ausgewählten Standorten und bei
37 einer kritischen Begleitung im politischen Raum sowie Evaluation der Standorte
- 38 • Sicherheitskonzepte, die speziell auf die Bedürfnisse von Frauen eingehen, inkl.
39 Verlässlicher Mobilität oder auch Frauentaxis
- 40 • Pollerkonzept zur Amokprävention für die Innenstadt umsetzen
- 41 • Ausweitung des Schilderkonzeptes „You'll never walk alone“

42 Waffenverbotszone

43 Auch die in der Wiesbadener Innenstadt eingerichtete Waffenverbotszone wollen wir kritisch
44 begleiten. Mit der Waffenverbotszone soll der zunehmenden Bewaffnung junger Menschen
45 mit Messern und anderweitigen Stichwaffen entgegengetreten werden. Sie ist eine richtige

1 Intervention, um der Unsitte, Messer mit sich zu führen, zu begegnen. Jugendliche, die Messer
2 mit sich führen, haben laut einer BKA-Studie ein doppelt so hohes Risiko, Gewalttaten
3 auszuführen, wie Jugendliche, die kein Messer mit sich führen. Bei der jährlichen Evaluation
4 werden wir genau beobachten, ob Grundrechtseingriff, Kontrollaufwand und Nutzen der
5 Verbotzone in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. In jedem Fall braucht es
6 zusätzliche Präventionsarbeit unter Jugendlichen.

7 Konkret wollen wir:

- 8 • Kritische wissenschaftliche und fachliche Begleitung der Waffenverbotzone
- 9 • Aufklärungskampagne, die auf die Gefahren von Messern und anderen
10 waffenähnlichen Gegenständen hinweist, analog des alkoholbezogenen
11 Präventionsprojekt „HALT!“

12 **Trinkergruppen**

13 Auch von übermäßigem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit – zu Tag- und Nachtzeiten–
14 fühlen sich viele Wiesbadenerinnen verunsichert. Allein repressive Maßnahmen beseitigen die
15 Ursachen der Probleme nicht! Alkoholverbotzonen reichen nicht aus, sondern verlagern das
16 Problem häufig nur an einen anderen Ort. Regelmäßig wird der öffentliche Raum von
17 Trinkergruppen besetzt und verliert die Aufenthaltsqualität für den Rest der Bevölkerung. Die
18 Situation am Luisenplatz, dem Platz der deutschen Einheit, rund um die Teestube, der
19 Ortsmitte in Dotzheim oder auch an der Ringkirche und in der Marcobrunnerstraße ist bekannt
20 und für Bürgerinnen und Bürger, aber auch die die Anwohner*innen eine große Belastung. Es
21 gibt kein Allheilmittel, um dieses großstädtische Problem in den Griff zu bekommen. Vielmehr
22 bedarf es in jedem Fall einer differenzierten Herangehensweise aus sozialpolitischen
23 Unterstützungsmaßnahmen und ordnungspolitischen Sanktionen. Alkoholverbote, ggf. auch
24 nur temporär, können eine wirksame Intervention sein, um zumindest kurzfristig an besonders
25 betroffenen Orten für Entlastung zu sorgen. Gerade weil alkoholranke Menschen durch
26 Verbote noch mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, braucht es einer
27 Gesamtstrategie.

28 Konkret wollen wir:

- 29 • Alkoholverbot am Platz der deutschen Einheit fortsetzen, aber auch die aufsuchende
30 Sozialarbeit personell stärken: Wir werden zudem ergebnisoffen prüfen, ob das Essener
31 Projekt „Pick Up“ ein Lösungsansatz für Wiesbaden sein kann. Das Projekt kann einen
32 Ausstieg aus der Sucht ermöglichen und bringt den Betroffenen eine Tagesstruktur.
- 33 • Präventionsprojekt HALT! fortsetzen: Sensibilisierung von Jugendlichen weniger
34 Alkohol zu konsumieren.

35

36 **Trennung von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei**

37 In vielen anderen Städten, zum Beispiel Frankfurt, ist die kommunale Verkehrspolizei und die
38 Stadtpolizei getrennt worden und die Zusammenarbeit funktioniert gut. Aus unserer Sicht ist
39 fraglich, ob sich die Trennung in Wiesbaden bewährt hat. Seit Langem beklagen sich die
40 Bürgerinnen und Bürger über unklare Zuständigkeit, das Wegschieben von Verantwortung und
41 die unterschiedliche Erreichbarkeit.

42

43 Konkret wollen wir:

- 1 • Durchführung einer Organisationsuntersuchung, die insbesondere die Bereiche
2 Erreichbarkeit, Bürgerservice und Effizienz sowie einer gemeinsamen Leitstelle
3 beleuchten soll. Entsprechend den Ergebnissen der Untersuchung wird dieser Bereich
4 der Stadtverwaltung weiterentwickelt werden.

5 Rechtsextreme Strukturen in Sicherheitsbehörden

6 Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Hessen ist es Ziel der SPD Wiesbaden, dass
7 auch im Bereich der kommunalen Sicherheitsverwaltung kein Platz für Intoleranz,
8 Diskriminierung und Ausgrenzung ist. Daher setzen wir und dafür ein, dass die Stadtpolizei und
9 die Ordnungs- und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung noch konsequenter gegen
10 extremistische Strukturen und Rassismus geschult werden. Damit verbunden ist ausdrücklich
11 kein Generalverdacht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung
12 (Querverweis: Kapitel Haltung gegen Rechts).

13 Rettungskräfte bestmöglich unterstützen

14 Unsere Rettungskräfte sind unsere Lebensversicherung: Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienste,
15 aber auch das Technische Hilfswerk leisten großartige Arbeit in Wiesbaden und darüber
16 hinaus. Diese Arbeit unterstützen wir weiter. Von kommunaler Seite sind wir für vor allem für
17 die Feuerwehr verantwortlich. Wir wollen den Berufsfeuerwehrmännern und -frauen beste
18 Voraussetzungen bieten, damit sie uns im Notfall schnell zur Hilfe kommen können. Dazu
19 gehört nicht nur eine ausreichend gute Personaldecke, um Überstunden zu minimieren,
20 sondern auch Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot sowie eine gute Bezahlung und
21 ausreichende Beförderungsmöglichkeiten. Eine gute technische Ausrüstung ist Voraussetzung
22 für eine erfolgreiche Arbeit. Zudem wollen wir die tägliche Arbeit der Einsatzkräfte auch in
23 angemessenem Rahmen wertschätzen: Wir wollen prüfen, ob bei den Gehaltsstufen
24 Spielräume nach oben offen sind und den Mitarbeiterinnen die Möglichkeit zu beständiger
25 Fortbildung anbieten.

26 Bei Großeinsätzen unterstützen zudem zahlreiche Freiwillige Feuerwehren. Diese gefährliche
27 ehrenamtliche Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden. Deshalb braucht es auch hier
28 es gute Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie moderne Geräte und Gebäude.
29 Dazu gehört auch, dass der Nachwuchs entsprechend gefördert wird.

30 Es gilt zudem die Menschen in Wiesbaden stärker darauf aufmerksam zu machen, dass bei
31 Rettungseinsätzen jede Sekunde zählt. Rettungsgassen auf der Autobahn oder Innenstadt sind
32 ebenso wichtig wie das Freihalten von Sperrflächen, damit im Notfall die Einsatzkräfte schnell
33 und ungehindert an ihr Ziel kommen.

34 Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist von grundsätzlicher Bedeutung für
35 unsere (Stadt)Gesellschaft. Daher verurteilen wir die Behinderung von Einsätzen oder gar
36 Angriffe gegen Einsatzkräfte auf das Schärfste. Als Stadt unternehmen wir erforderliche
37 Maßnahmen, um unsere Einsatzkräfte durch gute Ausrüstung zu schützen und fordern den
38 gesellschaftlichen Respekt vor ihrer Tätigkeit ein. Dabei können auch entsprechende
39 Werbekampagnen beitragen.

40 Konkret wollen wir:

- 41 • Verstärkte Personalgewinnung bei der Feuerwehr durch Steigerung der Attraktivität
42 des Berufs: bessere Gehälter, moderne Geräte und Einsatzfahrzeuge

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- Hohe Qualitätsstandards schaffen durch gute Qualifizierung und Weiterbildungen – wir brauchen eine eigene Ausbildungsabteilung mit einem neuen Ausbildungszentrum; das macht die Feuerwehr auch als Arbeitgeber attraktiv
 - Sanierung von maroden Feuerwehrgerätehäuser, eine entsprechende Prioritätenliste muss erarbeitet werden
 - Planungen für den Neubau der Feuerwache 1 vorantreiben, um eine Grundsatzentscheidung bis 2023 treffen zu können.
 - Intensivierung der Kampagne und der Kontrollen zum Freihalten Sperrflächen und Rettungswegen – bei Einsätzen geht es um wenige Minuten, die den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten können.

1 Wiesbaden ist... kritisch im Umgang mit städtischen Beteiligungen

2

3 Kontrolle städtischer Beteiligungen

4 Mit dem Beteiligungsausschuss hat die Stadt seit 2013 ein Gremium geschaffen, um die
5 Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen, einschließlich der Wirtschaftspläne, im
6 Rahmen der Stadtverordnetenversammlung und damit über den Aufsichtsrat hinaus zu
7 diskutieren und zu kontrollieren.

8 Viele Anstrengungen haben wir in den letzten Jahren darauf verwandt, einheitliche Strukturen
9 vorzugeben. Daraus ist das Regelwerk „Grundsätze guter Unternehmensführung der
10 Landeshauptstadt Wiesbaden“ entstanden; der sogenannte Beteiligungskodex.

11 Der jährliche Beteiligungsbericht fasst die zentralen Informationen zu allen städtischen
12 Beteiligungen und Unternehmen übersichtlich zusammen und sorgt für Transparenz.

13 Damit zudem nicht nur Mustersatzungen und Musteranstellungsverträge sowie einheitliche
14 Größen der Aufsichtsräte festgelegt sind, gilt es den Beteiligungskodex weiter mit Leben zu
15 füllen. Wir brauchen einen Kodex, der sich auf neue Situationen anpasst und sich stetig
16 fortentwickelt. So ist in Zukunft zu berücksichtigen, dass bei Entscheidungen der
17 Gesellschaften von besonderer Bedeutung die Stadtverordnetenversammlung bzw. der
18 Beteiligungsausschuss zwingend einzubinden ist.

19 In der Vergangenheit hatten einige Stadtverordnete eine Vielzahl an Aufsichtsratsmandaten
20 inne. Dies führt zum Aufbau von Herrschaftswissen, verringert Teilhabemöglichkeiten anderer
21 Stadtverordneter und verengt letztlich den politischen Diskurs. Daher wollen wir die Zahl der
22 Aufsichtsratsmandate pro Person deckeln – auch weil der damit verbundene Aufwand bei
23 vielen Mandaten kaum zu leisten ist.

24 Konkret wollen wir:

- 25 • Beteiligungskodex fortführen und weiterentwickeln
- 26 • Begrenzung der Aufsichtsratsmandate pro Stadtverordneten - dabei müssen aber die
27 Beteiligungsrechte kleinerer Fraktionen beachtet werden.

28

29 Weniger ist mehr: Zahl und Struktur der städtischen Gesellschaften

30 Wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Notwendigkeit und Organisationsstruktur der städtischen
31 Beteiligungen bzw. einzelner Gesellschaften zu überprüfen. Dabei gilt es steuerliche
32 Auswirkungen und organisatorische Fragen zu beachten. Unsere Forderung bleibt: Wir wollen
33 insgesamt weniger städtische Unternehmen und weniger Untergliederungen (sog. Tochter-
34 bzw. Enkel-Ebene zur Muttergesellschaft).

35 Konkret wollen wir:

- 36 • keine Voll- oder Teilprivatisierung städtischer oder stadtnaher Unternehmen
- 37 • Reduzierung der Zahl und der Gliederungstiefe städtischer Unternehmen. Im Bereich
38 der Immobiliengesellschaften der Stadt (Stadtentwicklungsgesellschaft SEG, WiBau
39 GmbH, GWI GmbH und dem WIM Liegenschaftsfonds) sehen wir Handlungsbedarf.
40 Hier könnten aus vier Gesellschaften ein bis zwei Unternehmen werden und außerdem
41 die Zwischenebene der GWI wegfallen. Aus unserer Sicht ist dies sinnvoll, weil die
42 Geschäftsführungen bereits heute weitgehend personenidentisch sind und weil die

1 Unternehmen untereinander teilweise auf Personal und Dienstleistungen
2 zurückgreifen (und dafür aufwendige Rechnungen schreiben).

3 Für mehr Transparenz bei Gehaltsstrukturen und Vertragsgestaltung

4 Die Höhe der Bezüge der Geschäftsführungen und deren Nebentätigkeiten sorgt immer wieder
5 für öffentliche Kritik. Wir stehen für mehr Kontrolle und Transparenz. In den Aufsichtsräten
6 sollen bei der Bestellung bzw. Verlängerung von Geschäftsführungen
7 Angemessenheitsprüfung der Bezüge vorgelegt werden. Dies kann auf Grundlage spezieller
8 Gehaltsmonitorings bei Geschäftsführungen kommunaler Betriebe vorgenommen werden.

9 Die Vertragsdauer von zunächst drei Jahren bei der ersten Bestellung von Geschäftsführungen
10 und danach ein Turnus von fünf Jahren hat sich bewährt. Eine vorzeitige Verlängerung sollte
11 grundsätzlich vermieden werden.

12 Konkret wollen wir:

- 13 • Mehr Transparenz bei Gehältern der Geschäftsführung, inkl. eines Gehaltmonitorings
14 bei Bestellung/Verlängerung, in der Branche, Betriebsgröße, Zahl der Mitarbeiterinnen
15 mit einfließen. Weichen die Bezüge um mehr als 25% Prozent ab, muss dies durch den
16 Aufsichtsrat erörtert werden. Damit wollen wir klarere Regeln für das Gehaltsgefüge
17 von städtischen Geschäftsführungen schaffen.
- 18 • Gestattung privater Nebentätigkeiten von Geschäftsführungen zurückführen. Neue
19 Verträge und Vertragsverlängerungen sollen keine privaten Nebentätigkeiten mehr
20 zulassen

21 Stärkung der Tarifgemeinschaft

22 Die Stärkung der Tarifgemeinschaften ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher müssen alle
23 städtischen Gesellschaften, an denen die Stadt die Mehrheit der Anteile hält, Mitglied in einem
24 Arbeitgeberverband werden, damit die entsprechenden Tarifverträge zum Tragen kommen.
25 Dies ist bereits bei den allermeisten Gesellschaften der Fall. Zuletzt ist es uns gelungen, die
26 WJW in einen Überleitungstarifvertrag hin zum TVÖD zu bringen. Ein wichtiger Beitrag zur
27 Stärkung der Tarifgemeinschaft.

28 Konkret wollen wir:

- 29 • Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband und damit Teil der Tarifgemeinschaft für
30 alle städtischen Mehrheitsbeteiligungen
- 31 • Einhaltung der Tariftreue bei Vergaben an private Unternehmen

1 Wiesbaden ist... solide Finanzen und städtischer Haushalt

2

3 Solide Finanzpolitik

4 Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist solide und zeichnet sich durch Verlässlichkeit aus. Das
5 haben wir in den vergangenen 10 Jahren bewiesen. Insbesondere blicken wir auf einen
6 größeren Rahmen, als nur ein oder zwei Haushaltsjahre – denn ein Gemeinwesen lässt sich
7 nicht durch kurzfristigen finanzpolitischen Aktionismus steuern. Kürzungen in einem Jahr,
8 Zusetzungen im nächsten schaffen keine Verlässlichkeit gegenüber der Stadtverwaltung, aber
9 auch nicht gegenüber den Initiativen und Vereinen in unserer Stadt. Deshalb gilt unser Blick
10 auch der mittelfristigen Finanzentwicklung und den vorhandenen Rücklagen. In den letzten 10
11 Jahren hat die Stadt Wiesbaden mit den für sie zur Verfügung stehenden Mittel gut
12 gehaushaltet. Die Rücklage beläuft sich derzeit auf nahezu 200 Millionen Euro. Die
13 Schuldenbremse betrachten wir kritisch. Bei aller Notwendigkeit, die laufenden Ausgaben und
14 Einnahmen im Blick zu behalten: Eine Kommune muss die Möglichkeit zur Investition in die
15 Zukunft haben. Dazu gehört die öffentliche Infrastruktur (Bäder, Sporthallen, Schulen,
16 Verkehrswege, Bürgerhäuser) ebenso wie das soziale und kulturelle Netz, Sport und Bildung
17 oder auch umweltpolitische Belange. Heute unterlassene Instandhaltung sind hohe Kosten von
18 morgen. Für diese wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge muss es möglich sein, auch im
19 moderaten Umfang neue Kredite aufzunehmen – gerade bei den derzeitigen Zinsen.

20 Bund und Land in der Verantwortung

21 Wir sehen grundsätzlich den Bund und das Land Hessen in der Verantwortung, die Kommunen
22 in ihrer finanziellen Stabilität zu stärken – nicht zuletzt, weil die Kommunen wichtige
23 Aufgaben wie etwa die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung zu erfüllen
24 haben. Ebenso fordern wir die kommunale Selbstverwaltung zu achten – Mittel aus dem
25 kommunalen Finanzausgleich oder aus den Umsatzsteueranteilen der Kommunen sollten nicht
26 durch Landesgesetzgebung einer Zweckbindung unterworfen werden. Vielmehr muss die
27 Entscheidungshoheit über die Verwendung kommunaler Mittel in den Kommunen bleiben.
28 Deshalb lehnen wir Projekte wie die sog. Heimatumlage des Landes Hessen ab.

29 Wer bestellt, der bezahlt!

30 Auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen dauerhaft
31 finanziell gut ausgestattet werden. So wird die Handlungsfähigkeit in den Kommunen
32 gesichert. Andersrum gilt eben auch, dass Gesetze, die auf Bundes- oder Landesebene
33 verabschiedet werden, zu nicht unwesentlichen Kosten in den Kommunen führen. Besonders
34 sind hier Rechtsansprüche im Sozial- oder Schulbereich zu nennen. Deswegen setzen wir uns
35 auch dafür ein, dass derjenige die Rechnung bezahlt, der der Verursacher ist.

36 Besonders begrüßen wir das langjährige und erfolgreiche Engagement der Bundes-SPD gegen
37 das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen. Der große Erfolg des
38 Digitalpaktes sorgt dafür, dass Wiesbaden in den nächsten Jahren 20 Millionen Euro erhalten
39 wird, um die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen. Angesichts der Corona-Pandemie
40 hat diese Unterstützung nochmals deutlich an Bedeutung gewonnen.

41 Gewerbesteuererinnahmen

42 Das Land Hessen hat für die Grund- und die Gewerbesteuer Durchschnittssätze festgelegt.
43 Weicht eine Kommune von diesem Wert ab, dann hat das negative Auswirkungen bei der
44 Festlegung der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. In Wiesbaden liegen die Sätze
45 derzeit genau auf dem vom Land Hessen vorgeschlagenen sog. Nivellierungsniveau. Eine
46 Senkung der Gewerbesteuer erteilen wir allein schon aus diesem Grund eine Absage. Darüber

1 hinaus ist die Gewerbesteuer für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden nur ein
2 Aspekt unter vielen. Ebenso wichtig für Unternehmen ist eine gute Anbindung an die
3 Verkehrsinfrastruktur, die Ausweisung neuer Flächen für Betriebsansiedlungen und
4 Erweiterungen, eine gut organisierte Verwaltung und Wirtschaftsförderung. Im Wettbewerb
5 um Fachkräfte gewinnen auch weiche Standortfaktoren wie eine gute Kinderbetreuung,
6 bezahlbarer Wohnraum sowie das kulturelle Angebot an Bedeutung. All das muss aber auch
7 finanziert werden – und genau dazu brauchen wir auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer
8 auf dem jetzigen Niveau.

9 Die negativen finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie spielen auch für den
10 städtischen Haushalt eine Rolle. So musste der Haushalt 2021 mit einem erheblichen Defizit
11 geplant werden, um die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht
12 zusammenzustrichen. Ein Defizit in dieser Höhe kann nur einen Übergangscharakter haben.
13 Es bleibt abzuwarten, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung sich auswirken wird. Für uns
14 als Sozialdemokratie ist aber klar: eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes darf nicht zu
15 Lasten der Schwächsten in der Stadt gehen und wichtige Investitionen in die Zukunft nicht
16 behindern.

17 **Auskömmliche Gebühren**

18 Die Stadt Wiesbaden erhebt verschiedene Gebühren für bestimmte Leistungen, etwa
19 Friedhofsgebühren, Wassergebühren, Müllgebühren oder auch die Gebühren für die
20 Straßenreinigung. Diese Gebühren müssen auskömmlich sein - wir setzen uns dafür ein, dass
21 die Gebührenhöhe regelmäßig überprüft und angepasst wird, anstatt nach vielen Jahren mit
22 hohen Preisanstiegen nachzusteuern.

23 Wir wollen:

- 24 • Fortführung der soliden Finanzpolitik der letzten Jahre, die Spielräume für
25 Instandhaltungen und hohe Investitionen in die kommunale Infrastruktur, aber auch
26 das soziale und kulturelle Netz und die Umwelt ermöglicht
- 27 • Beibehaltung der Gewerbesteuer auf dem derzeitigen Niveau
- 28 • Land und Bund an ihre finanzielle Verantwortung gegenüber den Kommunen erinnern
- 29 • Stetige Überprüfung der städtischen Gebühren, um erhebliche Steigerungen zu
30 vermeiden

31

1 Wiesbaden ist...eine Stadtverwaltung auf dem Weg zur Digitalisierung

2

3 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung **und der städtischen Gesellschaften**
4 sind diejenigen, die unsere Stadt am Laufen halten – das hat sich auch und gerade in der
5 Corona-Pandemie gezeigt. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung. Sie erbringen an ihren
6 jeweiligen Arbeitsplätzen wertvolle Dienstleistungen, sind aktiv im Sinne der öffentlichen
7 Daseinsvorsorge und arbeiten engagiert an einer guten Zukunft unserer Stadt.

8 Demographischer Wandel in der Stadtverwaltung gestalten

9 Die Stadtverwaltung steht jedoch auch vor großen Herausforderungen: Der der
10 demographische Wandel und der mit ihm einhergehende Fachkräftemangel führen zu einem
11 verstärkten Wettkampf um die besten Köpfe und in der Folge zu einer erhöhten Fluktuation.
12 Die Auswirkungen sind bereits jetzt spürbar: Bundesweit können derzeit bei Kommunen,
13 Länder und Bund rund 185.000 Stellen nicht besetzt werden. Diese Situation ist in Wiesbaden
14 besonders gravierend, da hier die Stadtverwaltung mit großen Bundes- und Landesbehörden
15 um dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkurriert. Dazu kommen die steigenden
16 Anforderungen an einen zukunftsfähigen, attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber.
17 Insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit gilt es daher die bisherigen Verfahren und
18 Arbeitsmodelle an die Ansprüche und Lebensrealitäten der städtischen Mitarbeiterinnen und
19 Mitarbeiter, der Bürgerinnen und Bürger und den gesetzlichen Anforderungen anzupassen. Für
20 uns bleibt der Gesamtpersonalrat der Stadt sowie die einzelnen Personalräte dabei wichtige
21 Ansprechpartner und als Stadtpolitik werden wir uns die konkrete Ausgestaltung zwischen
22 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Arbeitgeberin nicht einmischen.

23 Konkret wollen wir:

- 24 • Wo immer sinnvoll möglich, soll den Beschäftigten Zugang zu Homeoffice-Lösungen
25 ermöglicht werden. Dies dient der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bietet durch
26 den Wegfall von Pendlerbewegungen Chancen zur Verbesserung des Stadtklimas und
27 verbessert die Attraktivität der Stadtverwaltung im Wettbewerb um gute Fachkräfte.
- 28 • Verstärkte moderne Mittel zur Personalgewinnung, um dem demografischen Wandel
29 und dem Fachkräftemangel angemessen zu begegnen und mit dem vermeintlichen
30 „verstaubten Beamtenimage“ aufzuräumen.
- 31 • Flexible Arbeitszeit, Führung- und Organisationsmodelle werden gefördert und
32 umgesetzt.
- 33 • Moderne Büroarbeitsplatzausstattung sowie zeitgemäße Arbeitsplatztechnologien
34 werden gefordert und gefördert.
- 35 • Die erfolgreichen Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden
36 ebenso fortgeführt wie das kommunale Jobticket.

37

1 Führungskompetenz ist keine Frage des Geschlechts oder der Herkunft

2 Wiesbaden ist eine bunte und internationale Stadt. Sowohl in den städtischen Gesellschaften
3 als auch in den Ämtern sind Frauen ohne und besonders mit Migrationshintergrund
4 unterrepräsentiert. Wir steigern **den Anteil** von Mitarbeiterinnen mit und ohne
5 Migrationshintergrund in den Führungsgremien der Verwaltung und stärken die Vernetzung
6 aller mit Migrationsfragen befasster Dienststellen der Stadt.

7 Konkret wollen wir:

- 8 • Gute Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung
9 (bspw. Führen in Teilzeit)
- 10 • In der Stadtverwaltung soll Raum für einen konstruktiven Umgang mit Fehlern
11 (Fehlerkultur) und ein innovationsfreundliches, lösungsorientiertes Klima bestehen.
- 12 • Auch der bereits eingeleitete Wandel in der Führungskultur muss konsequent
13 fortgeführt werden. Die Landeshauptstadt Wiesbaden benötigt eine wertschätzende
14 und kooperative Führungskultur, welche die Stärken der Mitarbeiterinnen und
15 Mitarbeiter fördert, Potentiale erkennt und aktiviert und in kooperativen Prozessen zu
16 Rollen- und Aufgabenklarheit führt.
- 17 • Die Frauenanteil von Führungskräften ist im öffentlichen Dienst zwar deutlich höher als
18 in der Privatwirtschaft, aber immer noch zu gering. Wir streben daher eine Erhöhung
19 des Anteiles weiblicher Führungskräfte an.
- 20 • Standards zur Einarbeitung inkl. einheitliche Personalressourcen wie Trainer-/
21 Mentorenstellen werden in den Ämtern geschaffen und regelmäßig evaluiert, um
22 Fluktuationen zu verringern und gute Fachkräfte dauerhaft zu binden.

23

24 Stadt 4.0 – Digitalisierung der Verwaltung

25 Gleichzeitig gibt es veränderte Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger: der „Gang zum Amt“
26 und langwierige Prüf- & Bearbeitungszeiten entsprechen längst nicht mehr der
27 Lebenswirklichkeit unserer digitalen Welt. Um den Anforderungen an einen modernen
28 Dienstleister gerecht zu werden, bedarf es daher neue und digitale Zugangswege zu
29 tatsächlich allen Dienstleistungen der Stadtverwaltung, soweit dies rechtlich möglich. Dabei
30 müssen wir darauf achten, dass das Angebot digitaler Dienstleistungen nicht zu einer
31 Einschränkung von Beratungsdienstleistungen oder gar Abschottung der Verwaltung führen
32 darf. Im Gegenteil: Durch die Verfahrensvereinfachungen soll mehr Zeit für Beratungen und
33 den persönlichen Bürgerkontakt zur Verfügung stehen und damit letztlich zu einer
34 Verbesserung von städtischen Dienstleistungen führen.

35 Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine für alle Menschen zugängliche digitale
36 Ausstattung ist. Die Digitalisierung steckt allerdings in Deutschland noch in den
37 Kinderschuhen, besonders in den Kommunen ist noch viel Potenzial nach oben. Dabei müssen
38 gerade hier – in den Verwaltungen und Schulen – die Grundlagen gelegt werden. Deswegen
39 muss die Infrastruktur ausgebaut, Mitarbeiterinnen geschult und Prozesse digitalisiert werden.
40 Wir erhoffen uns hier vom neu gegründeten Amt für Digitalisierung neue Impulse. Ebenso gilt
41 es, den nun rekommunalisierten IT-Dienstleister Wivertis in seiner Leistungsfähigkeit zu
42 verbessern.

43 Konkret wollen wir:

- 1 • Eine innovative Verwaltung, die Trends erkennt und veränderte Rahmenbedingungen
2 berücksichtigt.
- 3 • Digitale Verwaltungsprozesse und digitale Dienstleistungen, die der gesellschaftlichen
4 Entwicklung entsprechen und den Kontakt mit „dem Amt“ spürbar vereinfachen.
- 5 • Digitale Dienstleistungen werden barrierefrei zur Verfügung gestellt und
6 berücksichtigen die Teilhabemöglichkeiten (bspw. Sprachassistenten)
- 7 • Bei der Digitalisierung von Dienstleistungen werden Bürgerinnen und Bürger von
8 Anfang an beteiligt, damit die Dienstleistungen auch den tatsächlichen Bedarfen
9 entsprechen und letztlich genutzt werden.

10

1 Wiesbaden ist... ein anderes Selbstverständnis der Stadtpolitik

2

3 Das politische Wiesbaden ist in den vergangenen Jahren von vermeintlichen und tatsächlichen
4 politischen Skandalen betroffen gewesen. Das Fehlverhalten einzelner Stadtverordneter und
5 Magistratsmitglieder war dabei zumeist nicht strafrechtlich relevant, aber unter moralischen
6 Gesichtspunkten dennoch nicht zu vertreten. Aus diesem Grund möchten wir für klarere
7 Regeln und mehr Transparenz eintreten. Wiesbaden braucht einen Ehrenkodex für
8 Mandatsträgerinnen.

9 Transparenz über Mandate und Aufwandsentschädigung

10 Wir wollen die Personenprofile im politischen Informationssystem (PIWI) der Stadt um die
11 Aufsichtsratsmandate der jeweiligen Stadtverordneten ergänzen. Damit wird für alle ohne
12 aufwändige Recherche im Beteiligungsbericht nachvollziehbar, wie viele Mandate einzelne
13 Stadtverordnete wahrnehmen. Vor allem sind diese Informationen dann tagesaktuell,
14 währenddessen der Beteiligungsbericht auf Grund seiner lediglich jährlichen Erstellung
15 regelmäßig überholte Daten beinhaltet. Wir wollen darüber hinaus auf Grundlage der
16 Jahresbescheinigungen der Stadt und ihrer Beteiligungen für die Steuererklärungen alle
17 erhaltenen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in den Profilen der
18 Mandatsträgerinnen bei PIWI veröffentlichen. Im Grundsatz ist dies – mit Ausnahme der
19 Sitzungsgelder – bereits heute rechnerisch nachvollziehbar, bedingt aber eine gute Kenntnis
20 der entsprechenden Regelungen und Gremienbesetzungen. Das muss transparenter werden.

21 Ehrenkodex für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

22 Die Stadtverordnetenversammlung soll sich einen Ehrenkodex geben, dessen Einhaltung durch
23 einen Ehrenrat überwacht werden soll. Als Anregung soll dabei der Ehrenkodex der Städte Köln,
24 Stuttgart, Mainz, Halle und Wuppertal dienen. Der Ehrenrat könnte sich aus den Städtältesten,
25 den Ehrenbürgern und einer Person aus jeder Fraktion sowie der Stadtverordnetenvorsteherin
26 zusammensetzen. Beratend werden dem Ehrenrat in diesem Zusammenhang die
27 Antikorruptionsbeauftragte sowie eine Vertretung des Revisionsamtes sowie der
28 Konzernrevision und des Rechtsamtes zur Seite stehen. Im Ehrenkodex sollen die folgenden
29 kritischen Punkte durch klare Regelungen und Berichtswesen überwacht werden:

- 30 • Regelungen zur Annahme von Geschenken und Bewirtungen sowie von Freikarten und
31 Einladungen
- 32 • Transparenzregeln und Selbstverpflichtungen zu privaten Geschäftsbeziehungen (z.B.
33 Anwaltsmandate, Berater- und Honorarverträge) zwischen Mandatsträgerinnen und -
34 trägern und der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie städtischen Gesellschaften, aber
35 auch gegenüber Geschäftsführungen städtischer Beteiligungen und
36 Magistratsmitgliedern
- 37 • Transparenzregelungen zur Mitgliedschaft in den Aufsichtsgremien städtischer
38 Beteiligungen sowie
- 39 • Offenlegung sämtlicher individueller Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder
40 aus dem Stadtverordnetenmandat sowie der Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien
41 städtischer Beteiligungen
- 42 • Regelmäßige und verpflichtende Schulungsangebote im Bereich Antikorruption und
43 Compliance